

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,50 M., monatl. 1,10 M.,  
 wochentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,90 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühre**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pfg. für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Verkaufspreis: Amt I, Nr. 1608.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 14. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

### Die preussischen Finanzen.

Unsere Finanzen haben sich seit dem Jahre 1894 in ganz liberalisierender Weise gebessert, dieses Zugeständnis mußte Herr Miquel in seiner Etatsrede machen, nachdem er früher bei dieser Gelegenheit so gern grau in grau gemalt hatte. Fast klang es, als ob diese Vergangenheit noch weiter auf dem sonst so beweglichen Finanzminister lastete, denn nach jeder erfreulichen Mitteilung ging er sofort wieder zu Warnungen über, die Lage nicht allzu rosig aufzufassen und daraufhin nicht allzu viele dauernde Neu-Ausgaben zu schaffen. Immer von neuem treten bei Herrn Miquel seine zwei Seelen hervor; wo er für die Finanzen verantwortlich ist, predigt er halsbändigste Sparlichkeit und Vorsicht, auch wenn diese nur auf Kosten von Kulturausgaben geht; in der Reichspolitik, der er im Sommer kluger Weise fernblieb, schwärmt er mit allen Weltpolitikern um die Wette für Schiffe, Kanonen und Abenteuer. Altpreussische Knickerei und jüngstdeutsche Weltmachtträume vereinigen sich in ihm zu einem seltsamen Gemisch.

Recht wird der Finanzminister zweifellos darin haben, daß die Haupteinnahmen Preußens leicht einen starken Rückschlag erfahren können, weil sie ganz und gar vom allgemeinen Geschäftsgang abhängen. Seitdem der Staat auf die Realsteuer zu Gunsten der Gemeinden verzichtet hat, ist er vollends vorwiegend auf die Ueberschüsse der staatlichen wirtschaftlichen Unternehmungen angewiesen.

Die Einkommensteuer-Erhöhung betrug 1894/95 120,97 Millionen Mark, 1895/96 122,75 Millionen, 1896/97 126,87 Millionen. Sie wird jetzt für 1898/99 geschätzt auf 133 Millionen, acht Millionen höher wie im laufenden Etat. Die Ergänzungs-(Vermögens-)steuer tritt dazu mit 31,5 Millionen, das sind 400 000 M. mehr, wie bei dem vorjährigen Ansatz. Daran reihen sich bei dem Kapitel der direkten Steuern noch einige kleinere steigende Einnahmequellen, so daß hier einem Mehrertrag von insgesamt 8,81 Millionen gegenübersteht eine Mehrausgabe von 1,57 Millionen und mithin lediglich ein Mehrüberschuß von 7,24 Millionen verbleibt. Allerdings sind die Ertragserschätzungen sehr mäßig und vorsichtig gewählt.

Damit vergleiche man die Eisenbahneinnahmen. Im obgeschlossenen vorliegenden Rechnungsjahre 1896/97 nahm man 290,29 Millionen Mark aus dem Personen- und Gepäckverkehr ein, 733,60 Millionen aus dem Gütertransport. Das Wachstum aus reiner Verkehrssteigerung betrug beim Personenverkehr in den zehn Jahren 1887/88 bis 1896/97 durchschnittlich 4,25 pCt., dagegen von 1895 auf 1896 5,37 pCt. Beim Güterverkehr belief sich die letzterwähnte Steigerung auf 6,02 pCt. gegen einen zehnjährigen Durchschnitt von 4,31 pCt. Diesmal sind trotz größter Zurückhaltung die Eingänge um 91,36 Millionen höher wie im Vorjahre veranschlagt (21,70 Millionen aus dem Personen-, 68,76 Millionen aus dem Gütertransport), während an dauernden Ausgaben 59,47 Millionen mehr angelegt sind. Den sich so herausstellenden Mehrüberschuß von 31,89 Millionen denkt man zum größten Teil im Extra-Ordinarium desselben Betriebszweiges, zur Vermehrung der Betriebsmittel, festzubalten; für allgemeine Staatszwecke würden davon alsdann nur etwas über 4 Millionen verfügbar bleiben.

Bei der Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen wird ebenfalls betont, daß die allgemein günstige Lage für das nächste Rechnungsjahr die Einstellung größerer Abschmungen und höherer Verkaufspreise rechtfertigt, als sie der Etat 1897/98 nachweist. Der Abschluß stellt sich hier wie folgt:

	1898/97	1897/98	mithin jetzt
Einnahme	134,80	127,19	7,61 mehr
Dauernde Ausgabe	118,52	118,05	5,47 weniger

Auch die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen diesmal 596,100 M. weniger, so daß sich ein Mehrüberschuß von etwa 2 1/4 Millionen im Zwischenraum eines Jahres herausstellt.

Bei den Forsten mit im ganzen 67,23 Millionen Bruttoeinnahme ist der Holzpreis natürlich die Grundlage der Finanzen. Dafür wird die Isteinnahme mitgeteilt:

1895/96	58,43 Millionen Mark,
1896/97	64,48

Angesichts des günstigen Ergebnisses des Etatsjahres 1897/98 erscheint der Ansatz der vollen Durchschnittssumme mit 61,5 Millionen Mark unbedenklich. Das geht um 3 1/2 Millionen über den Ansatz des laufenden Etats hinaus.

Von den finanziellen Ergebnissen der kleineren Verwaltungen sehen wir an dieser Stelle ab. Selbst die Justiz hat hauptsächlich an Kosten und Geldstrafen 1,91 Mill. Mark mehr eingebracht. Blüht das Geschäft, so blüht auch der Weizen der Advokaten und Staatsanwälte! Außerdem wirkt hier auch die scharfe Luft gegen Reichsfeinde und sonstige politische Missethäter ertragsteigernd, und auch hier ist der Ausschlag für Herrn Miquel immer noch günstig.

Nur die Domänen haben, wie fast immer seit 1890, eine weitere Abwärtsbewegung zu verzeichnen. Bei den langen, meist zwölf- und mehrjährigen Pachtfristen kommt der Umschlag aus dem Ende der siebziger Jahre wesentlich erst seit 1890 zum Ausdruck, während bis dahin die Pachtverträge aus der guten Zeit der Landwirtschaft fortfielen, zum Schaden der Pächter und zum Vortheil des Fiskus, der allerdings oft

genug von seinem formellen Recht absehen und Nachlässe und Stundungen gewähren mußte. Für 1898 gegen 1897 wird der Minderertrag mit 407 000 M. beziffert. Dagegen sollen 27 800 M. im Ordinarium und 930 000 M. im Extra-Ordinarium mehr ausgegeben werden, hauptsächlich für landwirtschaftliche Mittelschulen, für Förderung der Geflügelzucht in bäuerlichen Wirtschaften, zu Beihilfen an die Leichverbände, vor allem an die Meliorationsgenossenschaften, da man — wie Herr Miquel sich ausdrückte — das zur Zeit ziemlich verbummelte Meliorationswesen wieder etwas auf die Beine bringen muß.

Von sonstigen Mehrausgaben sind einige noch erwähnenswert. Für das gewerbliche Unterrechtswesen sollen nun doch mehr wie eine halbe Million, nämlich 868 674 M. bereitgestellt werden, denen allerdings noch 128 972 M. Mehreinnahme gegenüberzustellen sein würden. Die Polizei und die Landräthe erwischen da bedeutend mehr. Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben verzeichnet für die königlichen Polizeiverwaltungen 1,08 Millionen Mark, darunter 120 760 M. für die Berliner Kriminalpolizei, 188 772 M. für Schöneberg, 814 086 Mark für Kiel, ferner 146 700 Mark zur Erhöhung der Dienstaufwands-Entscheidung der Landräthe, nachdem diese schon im Vorjahre aufgebessert wurden. Ferner ist für die Oberpräsidenten der deutsch-polnischen Provinzen ein Dispositionsfonds zur Förderung und Befestigung des Deutschthums im Betrage von 400 000 M. im Etat neu ausgeworfen. Ein ähnlicher bisheriger Fonds von 150 000 Mark war speziell zur Unterstützung deutscher Schüler und Studirender bestimmt. Für die neue Forderung werden besondere Gründe und Ziele nicht angeführt.

Recht annehmbar für die Regierung wie für die Steuerzahler ist die Zinsersparnis von 12,78 Millionen Mark infolge der Umwandlung der vierprozentigen konsolidirten Staatsanleihe in eine 3 1/2prozentige.

Der vorgelegte Staatshaushalt, der sich als Brutto-Etat naturgemäß in viel größeren Ziffern bewegt wie der Reichshaushalt, schließt insgesamt in Einnahme wie in Ausgabe mit 2187,5 Millionen ab. Dabei stehen aber ganz ungeheure Beträge — 131,64 Millionen, davon 76,84 Millionen allein bei den Eisenbahnen — im Extra-Ordinarium der Ausgaben, während sie durch die ordentlichen Einnahmen, nicht durch Anleihen, gedeckt und mehr wie gedeckt sind. Ob diese Miquel'sche Art, „Reserven zu legen“, richtig ist, erörtern wir heute nicht. Jedenfalls hat hier der preussische Staat noch große Hilfsquellen in Bereitschaft, die er auch für dauernde Mehrausgaben heranziehen könnte. Selbst wenn in den staatlichen Betrieben der Rückschlag käme, würde er diese Hilfsquellen noch nicht erschöpfen.

### Der Prozeß Esterhazy.

Paris, 12. Januar 1898.  
 Die Verhandlung im Prozeß Esterhazy hat alles, was man vom militärischen Klänge an frechen Journalismus in der Affäre Dreyfus-Esterhazy zu erwarten berechtigt war, weit übertroffen. Im Vergleich mit den erwarteten Praktiken der Militärjustiz erscheinen die schlimmsten Missethaten der zivilen Klassenjustiz beinahe als Muster von Gerechtigkeit. Das ist keine von der Entrüstung des frischen Eindruckes eingeleitete Uebertreibung. Wir lassen die nackten Thatfachen sprechen.

Der kombiendhafte Charakter des Prozeßes erhielt bereits deutlich aus dem Urtheil der Entscheidung des Generals Sauffier, des militärischen Gouverneurs von Paris, wodurch Esterhazy vor das Kriegsgericht verwiesen wurde. Der General erkannte an, daß die Untersuchung des Kommandanten Navary, die auf Einstellung der Verfolgung gegen Esterhazy schließt, „nicht alle Punkte hinreichend ausgehellt hat, um mit vollständiger Sachkenntnis die Unschuld des Angeklagten zu proklamieren“. Der Prozeß hatte somit zur Grundlage eine mangelhafte Untersuchung und zum Zwecke die Reinigung Esterhazy's.

Zumehr sprach Sauffier noch von „kontradiktorischen Debatten“, die erforderlich seien. Was that aber das Kriegsgericht? Es begann gerade damit, den Debatten jeden kontradiktorischen Charakter zu nehmen. Das Gesuch des Mathieu Dreyfus und der Frau Dreyfus, mit ihrem Rechtsbeistand die Anklage verzetten zu dürfen, wurde zurückgewiesen und zwar auf das übereinstimmende Verlangen des „Regierungskommissars“, der den Staatsanwalt spielt, und des zivilen Verteidigers Esterhazy's. Diefelbe einzig dastehende innige Harmonie zwischen Staatsanwalt und Verteidiger offenbarte sich in der Frage des Ausschusses der Oeffentlichkeit. Beide verlangten — der erstere ausdrücklich, der letztere durch lakonische Zustimmung — den Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Und die Motive der Zurückweisung des wirklichen Anklägers, Mathieu Dreyfus, auf dessen Denunziation die ganze Prozedur eröffnet wurde? Regierungskommissar und Kriegsgericht beriefen sich dabei gerade heraus auf das „gerechte und gesetzliche“ Urtheil im Dreyfus-Prozeß von 1894!... Also die Richter, die lediglich gerade deshalb zusammengesetzt sind, um die Zweifel über die einzige rechtliche Grundlage jenes Urtheils, die Urheberschaft des Bordereaus, zu lösen, erklären gleich im Beginn der Verhandlungen, daß sie über den springenden Punkt des Prozeßes eine vorgefaßte unerschütterliche Meinung besitzen.

Den Gipfelpunkt des Zynismus erreichte die Gerichtspresse im Ausschluß der Oeffentlichkeit, sobald die Reihe an den wichtigsten Belastungszeugen, den Obersten Picquart, des früheren Chefs im Nachforschungsbureau des Kriegsministeriums, kam. Der Bericht des Untersuchungsrichters, das Verhör Esterhazy's und die Aussagen einiger Belastungszeugen konnten mit Vortheil oder ohne Nachtheil für die hochwürdigen Ödner Esterhazy's und für diesen selber der Oeffentlichkeit preisgegeben werden.

Der Bericht des Untersuchungsrichters ist nämlich eine frech-parteiliche Verteidigungsschrift für Esterhazy und eine ebenso parteiliche Anklageschrift gegen Picquart. Dieser wird darin geradezu beschuldigt, „die Seele der spanbalösen Kampagne“ gegen Esterhazy zu sein, eine Reihe amtspflichtwidriger Handlungen zum Nachtheil Esterhazy's und sogar eines Fälschungsversuchs verächtigt, sowie mit der kommenden Strafe bedroht. Die Aussagen Picquart's gegen Esterhazy, dessen Vertheidigung gegen die schweren Anschuldigungen mußten dagegen geheim bleiben — im Namen der „Staatsicherheit“, d. h. im Interesse der militärischen Oligarchie, die um jeden Preis Esterhazy retten will und muß. . . . Das Vorgehen des Kriegsgerichts ist die würdige Krönung der militärischen Untersuchung, in deren Verlauf der Angeklagte Esterhazy nicht einmal der Form wegen behauptet wurde, während beim Belastungszeugen Picquart in dessen Abwesenheit, d. h. in gefehlsbrecherischer Weise gehandelt und sämtliche vorgefundene Schriftsachen beschlagnahmt wurden.

Picquart's Rolle kann, trotz der Verheimlichung seiner Aussagen, auf Grund des thatsächlichen Theils des Untersuchungsberichts in Verbindung mit den wiederholten Aeußerungen Clemenceau's in der „Anrore“ mit ziemlicher Sicherheit angegeben werden. Als Vorsteher des Nachforschungsbureaus kam er 1895 verdächtigen Antrieben Esterhazy's auf die Spur. Anfänglich war er in seiner geheimen Enquete von seinem unmittelbaren Chef, General Gouze, unterstützt. Diese Aufklärung dauerte eine Zeit lang, auch nachdem Picquart die auffallende Ähnlichkeit zwischen Esterhazy's Handschrift und derjenigen des Bordereaus entdeckt hatte. Im September 1896 aber wurde General Gouze anderen Sinnes, zweifelsohne infolge einer höheren Belehrung über die Interessen der „militärischen Ehre“. Picquart, aufstehend ein weißer Hahn unter den Offizieren, folgte den fremdbildigen Ermahnungen des Generals nicht und setzte die Enquete pflichtgemäß fort, da er die feste Ueberzeugung gewonnen, daß Esterhazy der Verfasser des Bordereaus ist. Picquart's Einmischung war für den Klänge ganz besonders gefährlich, weil er im Dreyfus-Prozeß von 1894 als Vertreter des Kriegsministeriums den geheimen Verhandlungen beigewohnt hatte. Diefes mehr Gewicht hatte seine Ueberzeugung, daß Dreyfus einem Justizirrtum zum Opfer gefallen ist. Das weitere ist offiziell bekannt: Der Störenfried wurde am 18. November 1896, beziehungsweise am Vorabend der Dreyfus-Interpellation vom 18. November des gleichen Jahres, aus Paris — unter dem Vorwand einer Mission in Ostfrankreich — entfernt und einige Monate später, infolge von Halsstarrigkeit, nach Tunis verfrachtet. Andererseits aber wurde Esterhazy im Frühjahr 1897 aus dem aktiven Dienst entlassen — wegen „zeitweiligen Krankheitszustandes“. Die beiden Richtregeln sprechen Bände. Und wenn nun der Untersuchungsrichter gegen Picquart die schwersten Anschuldigungen erhebt und Esterhazy reinwäscht, muß man sich fragen, warum Picquart nicht vor ein Kriegsgericht verwiesen und Esterhazy unter einem lächerlichen Vorwand entlassen worden war. . . . In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß das Kriegsgericht trotz der Aufforderung Clemenceau's den General Guerry, den Vorgesetzten Esterhazy's zur Zeit der Entlassung, als Zeugen nicht vorgeladen hat.

Des Naumes wegen sollen nur noch die wesentlichsten Züge der öffentlichen Verhandlungen angeführt werden.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts, General de Luzer, stand auf der Höhe der ihm vorgeschriebenen Aufgabe. Im Gegensatz zu den zivilen Gerichtsvorsitzenden, welche in Frankreich dem Angeklagten gegenüber sich wie Staatsanwälte zu benehmen pflegen, verhielt er sich wohlwollend-neutral. Er begnügte sich fast durchweg mit den dreisten, einander widersprechenden Aeußerungen Esterhazy's, ohne eine verhängliche Frage zu stellen. Selbst die Fabel Esterhazy's von der „verschleierte Dame“ erregte beim General nur einen leisen, rasch wieder beschwichtigten Zweifel. Freilich, besagte Dame flicht einem Offizier des Generalstabes verteuert ähnlich, da sie nach dem Zeugnis des Untersuchungsrichters Esterhazy wirklich ein geheimes militärisches Dokument gegen Dreyfus, das zugleich indirekt Esterhazy's Unschuld beweisen soll, angeliefert hat. Die „Dame“ spielte dabei eine ähnliche Rolle, wie der Kommandant Pauffin de Saint-Morel, der Kabinettschef des Generalstabschefs de Boisdeffre, der im höheren Auftrage Rochefort „Entwühlungen“ über die Schuld des Dreyfus und die Mangelhaftigkeit des „jüdischen Konformismus“ gemacht hat.

Aus dem Verhör Mathieu Dreyfus ist hervorzuhelien, daß einige Sätze des Bordereaus ihres Inhalts wegen von seinem verurtheilten Bruder nicht geschrieben werden konnten, während sie auf Esterhazy genau passen. Dieser konnte den Nachweisen des Anklägers nur nade Ablehnungen entgegenstellen. Sein „Ehrenwort“ genigte aber dem Gerichtsvorsitzenden, wie es dem Untersuchungsrichter genügt hatte.

Daß die amtlichen Handschrift-Experten das Bordereau dem Esterhazy nicht zugeschrieben haben, ist selbstverständlich. Ihr Gutachten ist desto werthloser, als Esterhazy im ersten Augenblick — was wiederholt werden muß — in seinen und des Kriegsministeriums Presorganen die Aehnlichkeit der Handschriften für „erschwerend“ erklärt und als er seit November 1896, wo das Bordereau im Auftrage des Kriegsministeriums vom „Matin“ im Falle veröffentlicht wurde, seine Handschrift plötzlich in auffälliger Weise ändert hat. . . .

Zu erwähnen ist schließlich die von Scheurer-Kestner enthaltene persönliche Parteinahme des Kriegsministers, General Billot, für Esterhazy. Als Scheurer-Kestner den mit der Voruntersuchung betrauten General de Pellieux zur Rede stellte, warum er sich weigere, den Obersten Picquart aus Tunis zu berufen, wurde ihm die Antwort: „Der General Billot will das nicht!“ Erst die Proteste der unabhängigen Presse haben den Willen des Kriegsministers ändern können. . . .

Der christliche Theil der Presse hat das Thun und Lassen des Kriegsgerichts mit Entrüstung aufgenommen. Der Eindruck, daß es sich um eine freche Beschwindelung der Oeffentlichkeit handelt, drängt sich nun auch denjenigen Blättern auf, die sich bisher ganz neutral verhielten. In einem Leitartikel der „Partie Republique“ schreibt Genosse Gerault-Richard: „So ist nun einmal seit die Jurisprudenz unserer Kriegsgerichte beschaffen, die mit roisicher Feigheit unschuldige gemeine Soldaten zum Tode verurtheilen und schamlos brutale, diebische und mitunter menschenthörrische Chefs freisprechen. . . . Mögen sie also Esterhazy freisprechen. Mögen sie ihn zum Feldmarschall ernennen. Er ist ihrer würdig, sie sind seiner würdig.“



Das Osterhays'sche Freisprechung die Affäre Dreyfus-Osterhays nicht zum Abschluss bringen kann, steht bereits fest. Bei aller materieller Macht, die der militärischen Oligarchie zur Verfügung steht, vermag sie nicht, den Schrei des auf tiefste verletzte Rechtsgefühls zu erdrücken. Genosse Laurès, der den Verhandlungen des Kriegsgerichts beizuhelfen, läßt in der "Petite République" erklären, man werde nach Beendigung des Prozesses "die Verantwortung der kriegsministeriellen Bureau's für die ganze sittliche Krise, unter welcher das Land leidet, festzustellen haben."

Es ist eine neue, eine militärische Panama-Affäre, die ihren Schatten vorauswirft.

Ueber die Vorgänge nach Beendigung des Prozesses liegen die folgenden telegraphischen Mittheilungen vor:

Paris, 12. Januar. Die republikanischen Gruppen des Senats haben davon Abstand genommen, Scheurer-Kestner als Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft anzustellen, und haben den Mitgliedern des Senats in dieser Beziehung freie Hand gelassen.

Der frühere Justizminister Trarieux beabsichtigt, den Kriegsminister darüber zu interpellieren, ob das Kriegsgericht in dem Prozeß Dreyfus von Thatsachen oder Dokumenten Kenntnis erhalten habe, welche dem Angeklagten nicht mitgeteilt worden sind und ob der Minister ein Mitglied jenes Kriegsgerichts ernennen wolle, in dieser Beziehung eine eidliche Erklärung abzugeben.

Paris, 13. Januar. Infolge der im Prozeß Osterhays enthaltenen Thatsachen wurde Oberst Picquart heute Vormittag in Haft genommen und in das Fort Mont Valérien gebracht bis eine Entscheidung darüber erfolgt, ob er vor ein Untersuchungsgericht gestellt werden soll.

"L'Aurore" veröffentlicht einen offenen Brief Zola's an den Präsidenten der Republik, überschrieben "J'accuse" (Ich erhebe Anklage), in welchem der ganze Prozeß, der sich soeben abgepielt hat, noch einmal vorgeführt wird. Zola hebt in der Untersuchungsführung und den Verhandlungen des Kriegsgerichts Unregelmäßigkeiten und Ungehelichkeiten ohne Zahl hervor und beschuldigt die Väter de Clam, Navary, Willot und Mercier formell der Pflichtvergeßlichkeit. Zola faßt seine Anklagen in folgenden Sätzen zusammen:

"Ich klage du Vaty de Clam an, der diabolische Urheber des Justizirrhums gewesen ist sein.

Ich klage General Mercier der Mitschuld hierbei an.

Ich klage Willot an, die Beweise der Unschuld des Dreyfus unterdrückt und Boisdorffre und Gouze, hierbei mitgewirkt zu haben.

Ich klage Pellieux und Navary einer verbrecherischen Untersuchung an.

Ich klage das erste Kriegsgericht an, Dreyfus auf ein geheim gehaltenes Dokument verurtheilt und

ich klage das zweite Kriegsgericht an, wissentlich einen Schuldigen freigesprochen zu haben.

Man möge mich vor die Geschworenen stellen und eine offene Untersuchung einleiten."

In dem heutigen Ministerrathe theilte der Ministerpräsident Melles das Interpellationsbegehren des Deputierten de Pontbriand über die Maßregeln mit, welche die Regierung zu ergreifen gedenke, um der Kampagne zu Gunsten des Hauptmanns Dreyfus ein Ende zu machen. Die Minister vertagten ihre Entscheidung über diese Angelegenheit und über andere ähnliche angehängte Anfragen bis zu dem am nächsten Sonnabend unter dem Vorsitz des Präsidenten Faure stattfindenden Ministerrathe.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 13. Januar.

**Aus dem Reichstage.** Die lex Heinze verbannt bekanntlich ihren Ursprung einem Prozeß, in dem Personen aus den untersten Schichten der Berliner Halbwelt die Hauptrolle spielten. An diesen Ausgangspunkt erinnern noch einzelne Paragraphen der Vorlage, so besonders die Bestimmungen in § 181, die in Ziffer 2 die Bestrafung mit Zuchthaus auch gegen den Ehegatten aussprechen wollen, wenn er bei seiner Frau den Kuppler spielt, was bisher straffrei ist und ebenso hängt der § 181a (Lohnsummen) direkt mit dem Prozeß Heinze zusammen. Die Zentrumspartei hat aber der ursprünglichen lex Heinze eine weitere Ausgestaltung gegeben, deren sachlicher Werth sehr verschieden eingeschätzt werden muß. Soweit die Vermietung von Wohnungen an Prostituirte in Zukunft straffrei bleiben soll, soweit damit nicht eine Ausbeutung des unsittlichen Erwerbes verbunden ist, so kann man dem nur zustimmen. Es hört damit der ungläubliche Zustand auf, daß ein Wohnungsvormiether bestraft werden kann, der an eine Person vermietet, welche ihr lichtscheues Gewerbe nicht nur unter Kenntniß der Polizei ausübt, sondern von dieser dazu sogar gewissermaßen einen Berechtigungschein hat.

Ganz einverstanden muß man auch mit der Tendenz der §§ 182a und 182b sein, welche den Mißbrauch der Unternehmer-Autorität, um unsittliche Zwecke zu erreichen, unter Strafe stellt und ebenso bestrafen denjenigen, der bei ansteckender Krankheit dieselbe auf andere überträgt. Was dagegen die neuen Strafvorschriften betrifft, die sich damit befassen, den Verkauf, Handel und die Herstellung von Schriften, Abbildungen zc. aus sittlichen Gründen noch mehr einzuschränken, als dies heute schon der Fall ist, so schließen die neuen Anträge weit über das zulässige Maß hinaus. Will doch der § 184a mit Gefängniß bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark denjenigen bestrafen, der an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder anhängt, welche, auch ohne unzüchlig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen.

Man kann sich vorstellen, was aus einem solchen Paragraphen unsere Rechtsprechung machen würde.

Die Verhandlung leitete namens der Antragsteller in ruhiger und geschickter Weise der Abg. Spahn. Derselbe verwarfte sich besonders auch gegen den Vorwurf zu weitgehender Prädertie oder der Feindschaft gegen die Kunst. Nicht diese, sondern die Spekulation auf die Lüsterheit sollte getroffen werden.

Nach Spahn sprachen Pastor Schall für die Konservativen und Bieschel für die Nationalliberalen. Beide sind für Theile der Vorlage, für das Ganze konnte aber keiner von beiden rückhaltlos eintreten, wenigstens nicht in der vorliegenden Form. Herr Bieschel verrieth besonders die Schmerzen der Unternehmer, wenn sie haspbar gemacht werden sollen für den Mißbrauch ihrer sozialen Stellung gegenüber ihren weiblichen Kulis.

In einer meisterhaften Rede nahm darauf unser Genosse Hebel Stellung zu der Vorlage. Derselbe anerkannte, daß eine Reihe von Uebelthätern durch dieselbe getroffen würden, nur dürfe darüber nicht vergessen werden, daß es gerade auf dem Gebiete, das die Vorlage berühre, noch außerdem viel zu reformiren gäbe. Der Redner wies besonders auf die Thatsache hin, daß das bestehende Gesetz, durch das System der Tolerirung der Prostitution durch die Polizei, direkt durchbrochen werde. Dieser Zustand, welcher auf Willkür beruht

und zur Korruption führe, müsse beseitigt werden. Unsere gesetzliche Praxis und deren Handhabung durch die Polizei führe zu einem Ausnahmerecht nicht nur gegen die Prostituirten, sondern gegen die ganze weibliche Bevölkerung. Der Redner brachte dann die Thatsache zur Sprache, daß unter den Männern Unsitte weit verbreitet sind, welche das Gesetz streng bestrafe. Man hüte sich aber vor Anklagen, obwohl der Polizei die Uebelthäter wohl bekannt sind. Warum diese Rücksicht, wohl weil man den Skandal fürchte! Wenn aber das Gesetz nicht durchgeführt werden könne, dann habe man den Muth und hebe die betr. Paragraphen auf. Wenn man das Weib polizeilich verfolge, das sich prostituiert, warum geschieht dasselbe nicht mit dem Manne, der sich des gleichen Lasters schuldig mache? Auf die Frau scheinheilig zu lästern, sei Heuchelei, wenn man nicht den Muth hat, die sozialen Ursachen zu beseitigen, welche Frauen und Mädchen dazu zwingen, ihren Körper zu verkaufen, wenn sie nicht in Noth und Elend verkommen wollen. Als sicherstes Schutzmittel gegen das bekümmteste Uebel verlaugte Hebel politische und soziale Gleichstellung der Frau mit dem Manne und weitgehende Arbeitererziehung-Bestimmungen.

Als letzter Redner sprach heute Frst von Radziwill. Stürmische Heiterkeit erregte derselbe, als er erzählte, daß französische Soldaten der Okkupationsarmee in Rom sich ihm gegenüber über diese Garnisonstadt um deswillen beschwerten, weil der Klerus alle jungen Mädchen in der Hand habe. Selbst die Herren vom Centrum mußten über dieses unfreiwillige Geständniß herzlich mitlachen.

Hieraus wurde die Verhandlung vertagt. Morgen 1 Uhr Zivilprozeß und einige Anträge zur Strafprozeß-Ordnung.

**Die Aussichten des Flottengesetzes.** Die mit großem Lärm angekündigte Rundgebung der Kaufherren und Industriellen im Kaiserhof für die Flottenvermehrung ist programmäßig verlaufen. Herr Wörmann hielt eine Rede, in der er mit rechten Fleiß alles, was großkäuferliches zu Tereffe für neue Kriegsschiffsbauten in den letzten Monaten vorgebracht hat, zusammentrug und in der es nicht an dem üblichen "patriotischen" Ueberschwang fehlte. Gegen die Sozialdemokratie brachte der Herr wieder das liebe Argument vor, sie haben keinen Anlaß, gegen die Schiffsbauten aufzutreten, da zahlreiche Arbeiter dadurch lohnende Arbeit erhielten. Von einem Großkäufer darf man ein Verständnis dafür nicht erwarten, daß eine Partei allgemeine Arbeiterinteressen über die Sonderinteressen Einzelner stellt, und noch weniger dafür, daß es für eine Nation werthvoller ist, wenn ihre Mitglieder an Kulturarbeiten statt an Kriegsrüstungsarbeiten arbeiten. Die Verammlung der geheimen und noch nicht geheimen Kommerzienräthe nahm natürlich eine Resolution an, wonach es ein nationales Bedürfnis sei, daß die geplante Ausgestaltung der deutschen Seemacht zur Annahme und gesicherten Durchführung gelange.

Erfreulicherweise sind diese Herrn nicht die einzig berufenen, darüber zu urtheilen, was "nationales Bedürfnis" ist. Ihr Bedürfnis mag es sein, was sie nationales Bedürfnis zu nennen sich erlauben. Ihren Interessen mag es auch entsprechen, wenn die Frage, wer denn die gewaltigen Kosten für die gewaltige Vermehrung der Kriegsschiffe tragen soll, völlig übergegangen wird; es erscheint den reichen Kapitalisten von Handel und Industrie selbstverständlich, daß den Massen des Volkes, den Arbeitenden und Armen auch diese neuen Lasten aufgebürdet werden. Diese Herren brauchen auch nicht danach zu fragen, ob nicht durch die Bewilligung des Flottengesetzes die elementarsten Rechte der deutschen Volksvertretung preisgegeben werden. Was brauchen die Großherren und Handelsmagnaten und Schlotbarone eine selbständige Volksvertretung, können sie doch die Vertretung ihrer Interessen unbesorgt der Regierung anvertrauen, welche im Streit gegen die Hamburger Hafenarbeiter ihr unternehmerliebendes Herz so herrlich offenbart hat.

Uebrigens hat die Rundgebung im Kaiserhof keine politische Bedeutung. Daß die Wörmann und Hausmann, die Wendelsohn und Bleidörffer für das Tirpitz-Gesetz eintreten würden, daran hat kein Mensch gezweifelt. Politisch und gleich wichtiger sind die Mittheilungen, die über die Haltung der Zentrumspartei gemacht werden. Schon soll innerhalb der schwarzen Partei eine Verständigung hergestellt, die Differenzen zwischen den bayerischen und den preussischen Mitgliedern des Centrums beglichen sein.

Kann noch ein Zweifel, daß Zentrum wird der Regierung zu Willen sein. Es wird sich vielleicht einige Schein-Kongessionen in der Deckungsfrage und bezüglich der Bindung des Budgetrechts geben lassen — auf solchen Handel ist ja die Regierungsvorlage von vornherein zugeschnitten — und dann seine Regierungsfähigkeit glänzend bewähren.

Aber je mehr die Partei der Jesuiten an Regierungsfähigkeit gewinnen würde, um so mehr wird sie an Volkshilflichkeit verlieren. Nicht noch so schlaue Kniffe werden über die Preisgabe der Volksrechte und die Verschlimmerung der Steuerlasten hinwegtäuschen.

Da ist der Bericht über ein Verammlungen in Posen bezeichnend und vorbildlich. Die zentrumsverwandten Polen gedenken bekanntlich die pffigige Politik des Dr. Lieber mitzumachen. Aber dem Abg. v. Dziembowski, der die Verammlung zu überreden suchte, die Marinevorlage sei für die Polen eine Frage zweiter Klasse, wurde zugerufen: "Bolschungs-politik", "rechte und rechte Advokatenkniffe", "diplomatische Kunststücke" u. s. w. Die Verammlung drückte, so sagt der Bericht, ihren höchsten Unwillen gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Dziembowski aus, und eine Resolution gegen die Vorlage wurde einstimmig von den Wählern des Abg. Cegielski beschossen.

Die Wähler denken anders über das Flottengesetz als die Millionäre um Wörmann und die Handelsleute um Lieber. Das arbeitende Volk will nicht, daß die Kriegsrüstungen unumendliche fortgetrieben werden. Es will nicht immer neue Steuerermässen ausbringen. Es will nicht die schmalen Rechte seiner Vertretung im Reichsparlament preisgeben.

Wird des arbeitenden Volkes Wille nicht berücksichtigt, so wird es über die Parteien der Wörmann, Lieber und Dziembowski bei den Wahlen sein Urtheil sprechen! —

**Der Gesetzentwurf über die ärztlichen Ehrengerichte** ist, wie wir bereits gemeldet haben, im Kultusministerium auf Grund der Verbesserungsvorschläge der Ärztekammern einer nochmaligen Durchsicht unterzogen worden. Dabei haben jedoch die von den Ärztekammern geäußerten Wünsche nur in sehr geringem Maße Berücksichtigung gefunden. Geändert sind eigentlich nur zwei Punkte: Statt der ursprünglich vorgeschlagenen einfachen Mehrheit soll zur Befahrung der Schuldfrage Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein, und in dem Ehrengerichtshof, welcher die oberste Instanz bildet, sollen neben dem juristischen Vorstehenden vier gewählte Mitglieder des Ärztekammer-Ausschusses und zwei vom Könige ernannte Ärzte sitzen, während der ursprüngliche Entwurf

eine Besetzung mit je drei Mitgliedern der beiden genannten Gruppen vorsah. Nicht berücksichtigt ist dagegen die Forderung, daß auch die beamteten und Militärärzte, soweit sie Privatpraxis treiben, den Ehrengerichten unterstellt werden. Der Kultusminister betont in einem an den Ärztekammer-Ausschuß gerichteten Ministerialerlaß, daß die Verhältnisse der genannten Ärztekammern Verhältnisse mit den Notaren, die, wenn sie zugleich Rechtsanwälte sind, in ihrer letzten Eigenschaft den Ehrengerichten der Rechtsanwälte unterstehen, nicht zulassen. Denn die Beamtstellung der Notare ist eine eigenartige und mit der Stellung der beamteten und Militäre u. s. w. Ärzte in keiner Weise vergleichbar. Diese Behauptung ist für große Gruppen der beamteten Ärzte durchaus unzutreffend. Die Stellung der medizinischen Privatdozenten zum Beispiel, welche ja nach Annahme der lex Krona auch als Beamte gelten werden, stimmt durchaus mit der der Notare überein. Aber auch die Stellung der Direktoren von staatlichen Krankenhäusern, der anseherlichen Professoren, der Physiker und Kreiswundärzte ist eine ganz ähnliche, da auch hier die staatliche Thätigkeit und das daraus gezogene Einkommen meist weit zurücktritt gegenüber der Privatpraxis und deren Einnahmen. Nehlliches gilt von vielen Militärärzten. Mit recht aber verlangen die Ärzte, daß, wenn überhaupt das berufliche Verhalten eines Arztes einer Ehrengerichtbarkeit unterstellt wird, diese Ehrengerichte für alle Praxis treibenden Ärzte die gleichen seien. Die staatlichen und militärischen Behörden haben bisher fast stets verlangt, wenn das berufliche Verhalten von beamteten oder Militärärzten nach ärztlichen Begriffen den Anlaß zum Einschreiten hätte geben können.

So hat der Minister es abgelehnt zu verbieten, daß die staatlichen Entbindungskassanten fernerhin Jauggelder an die Debanamen zahlen. So haben die Militärbehörden ein Einschreiten gegen einen Stabsarzt d. R. abgelehnt, über welchen später die Ärztekammer die einzige gegenwärtig zulässige Strafe, die Entziehung des Wahlrechts auf 5 Jahre, verhängte.

Nicht berücksichtigt ist ferner die Forderung, daß das Verhalten außerhalb des Berufs der Ehrengerichtbarkeit nicht unterliegen soll. Wir haben seinerzeit auseinandergesetzt, daß unser Gesetz politisch Gründe die Regierung veranlassen, in dieser Beziehung den allgemeinen Wünschen der Ärzte nicht nachzugeben. Der Minister verwahrt sich nun in seinem Erlaß gegen die Auffassung, als ob die politischen, religiösen oder wissenschaftlichen Ansichten und Handlungen eines Arztes zum Gegenstand einer ehrengerichtlichen Untersuchung gemacht werden sollten. Leider aber können die Erfahrungen, die bei Gelegenheit des Vereinsgesetzes gemacht wurden, nicht gerade dazu ermuntern, allseitig auf Ministerverpflichtungen zu bauen. Und will man das selbst, so ist noch zu bedenken, daß Herr Hoffe, dank seiner Empfangnisfähigkeit für höhere Wünsche zwar schon auffällig lange preussischer Minister ist, daß aber doch auch für ihn die Möglichkeit einer "Rucanfirung" besteht. Wer bürgt aber dann dafür, daß auch sein Nachfolger sich durch seine Deutung des Gesetzesparagraphen gebunden fühlen wird?

Nicht berücksichtigt ist ferner die Forderung, daß nur dem Angeklagten, nicht auch dem Vertreter der Anklage die Berufung an die zweite Instanz zustehen soll.

Die Punkte, in welchen die Regierung auf ihrem Standpunkte stehen geblieben ist, sind so wesentliche, daß die geringen Zugeständnisse daneben kaum ins Gewicht fallen. Die Vorlage mußte also den Ärzten auf andere Weise schmochhafter gemacht werden. Der Kultusminister theilt daher in dem Erlaß an den Ärztekammer-Ausschuß mit, daß er die einleitenden Schritte gethan habe, um zwei häufig von den Ärzten gestellte Forderungen zu erfüllen: die Herabsetzung der Ärzte aus der Gewerbe-Ordnung und die Wiedereinführung des Kurpfuscherei-Verbots. Es möge dahingestellt bleiben, ob wirklich die Arbeit der deutschen Ärzte auf dem Boden der genannten Forderungen steht, und ob sie vor allen Dingen bereit ist, für die Erfüllung dieser Forderungen als Preis die Unterstellung unter eine Disziplinargerichtsbarkeit zu zahlen. Thatsächlich aber ist der Minister — glücklicherweise — gar nicht in der Lage, die Wiedereinführung des Kurpfuscherei-Verbots in Aussicht zu stellen. Denn einmal sind gerade diejenigen Kreise, welche von jeher die führende Rolle im preussischen Staate gespielt haben, — die Junker und die Pfaffen — zugleich die eifrigsten Beförderer der Kurpfuscherei jeder Art; dem Herrn Kultusminister wird es also vornehmlich nicht einmal gelingen, die preussische Regierung zu einem Antrage auf Aufhebung der Kurpfuscherei zu veranlassen. Sollte dies aber wider Erwarten geschehen, so ist ganz ungewiss, daß der Reichstag eine solche Vorlage ablehnen wird; denn dagegen werden sicher, außer der gesammten Linken, das Zentrum, dessen Führer Lieber z. B. selbst Fabrikant eines "heilkräftigen" Thees ist, die Antisemiten, welche gerade unter den Anhängern der "Naturheilkundigen" viele Parteigänger haben; und ein großer Theil der Konservativen stimmen. Die Besprechungen, mit welchen der Herr Minister den Ärzten seinen Versuch unangenehm gemacht will, sind also überaus billige.

Was uns betrifft, so haben wir schon früher (vergl. "Vorwärts", 22. Oktober 1897) auseinandergesetzt, was wir von dem Gesetzentwurf betreffend die "ärztlichen Ehrengerichte" für die Ausbreitung unserer Ideen unter den Ärzten erwarten. Der neue Entwurf unterscheidet sich von dem früheren nur in so unwesentlichen Punkten, daß er ebenfalls gegen die Verfolgung aus politischen Gründen keine Garantien giebt. Aber gerade so lange die Kurpfuscherei besteht, bleibt dem wegen seiner politischen Haltung verfolgten Arzte als letzte Zuflucht die Möglichkeit unter Verzicht auf seine "Approbation" fernerhin als Kurpfuscherei zu praktizieren. Andererseits aber wird die neue "Ehrengerichtbarkeit" sicherlich so viel Unzufriedenheit und Erbitterung schaffen, daß "das Gift der Sozialdemokratie" unter den Ärzten immer mehr um sich greifen wird.

**Ueber die Betriebssicherheit, die Betriebseinrichtungen und den Betriebsdienst auf den preussischen Staats-Eisenbahnen** ist dem Landtag eine Denkschrift zugegangen.

Wir halten die Rechtfertigung, die Herr Thielen durch diese Denkschrift versucht, für keine besonders glückliche. Selbst wenn z. B. der Nachweis zuträfe, daß seit 1880/81 auf den a u f e r preussischen Bahnen des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen noch mehr Unfälle pro Zugkilometer sich ereignet hätten, so ist das wahrhaftig kein Trost für die gefährdeten Reisenden und erst recht kein Beweis, daß die preussische Verwaltung sich ihren Aufgaben gewachsen gezeigt habe. Auch die allgemeine Abnahme der auf die Betriebs-einheit bezogenen Unfallzahlen ließe sich doch nur dann, wenn man vorher aus den Gesamtziffern starke Ausschreibungen vornähme. Die Berliner Stadtbahn mit ihren ungeheuren, stetig wachsenden Personen-Transportleistungen kann durch die ganze Art ihres Betriebes kaum jemals zu Zusammenstößen führen; wenn man ihre und ähnliche Ziffern mit denen anderer, wirklich gefährdeter Bahnen zusammenwirft, so wird das Bild natürlich ein ganz geschmeicheltes. Die Denkschrift fährt selber die großen technischen Fortschritte auf bei der Festigkeit des Schienen verwendeten Stahles, bei den Schienenstößverbindungen, durch die elektrische Straßenblockirung, vermittelst deren die Signale einer Zugfolgestation unter elektrischem Verschluss der nächsten Station gehalten werden, ferner durch die großen Umwälzungen im Signalwesen, in den Signal- und Weichenstellwerken, in den Kupplungs- und Bremsvorrichtungen. Wenn also die Unfälle relativ — im Verhältnis zu Menge und Strecke der beförderten Passagiere — wirklich etwas zurückgegangen wären, so müßte man sich angesichts der heute in s o g l i c h e n Vervollkommnung des Verkehrswezens noch immer unverändert fragen, warum in Preußen so wenig sich zum Besseren gewendet hat!



Nebrigens muß auch die Denkschrift zugehen, daß der vorige Sommer „außerordentlich schwere und beklagenswerte“ Unfälle aufzuweisen habe, so daß die Zahl der verunglückten Reisenden in dieser Zeit eine ungewöhnliche Höhe erreichte. Es wurden im Betriebe einschließlich der durch eigenes Verschulden Verunglückten getötet: 32 Reisende und 183 Bahnbeamte und Arbeiter, und verletzt: 198 Reisende und 322 Bahnbeamte und Arbeiter, es verunglückten also im ganzen 280 Reisende und 455 Beamte und Arbeiter, davon wurden durch eigenes Verschulden 15 Reisende getötet und 31 verletzt. Es kamen somit auf 1000 000 Zug-Kilometer aller Züge an Verunglückten 1,76 Reisende und 3,49 Beamte und Arbeiter, zusammen 5,25 und auf 1000 000 Zug-Kilometer der zur Personbeförderung dienenden Züge 2,94 Reisende. Diese Zahlen waren hinsichtlich der Reisenden höher als in einem der vorausgegangenen fünf Jahre. Das wird wohl kaum auf einer Laune des Zufalls beruhen, sondern in großen Mißgriffen der Verwaltung seinen Grund haben, vor allem in der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskräfte. Hiergegen verwahrt sich die Denkschrift freilich mit besonderem Nachdruck. Aber sie schafft dadurch die in den letzten Monaten enthüllten Thatsachen nicht aus der Welt.

Heber die chinesische Auleihe besteht noch keine völlige Klarheit. Es verlautet jetzt, daß die englische und die deutsche Regierung gemeinsam für die Unterbringung der Auleihe Sorge tragen wollen. Das wäre eine erfreuliche Verbesserung der gespannten deutsch-englischen Verhältnisse. Von russischer Seite wird angeblich die Beseitigung Englands an der Auleihe mit Eifer bekämpft, da durch dieselbe der englische Einfluß in China bedeutend gestärkt werden würde.

Ueberhaupt gestaltet sich der Wettbewerb der europäischen Staaten, besonders Englands und Russlands, um die Vermehrung ihres Einflusses in China vermittels finanzieller Hilfsleistungen an die chinesische Regierung um so lebhafter, je mehr die kriegerischen Operationen zurücktreten. Besonders wird die Frage erörtert, wer der Nachfolger Sir Robert Hart's, des chinesischen General-Vollziehers, welcher seit Jahrzehnten die Zollverwaltung in vorzüglichster Weise geleitet hat, sein soll. Auch Russland macht auf diese höchst wichtige Stellung Anspruch. Die in Berlin erscheinende „Ostasiatische Correspondenz“, der Beziehungen zur hiesigen chinesischen Gesandtschaft nachgesagt werden, weist auf eine Lösung dieser Frage in der Art hin, daß England die koreanische Zollverwaltung an Russland freigebe und daß dafür der englische Zollinspektor in Korea, Brown, mit russischer Zustimmung zum Nachfolger Sir R. Hart's bestimmt würde.

### Deutsches Reich.

Unzufriedenheit mit dem Auswärtigen Amt aktnet ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ über die noch immer nicht ganz beseitigte Schweineeinfuhr nach Obersachsen. Der Landwirtschaftsminister habe mehrmals die vollständige Sperre gegen Ausland als richtig und nahe bevorstehend bezeichnet. Es müßten also „andere Faktoren der Igl. Staatsregierung der Durchführung jener vernünftigen Maßregel im Wege stehen. Welche sind das? — Der — r-Beitragler der „Dtsch. Tagesztg.“ unterdrückt allerdings vorsichtig die Antwort. Vielleicht hat er sie früher schon gegeben und glaubt darum bei seinen Lesern die nötige Kenntnis des Zusammenhangs schon voraussetzen zu dürfen. Denn wie schrieb doch Herr Klapper in seiner „Deutschen Agrarzeitung“ über Kiaotschau:

„Es ist nicht schwer, sich die Entwicklung ungefähr so zu denken: Deutschland strebte... eine Flottenstation in Ostasien an. Russland hatte nichts dagegen... Um aber für diese ihm selber nützliche Zustimmung noch etwa einen Vortheil zu erlangen, bittet Russland um die Nichterfüllung des von den deutschen Bauern so dringlich an ihre Regierung gestellten Verlangens, durch völlige Sperrung der russischen Grenze gegen die Schweine- und Geflügel-einfuhr die ständigen Viehschleppungen zu verhindern — ein Verlangen, dessen schlichte Berechtigung sogar von einem preussischen Minister schon anerkannt war... Darum mußte dann dieser Minister im Herbst die unter seiner Billigung bereits angeordnet gewesene Quarantäne an der russischen Grenze wieder aufheben. Vielleicht thut er das selber nur mit widerstrebendem Bedauern, weil er... es wohl unmöglich selber glauben konnte, daß die Gefahr der Verseuchung der deutschen Viehbestände weniger Beachtung heische, sofern nur der deutsche Seehandel dafür Kiaotschau bekommt...“

Damals verwahrte sich das Vandalenblatt noch gegen die Zustimmung zu Herrn Klapper's Anträgen gegen die ausländische Politik. Heute fragt es bereits seine Leser mit vieldeutiger Miene, welche Faktoren in der Staatsregierung wohl Herrn v. Hammerstein überstimmen. Noch ein paar Schritte so weiter und die „infamen Praktiken“, die Herr v. Marschall zur Verzeiwung brachten, werden auch gegen Herrn v. Bülow im vollen Gange sein. Ein gutbezahltes Schwein wiegt unseren Agrariern mehr, wie alle eben erst gepriesenen diplomatischen „Erfolge“ des Auswärtigen Amtes.

Von der Bäckerei-Verordnung. Im Reichsamt des Innern ist bereits ein nicht unwesentlicher Theil der neuerdings eingeforderten Verordnungen über die Wirkungen der Bäckerei-Verordnung eingelaufen. Es liegt auf der Hand, daß die Sichtung des Materials nicht so ohne weiteres angeht werden kann, und so wird denn immer noch geraume Zeit vergehen, bis die Reichsregierung sich darüber wird schlüssig machen können, ob überhaupt und inwieweit eine Aenderung der Verordnung angezeigt ist. Aus Rücksicht auf die schwebenden Arbeiten im Reichsamt des Innern hat man der „Staatsbürger Zeitung“ zufolge die Absicht, im Reichstage eine neue Interpellation wegen der Bäckerei-Verordnung einzubringen, bis auf weiteres hinausgeschoben.

Ein neuer Reptilienfonds. Ein „Dispositionsfonds“ der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Reichthums in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Oppeln“ wird im Betrage von 400 000 M. im Etat neu verlangt. Nach den ostelbischen Erfahrungen könnte ein volksthümliches Parlament eine solche horrend Forderung niemals bewilligen. Die Herren Miquel und v. d. Rode können freilich der Bewilligung dieses Fonds, der der schlimmsten Korruption Thür und Thor öffnet, sicher sein.

Die Einrichtung eines besonderen Kolonialamtes wird in Regierungskreisen erörtert. Jetzt untersteht die Kolonial-Abtheilung dem Auswärtigen Amte. Da die Geschäfte der Kolonial-Abtheilung sich aber stetig mehren, so wird eine Trennung beabsichtigt. Diese Trennung soll jedoch so vor sich gehen, daß durch räumliche Zusammenlegung der beiden Aemter die Verbindung zwischen ihnen nicht erschwert würde.

Die Neben-Eisenbahnen nehmen eine immer bedeutendere Stellung in dem preussischen Eisenbahneze ein. Im Jahre 1880/81 machten die Neben-Eisenbahnen 11,88 pCt. der gesammten Bahnlänge, im Jahre 1890/91 31,47 pCt. aus. Die Länge der Neben-Eisenbahnen hat sich in dem angezeigten Zeitraum relativ nahezu verdreifacht. Die gesammte Bahnlänge belief sich 1890/91 auf 11 530,50 Kilometer und im Jahre 1896/97 auf 27 523,88 Kilometer.

Der frühere Landesdirektor Sombart, einer der sympathischsten und allseitig geschätzten Gestalten aus der früheren parlamentarischen Geschichte Deutschlands, der auch als nationalökonomischer Schriftsteller sich einen Namen gemacht hat, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Er gehörte früher dem

Reichstage und Abgeordnetenhause als nationalliberaler Abgeordneter an.

Aus dem Königreich Stumm. Im Wahlkreis Saarbrücken zeigt sich deutlich, so schreibt die „Freis. Ztg.“, ein Schwund des Einflusses des Herrn v. Stumm und der Zusammenbruch des alten Nationalliberalismus. Die Nationalliberalen haben bisher nicht einmal einen Kandidaten gefunden. Der bisherige Vertreter des Kreises, der nationalliberale Abgeordnete Volk, hat sich zur Wiederannahme des Mandats nicht bewegen lassen und bei anderen hat man bisher vergebens angeknüpft. Neben der Kandidatur Kulemann, deren Aufstellung das Ergebnis einer Bewegung gegen Herrn v. Stumm und seinen Einfluß ist, tritt jetzt noch eine Handwerkerpartei auf den Plan mit einem eigenen Reichstagskandidaten in der Person des Bürgermeisters Dr. Neff von St. Johann. Die Schilderheber hier sind ebenfalls Leute, die sonst zur nationalliberalen Partei zählten.

Für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland haben sich in einer Vertrauensmänner-Versammlung am Mittwoch Nachmittag die Konservativen und Antifemiten geeinigt auf die Kandidatur des Tischlermeisters Pauly in Potsdam. Derselbe mußte sich verpflichten, im Falle seiner Wahl weder der Konservativen noch der deutschsozialen Volkspartei beizutreten.

Die sächsischen Konsumvereine werden jetzt erneut zu einer am 30. Januar in Chemnitz stattfindenden Professorenversammlung gegen die Umsatzensteuer eingeladen. Dort wird auch die seinerzeit in Leipzig gewählte Kommission, die über Mittel und Wege, wie der Umsatzensteuer entgegenzuwirken ist, berathen sollte, über ihre Thätigkeit Bericht erstatten.

München, 12. Jan. (Sig. Ber.) In der Generaldebatte über den Eisenbahn-Etat sprach heute unser Genosse Scherm. Er traktete vor allem die üblich gewordene Ueberanstrengung des Personals, auf die er auch den hohen Prozentfuß an Eisenbahninglücken hauptsächlich zurückführte. Die Generaldirektion habe eine ganze Reihe von sogenannten Sparreihen verfügt, die naturgemäß zu Mißbräuchen seitens der unteren Behörden führen mußten. Insbesondere der Personsperrre wurden besonders in Nürnberg berechnete Klagen erhoben, die nicht eher verstummen werden, bis der dortige Bahnhof endlich vollständig umgebaut ist. Der Vorort-Verkehr erfahre nicht genügende Förderung, da die Fahrpreise viel zu hoch und die Entfernungen zu gering sind. Die Beförderung des Publikums in Viehwagen könne leicht zu Unglücksfällen führen und sei außerdem rechtlich zu beanstanden. Jede Erleichterung des Verkehrs habe eine Reihe wirtschaftlicher Vortheile im Gefolge und deshalb sei auch der Ausspruch des Ministers, daß die Ausdehnung des Verkehrs mit der ökonomischen Lage mancher Gesellschaftsklassen nicht vereinbar sei, nur zu bedauern und durchaus unbedeutend. Eine Verbilligung der Personentaxen würde nur finanziellen Nutzen bringen. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung in den Zügen sei sehr wünschenswerth.

Stuttgart, 11. Januar. (Sig. Ber.) Die Verfassungskommission legt ihre Beratungen fort. Es wird das Alter für den Eintritt in die zweite Kammer vom 30. auf das 25. Jahr herabgesetzt. Die Standesherren können nach wie vor mit 21 Jahren in die erste Kammer eintreten. Aber nach dem § 21 der Verfassungsurkunde haben alle Staatsangehörige gleiche Rechte! Die Anregung unseres Genossen Kloss, das wahlfähige Alter auf 21 Jahre festzusetzen und auch den Frauen das Wahlrecht zu ertheilen, fand kein Gehör. Die zu wählenden zwei Vertreter der Universität und der Technischen Hochschule müssen durch die Lehrerkonvente mittels relativer Mehrheit gewählt werden. Die acht ritterschaftlichen Abgeordneten für die erste Kammer (für die aus der zweiten Kammer emterten 18 Ritter) werde von den immatriculierten Besitzern oder Theilhabern der Rittergüter des Königreichs auf die Dauer einer Wahlperiode von sämtlichen Mitgliedern ritterschaftlicher Familien mit relativer Mehrheit gewählt. Abgelehnt wurde ein Zusatzantrag Gröber's: „Wahlberechtigt und wählbar sind diejenigen Besitzer oder Theilhaber von Rittergütern, welche von ihrem egypten (neuerfreien) Grundbesitz nach Abzug der Zinsen aus den daraus hastenden Schulden eine jährliche Rente von 2000 M. beziehen.“

Ein höherer Besteuerung des Wandergewerbes in Baden wird in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen, der vorgelesen in der Abgeordnetenkammer zu Karlsruhe eingegangen ist. Von der neuen Steuer sollen auch die Wanderlager betroffen werden, an dem Ertragsnisse aus derselben die Gemeinden mit 30 pCt. theilnehmen. Von einer gewünschten Sonderbesteuerung der Großhandels-Geschäfte, wie Bazare und Versandtgeschäfte, habe die Regierung wegen der entgegenstehenden Schwierigkeiten absehen müssen. Auch in anderen Staaten sei diese Materie gesetzgeblich nicht geregelt. Der Entwurf sieht eine bewegliche Steuerklasse vor mit Minimal- und Maximalsummen und ermöglicht somit eine größere Steuerindividualisirung, um den persönlichen Verhältnissen Rechnung tragen zu können.

### Oesterreich.

Prag, 13. Januar. In der heutigen Sitzung des böhmischen Landtages kam es zu lebhaften Szenen, als an Stelle Bouquoy's Prinz Lobkowitz einen Antrag auf Einsetzung einer Sprachkommission in czechischer Sprache begründen wollte. Die Szenen wiederholten sich, als während der Rede Schäfer's ein Zwischenruf des Abg. Bregnowsky gehört wurde. Das Haus beruhigte sich erst, als Bregnowsky erklärte, daß er seinen Zwischenruf nicht auf einen Abgeordneten bezogen habe.

### Ungarn.

Fiume, 12. Januar. In dem Gemeinderath kündigte der vor-sitzende Gouverneur-Stellvertreter Gaal an, daß infolge der nur bedingungsweise Annahme der Podestafelle seitens Magyänder's eine Neuwahl vorzunehmen sei. Bei letzterer wurde Magyänder mit 43 Stimmen wiederum zum Podesta gewählt. Magyänder erklärte, er könne auf das Geheiß keinen Schwur leisten, doch sei das keine Provokation gegenüber der Regierung und der Nation, sondern nur die logische Vertheidigung der Rechte Fiume's. Gaal suspendirte hierauf im Namen des Königs den Gemeinderath, da Magyänder sich gegen die Regierung resistent zeige. Der Gouverneur-Stellvertreter wird morgen 100 Ungarn, welche in die Wahl-liste aufgenommen zu werden verlangten, alle als Wähler aufnehmen.

Der Gouverneur von Fiume, Graf Ladislaus Szapary, ist mit außerordentlichen Vollmachten aufgeschickt worden. Der Finanzminister Gemeinderath dürfte infolge der Vorgänge bei der vorgestrigen Podestawahl abermals aufgelöst werden.

Man sieht auch hier wieder, daß die „liberalen“ Herren Magyären die Freiheit und Selbstverwaltung, dort, wo sie ihnen un-bequem ist, energisch und brutal unterdrücken.

### Italien.

Rom, 11. Januar. Anlässlich der bevorstehenden Gedächtnisfeier des fünfzigjährigen Bestandes der Verfassung soll, dem „Pester Lloyd“ zufolge, eine allgemeine Amnestie erlassen werden.

Palermo, 12. Januar. Die Gedenkfeier der Revolution von 1848 erreichte heute, nachdem gestern die Einweihung der Ausstellung von Erinnerungsgegenständen, die Enthüllung eines Denkmals patriotischer Schriftsteller und Vorführung lebender Bilder aus der Zeit der sikkantischen Revolution stattgefunden hatte, ihren Höhepunkt. Ein gewaltiger Zug bewegte sich zum Revolutionsplatz und zum Freiheitsplatz, um ein Denkmal und eine Gedächtnisfeier einzuzweihen; die Menge war von Begeisterung hingerissen.

### Spanien.

Die spanische Soldateska auf Kuba. Nach einer in New-York eingegangenen Depesche aus Havana haben gestern früh etwa 100 aktive Offiziere, welche durch Zeitungsangriffe auf die spanische Armee auf Kuba aufgereizt waren, begonnen, in den Redaktionen der „La Discusion“ und des „El Reconcentrado“ die Fenster einzuwerfen, die Druckpressen zu zerstören, und die Angehörigen zu insultiren. Ein etwa 1000 Personen

zählender Volkshaufe begleitete die Offiziere unter dem Ruf: „Es lebe Spanien!“ Der Pöbel zerstreute sich sodann. Andere Volksmassen aber sammelten sich und schlugen die Thüren des „Diario de la Marina“ ein, wurden aber von der Gendarmarie auseinandergetrieben. Die Stadt hat das Aussehen eines Feld-lagers. Das amerikanische Konsulat wird von spanischen Truppen bewacht. — Nach einer Meldung aus Keywest sind der Kreuzer „Maine“ und zwei Torpedoboote nach Havana beordert.

### Rußland.

Petersburg, 13. Januar. Der Kaiser hat die von dem Kriegsminister v. Wa-nowsky wegen zerrütteter Gesundheit nachgesuchte Entlassung genehmigt. Auch der Chef des Generalstabs Obrutschew ist in diesen Tagen entlassen worden. Demnach erwartet man den Rücktritt des Ministers des Innern. Da durch den Tod Deljanow's auch das Unterrichtsministerium neu besetzt werden muß, sehen eine Reihe bedeutungsvoller Verschiebungen in den höchsten Beamtenstellungen bevor. Die bisherigen Ernennungen sind bloß provisorisch. Eine Aenderung des Systems aus diesem Anlasse erwartet niemand. Das absolutistische Rußland verheißt so vortreflich die Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie zu vertreten, die Finanzen Rußlands, sein Kredit ist besser denn je, so daß das Verlangen nach parlamentarischen Einrichtungen und Garantien für die Freiheit der Presse und Rede außer in der Arbeiterklasse und bei einem Theile der unterdrückten Nationalitäten fast gar keinen Widerhall findet. So lange Rußland von ökonomischen Krisen und Abenteuerpolitik verschont bleibt, so lange die nun mächtig auf-schwelende Entwicklung der Industrie noch nicht eine große, einheitlich vorgehende Arbeiterbewegung geschaffen hat, wird das russische Volk staatliche Einrichtungen westeuropäischer Art entbehren müssen.

Aus Kiew sind uns zwei an die Arbeiter dieser Stadt gerichtete von dem Kiewer Arbeiterkomitee unterzeichnete Flugblätter zugesandt worden, von welchen das eine vom 8., das andere vom 31. Dezember datirt ist. Das eine dieser Flugblätter enthält einen Ueberblick über die Arbeiterbewegung in Kiew im Laufe des letzten halben Jahres. Durch Streiks, Androhung von Streiks oder einfache Kundgebung der Unzufriedenheit gelang es den Arbeitern in der Fabrik von Graf, in den Verhältnissen von Wadnethy, in der Möbelfabrik von Kipaer, in der Tabakfabrik von Rogan, in der Fabrik von Greshner, in der sibirischen Maschinenfabrik von Kluonsky, bei Widmer, Kraewh, Schmelnitsky und in einigen anderen Betrieben ihre Lage zu verbessern. Die einen Unter-nehmer haben die Arbeitszeit verkürzt, die anderen die Löhne erhöht, die dritten gaben das Versprechen, die Löhne regelmäßig anzuzahlen u. s. w. Obwohl die Konzeptionen in manchen Fällen geringfügiger Natur waren, haben sie doch bei den Arbeitern das Vertrauen in ihre Macht geboten. Es wächst die Nachfrage seitens der Arbeiter nach verbottenen Schriften, in welchen über die Kämpfe der ausländischen Arbeiter berichtet wird. In mehr als 25 Fabriken wurden Flugblätter über verschiedene die Arbeiter interessirende Angelegenheiten verbreitet. Die Polizei hat gegen 30 Arbeiter verhaftet, um zu erfahren, von wem sie die Flugblätter bekommen haben; nachdem sie aber von jedem nur die Antwort herausbekam, er habe das Flugblatt auf der Straße gefunden, wurden alle wieder entlassen. Die mehr als 40 Haus-suchungen, welche bei Arbeitern abgehalten wurden, verliefen gleich-falls erfolglos. Durch ihre Einmischung in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, heißt es im Flugblatt weiter, hat die Regierung selbst die Arbeiter zu einem Kampfe herausgefordert, welchen diese anstreben werden. Der Um-stand, daß die Regierung sich bereit habe, nach dem Streik von 35 000 Petersburger Webern den Normal-Arbeits-tag einzuführen, zeige, daß bei dem Eintreten größerer Arbeiter-massen in den Kampf noch viel mehr erreicht werden könne. Gegen Hunderttausende und Millionen kämpfender Arbeiter könnten die Gefängnisse, die Geheimpolizisten und die Gendarmen der Regierung nichts anrichten. Wenn in den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung Hunderttausende und Millionen von Arbeitern treten werden, dann wird auch das Schicksal der Regierung selbst ent-schieden sein.

### Afrika.

Kapstadt, 12. Januar. Der Basutohäuptling Serothodi hat die feste Stellung Masupha's nach einem die ganze Nacht hindurch währenden Gefechte erklärt. Ein wilder Kampf, Mann gegen Mann, wüthet noch jetzt auf dem Gipfel des Berges.

### Asien.

Hokohama, 12. Januar. Das neue Kabinet ist durch Ito gebildet worden; Inouye ist Finanzminister, während Nishi und Saigo an der Spitze des Ministeriums des Inneren bezw. der Marine verbleiben.

Kalkutta, 13. Januar. Eine britische Vermessungsabtheilung unter der Führung des Hauptmanns Burn, welche aus über 200 Trägern und Signalisten bestand, wurde im Welkan-Distrikt von aufständischen Bergstämmen angegriffen. Eine Anzahl der ein-geborenen Soldaten, welche die Abtheilung begleiteten, wurden ge-tötet und viele verwundet. Dem Hauptmann Burn gelang es, auf einem Kanuel zu entkommen und nach einem Ritt von 130 Meilen Ormara zu erreichen. Der Zustand der Stämme richtet sich gegen den Khan von Khetal, Ormara ist bedroht. Die Truppen des Khans halten das Fort Kaskabad besetzt.

## Parlamentarisches.

Budget-Kommission. In Fortsetzung der Debatte beantragt der Abg. Lieber ein Amendement zum Antrag Hammacher, welches bezug nimmt auf eine frühere Resolution, wonach die Entscheidung über die Ausschmückung des Reichstagshauses dem Reichstag zu-stehe. Müller-Sagan kommt auf grund der widersprechenden An-schauungen über die Frage: wer im Reichstagshaus Herr sei, dazu, den Antrag zu stellen, die geforderten 100 000 M. abzusehen. Der Antrag Lieber verbessere zwar den Antrag Hammacher, schaffe aber keine klare Situation. Graf v. Bosadowsky polemisiert gegen den Antrag Müller, dessen Annahme unmöglich sei in andrerthat der bereits getroffenen Vorarbeiten. Gegenüber der in der Budgetkommission erhobenen Kritik werde der Reichstagskanzler die Beschlüsse der Baukommission nicht zur Ausführung bringen. Abg. Prinz Arenberg spricht sich für eine Verstärkung der vorgeschlagenen Kommission aus, Abg. v. Radorff ist gegen diesen Antrag und nimmt die Parlaments-Baukommission gegen verschiedene gegen sie erhobene Angriffe in Schutz. Die Kommission habe gebundene Marschroute gehabt, auch der Baumeister Wallot sei gezwungen worden, seinen früheren Plan sehr erheblich abzuändern, nicht zum Vortheil seines früheren Planes. Graf v. Noon ist der Ansicht, der Reichstag habe nicht die Aufgabe, für die Ausbildung des deutschen Kunstgewerbes zu sorgen, und ist für Absehung der 100 000 M. Abg. Dr. Hammacher wendet sich gegen die Auf-schmückung des Prinzen Arenberg. Abg. Graf Arnim ist für eine stärkere Kommission, als die beantragte. Abg. Lieber kommt nach längeren Ausführungen über Aesthetik und ähnliches auf den früher seitens der Baukommission unter Zustimmung des damaligen Staats-sekretärs v. Bötticher gefassten Beschluß, wonach künftig alle Aus-gaben für das Reichstagsgebäude auf den Etat des Reichstags ge-richtet werden sollen. Das habe auch der Reichstag beschlossen. Daran müssen festgehalten werden, aber nur in Rücksicht auf die zu Ende gehende Legislaturperiode stimme er dem Antrage Hammacher zu, ohne Verbindlichkeit für später. Graf v. Bosadowsky konstatiert, daß nach dem letzten Sitzungsbericht der Baukommission aus dem Mai v. J. angenommen werden müsse, daß die Baukommission v. s. bestesse. Wollte man sie jetzt auflösen, so werde er nicht dagegen einwenden. Staatsrechtlich liege die Sache seines Urtheils klar, in der beantragten Kommission habe der Reichstag die Mehrheit und das Reichsamt des Innern habe nichts anderes zu thun, als die Beschlüsse der Kommission aus-zuführen. Schluß der Debatte. Abg. Graf Arnim beantragt, die Zahl der Mitglieder des Reichstags in der Kommission von 5 auf 7 zu erhöhen. Referent Singer stellt den Ausführungen des Grafen Bosadowsky gegenüber fest, daß die Baukommission im vorigen Jahre sich nur mit der Abwicklung der Baugeschäfte be-



faßt, damit aber ihre Aufgabe als erledigt betrachtet habe. Vom Standpunkte derjenigen, die das Gewerbe erhalten wollten, solle gerade das Bestreben, dem Kunstgewerbe von Staatswegen Aufträge zuzuwenden, begriffen werden. Denn auch nur durch Belebung des Kunstgewerbes könne gerade nach der Meinung vieler Handwerker noch dem Kleinergewerbe geholfen werden. Im weiteren wendet sich der Redner gegen die geübte Kritik an den Einrichtungen des Parlamentshauses, es habe viele Vorzüge vor anderen Parlamenten, die er kenne, voraus. Schließlich befürwortet er die Bewilligung des Titels. Der Antrag Arnim, die Kommission von 5 auf 7 Reichstags-Mitglieder zu verhäufeln, wird angenommen; dem Antrag Hammacher wird darauf einstimmig zugestimmt und der geforderte Titel bewilligt.

Im folgenden Titel werden 800 000 M. als zweite Rate für den Bau des Präsidialgebäudes gefordert, obgleich kein Plan und kein Kostenschlag vorliegt. Der Referent Singer beantragt die Ablehnung aus dem letzten Grunde. Graf Pobjadovsky legt den geschäftlichen Gang der Verhandlungen über den Bau mit dem Baumeister Ballot dar, wonach letzterer sich bereit erklärt, bis zum 1. März das Gewünschte zu beschaffen; man möge deshalb die Verleihung des Titels aussetzen. Abg. Singer schlägt sich diesem Vortrage an. Die Kommission beschließt dringend. Die folgenden Titel 6, 7, 8, 9, 10 und 11 werden ohne erhebliche Diskussion bewilligt; damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Auf eine Anfrage, wie es mit dem in der letzten Session angenommenen Antrag Schulz-Pupis bezüglich der Gründung einer Abteilung für die Untersuchung bakteriologischer und pathologischer Vorgänge in der Thier- und Pflanzenwelt (Beseitigung von Pflanzen- und Thiergeschädlingen in der Landwirtschaft) stehe, gibt der Staatssekretär Graf Pobjadovsky an, daß zunächst ein Hilfsarbeiter im Reichsgesundheitsamt für die Bearbeitung dieser Materie angestellt worden sei. An der hieran sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgg. Müller-Sagan, v. Radorff, Prinz Arenberg, Bedel und Graf v. Stolberg.

Nächsten Montag 11 Uhr: Post-Etat.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wurde von der damit betrauten Reichstags-Kommission heute erledigt. Sodann nahm die Kommission fast einstimmig folgende Resolutionen an: den Reichskanzler zu ersuchen, 1. das Kostenwesen in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit grundsätzlich einheitlich zu gestalten; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Notariatswesen einheitlich einrichtet. Die Kommission wird in der nächsten Woche einen schriftlichen Bericht erstatten.

### Partei-Nachrichten.

In Fischerwalde in der Lausitz haben die Parteigenossen einen Wahlverein gegründet.

Die Antisemiten an der Arbeit. Man schreibt uns: Ein gewisser Andres unternimmt es, angeblich aus eigenen Mitteln, im Sternberger Kreise Versammlungen einzuberufen und Flugblätter zu verbreiten. Auf diese Art war auch in Neppen auf vorigen Sonnabend eine „antisemitische Volks-Versammlung“ einberufen, zu welcher Herr Bödler, Redakteur an der Berliner „Staatsbürger-Ztg.“, das Referat übernommen hatte. Das war unsern Genossen, denen alle Lokale verweigert werden, ein „gesundes Fressen“. Sie bestellten noch in letzter Stunde alle Mann in die Versammlung, zu der sie schon Jahne aus Berlin telegraphisch geladen hatten. Nun ging der Tanz los. Alle Versammlungsgäste Neppens waren in der Versammlung vertreten. Zunächst das übliche Kaiserhoch. Dann entrollte Herr Bödler ein wundersames Bild von den schlechten Zeiten, an denen natürlich bloß die Juden und Sozialdemokraten schuld sind. Daß es aber so weit gekommen ist, haben die Liberalen und Junker mit verschuldet. Doch zum Glück kamen noch zu rechter Zeit die christlichen und vaterlandstreuern Antisemiten und namentlich Herr Abg. Zimmermann in den Reichstag. Aus Furcht vor der Drohung dieses gewaltigen Mannes hat denn auch der Reichskanzler wieder die geplante Tabaksteuer zu rückgezogen, während Singer gegen die Wörfensteuer stimmte. Denn auch die Wölfe und das Großkapital sind an allem Uebel schuld. Dagegen sind Krupp, Stumm und Berthold wahre Musterknaben, weil sie eben — „Christen“ sind. Hätten wir hohe Getreidepreise, dann gingen es auch den Bauern und Landarbeitern besser. Gegen die letzteren werde man überhaupt müssen gefällig einschreiten, um sie auf dem Bunde zu behalten. Dann wolle die Sozialdemokratie die Republik, Güter- und obendrein Weibergemeinschaft!!! Das muß ein Ende mit Schreden nehmen im „Zukunftssaal“... Es war unsern Genossen Jahne nicht schwer, gegen die Ausführungen des Redners aufzutreten. Es gelang ihm, vielfach von Beifall unterbrochen, etwa eine Stunde zu sprechen und Herrn Bödler zu widerlegen, was diesen und Herrn Andres ganz aus dem Hänschen brachte, dem einen derartigen Empfang hatten sie nicht vermuthet. Sie haben thätlich nur für uns agitiert. Unsere Genossen haben nach dieser Versammlung neuen Muth geschöpft zu neuen Erfolgen. Mögen die Herren Andres und Bödler nur so weiter arbeiten im Sternberger Kreise, wir werden dafür sorgen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Im Stettiner Wahlverein gab am Dienstag der Vorsitzende Storch den Geschäftsbericht auf das Jahr 1897. Es sind 11 ordentliche und eine außerordentliche Versammlung abgehalten worden, die verhältnismäßig gut besucht waren. Die Jahresrechnung betrug 1193,17 M., die Ausgabe 516,08 M.; als „Reiner“ zur bevorstehenden Reichstagswahl sind sonach 677,11 M. vorrätig. 23 000 Flugblätter, deren Inhalt Bezug auf die Reichstagswahl hat, sind verbreitet worden. 516 Mitglieder wurden neu gewonnen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 1424 beträgt. Auf die einzelnen Gewerbe vertheilen sich die Mitglieder wie folgt:

Arbeiter 494, Maurer 115, Tischler 111, Schneider 100, Schlosser 92, Zimmerer 51, Schuhmacher 46, Maler 39, Tischler 38, Viehhändler 29, Decker 29, Studenater 29, Buchbinder 28, Bildhauer 22, Schmiede 19, Buchbinder 18, Steinseher 18, Bildhauer 12, Formner 10, Klempner 10, Tapezierer 14, Steinbruder 10, Barbier 9, Kaufleute 8, Handschuhmacher 7, Bäckermeister 7, Tabakarbeiter 7, Müller 4, Klempner 4, Glaser 4, Wäcker 3, Mechaniker 3, Gelbflecker 3, Brauer 3, Maschinenisten 3; ferner gehören dem Verein an je 2 Stellmacher, Dekleure, Tischlermeister, Hohlbleifer, Kofschneider, Expedienten, Steinmetzen und Pantinenmacher, je 1 Bäcker, Kürschner, Lithograph, Handlungsgeselle, Schäftener, Fleischergehilfe, Aufseher, Warmwasserheizer, Redner, Schreiber, Wursthändler, Fuhrherr, Fleischermeister, Buchdruckereibesitzer, Färbereibesitzer, Arzt und Agent.

Es sind 60 Gewerbe gegen 49 im Jahre 1898 im Wahlverein vertreten.

Wenn man die Erfolge, die der Wahlverein jetzt im Verhältnis zu früher aufzuweisen hat, als Maßstab für die kommende Reichstagswahl betrachten darf, so läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß unser Kandidat schon im ersten Wahlgange siegen wird, es also nicht noch einmal zur Stichwahl kommt.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Nürnberg hat in seiner letzten Sitzung die Anstellung eines besoldeten Beamten beschlossen. Begründet wurde diese Maßregel damit, daß es den Vorstandsmittgliedern sernerhin unmöglich sei, bei dem geringen Mitgliederstande und bei der Fülle der Arbeit, die die in den nächsten 1 1/2 Jahren stattfindenden Wahlen verursachen, die Geschäfte so zu führen, wie es im Interesse unserer Sache erforderlich ist. Als besoldeter Beamter wurde der Parteigenosse Konrad Herrmann gewählt.

### Politisches, Gerichtliches etc.

Der Landgerichts-Präsident des Magistrats in Ruppiner, früherer erster Staatsanwalt in Magdeburg, ist gestorben. Er wurde weiteren Kreisen insbesondere durch sein Verhalten im Peus-Prozess bekannt. Als die ihrer Entbindung entgegenstehende Frau Peus dringend um Entlassung ihres Mannes aus der Untersuchungshaft gebeten hatte, wurde ihr von dem Staatsanwalt Magistrat geschrieben, daß er bei aller Anerkennung ihrer trauernden Lage zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, die Haftentlassung ihres

Mannes von Amts wegen zu befürworten, da Peus eine schwere Strafe zu gewärtigen habe. Frau Peus ist im Wochenbett gestorben, ohne ihren Mann wiedergesehen zu haben. . . Auch sonst hat sich Magistrat als Staatsanwalt im Kampfe gegen unsere Partei hervorgethan. Er konnte aber ebensowenig wie andere es hindern, daß die Sozialdemokratie in Magdeburg immer fester Wurzel faßte.

### Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Fabrik-Schuhmacher beschlossen gestern, Donnerstag, in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die von den Ringsfabrikanten vorgelegte Arbeitsordnung abzulehnen. Im Fall die Unternehmer die Anerkennung der Arbeitsordnung durch die Ansperrung der Arbeiter zu erzwingen suchen und dieselbe nicht zurückgezogen wird, soll der Kampf nach jeder Richtung von den Arbeitern aufgenommen werden. Direkt an dem Kampf sind circa 500 Arbeiter, die in den Ringsfabriken beschäftigt sind, betheiligt.

Christliche Gewerkchaftsorganisationen sollen, wie das Organ der katholischen Arbeitervereine „Der Arbeiter“ mittheilt, demnächst in der Hauptstadt gegründet werden. Im Leo-Hospiz, dem ersten katholischen Arbeiterheim, seien am letzten Sonntag schon eine Anzahl Männer zusammengetreten, die einen Verein „Arbeiter-Schutz“ ins Leben gerufen haben, von dem aus nun die Agitation in die einzelnen Berufe getragen werden soll. Wer diese Männer sind und wie groß ihre Anzahl ist, sagt der Bericht nicht; aber gleichviel, wir bewundern aufrichtig deren Muth, einer so ansichtslosen Sache zu dienen, wie die ist. Berliner Arbeiter nach dem Muster christlicher „Jünglingsvereine“ organisiren zu wollen.

Das Spandauer Gewerkchaftskartell nahm in seiner Sitzung am Dienstag eine Resolution in der Fassung derjenigen der Berliner Gewerkchaftskommission an, welche eine klare Nichtsaner für das Wirken des Kartells bei allen Lohnbewegungen enthält. Nieger gab alsdann bekannt, daß die von ihm im Auftrage des Kartells bei den Krankentafelwahlen entwickelte Agitation den Erfolg gehabt hat, daß in den Verwaltungskörpern der Gesellenkassen mehrheitlich die organisirten Arbeiter die Majorität haben. Von den Lohnforderungen der Bauarbeiter für 1898 wurde Kenntniß genommen und beschlossen, die Listenammlung für einen gemäßigten Bureau-Angestellten fortzusetzen. Ohne Entschuldigung setzen die Vertreter der Barbier- und Putzsch.

Die Zahl der in Spandan in gewerkchaftlichen Verbänden — auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung — organisirten Arbeiter beträgt gegenwärtig 920. Naturgemäß macht der Winter einigen Verbänden eintrüb. Die Dirsch-Dunder'schen Vereine am Orte, welche von den tgl. Werkstätten für so harmlos gehalten werden, daß den „tgl. Arbeitern“ nichts in den Weg gelegt wird, sich diesen „Verbänden“ anzuschließen, vereinigen in sich kaum den dritten Theil dieser Zahl.

### Deutsches Reich.

Unter der Beloghaft der Jakobgrube in Gr. Boernecke bei Staßfurt ist ein Streik ausgebrochen. Es soll sich weniger um eine Lohnbewegung, als um eine Verkürzung der sehr langen Arbeitszeit handeln.

Metallarbeiter! Trohden die Direktion der Dampfschiff- und Maschinenbauanstalt der österreichischen Nordwest-Gesellschaft in Dresden die Abstellung der Wiskände zugesagt hat, sucht sie in verschiedenen auswärtigen Zeitungen Schloffer und Dreher. Es sieht deshalb zu erwarten, daß man nur auf Ersah wartet, um Maßregelungen vornehmen zu können. Zugut ist deshalb zu vermeiden.

Die angeperrten Formner und Kerumacher der Ceraer Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals A. Kühn sehen ihren Kampf unverändert fort. Verhandlungen über die betreffende Streitfrage haben bis jetzt zwei stattgefunden, welche aber ohne Erfolg waren. Die Firma verharret noch auf ihrem Standpunkte, die jüngeren Formner mit 25—27 Pf. pro Stunde zu entlohnen. Auch machte sie den Angeperrten den Vorschlag, die Arbeit wieder aufzunehmen und nachher in die Verhandlung einzutreten, was dieselben ablehnten. Geformt wird nur vom Meister und drei Lehrlingen. Zu unterfragen sind noch 12 Arbeiter.

Des Profites halber. Die Harpener Bergbauergesellschaft macht auf Zeche Friedrich der Große folgendes Experiment. Sie zahlt allmonatlich an jeden ihrer Arbeiter eine Prämie von 5 Mark, der: 1. sämmtliche im Monat fallende Arbeitsschichten regelrecht verfährt, 2. den Minimal-Monatslohn von 107 M. verdient. Dem Arbeiter ist es dabei gestattet, zur Erlangung dieser Lohnhöhe neben den laufenden Schichten Ueberschichten zu verfahren. Die Minimallohn-Höhe, die zur Erreichung der Prämie verdient werden muß, richtet sich je nach dem im Bergreviere statistisch ermittelten Durchschnittslohn und wird von der Verwaltung von Zeit zu Zeit festgestellt. Man sieht, die Grubenverwaltung will nach zwei Seiten hin „ergiebend“ auf ihre Arbeiter einwirken: neben dem Anhalten zur regelrechten, tagtäglichen Schichtverfahung wird auch der „Fleiß“ angepörrt. Die die Arbeiter dieser Einrichtung gegenübersehen, zeigt am besten die Thatsache, daß im Monat Dezember 1897 etwa 800 Arbeiter die Prämie erhielten. Solche Einrichtungen bringen natürlich den Unternehmern großen Vortheil, da die Arbeiter ihre Leistungen bis auf äußerste steigern. Aber sozialpolitisch und vom hygienischen Standpunkte ist ein solches Anreizsystem sehr bedenklich und birgt für die Arbeiter die schwersten Schäden in sich.

In Gotha haben die Schieferdeckermeister mit einer Ausnahme sämmtlich die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Im Schuhmacherstreik in Groitzsch. Es wird nun die achte Woche, daß die Arbeiter der Firma B. Göze u. E. Fischer in Groitzsch bei Leipzig im Streik stehen, der durch die Einführung von Zweidampfmotoren (sogenannten Kleinmaschinen) unvermeidlich wurde, da nach den neuen Vorschlägen die Arbeiter einen bedeutenden Anfall an Lohn zu verzeichnen hatten. Dieser Streik treibt sondersbare Schicksale, wir leben wie unter dem Belagerungsstand, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“. Fast die gesammte Bevölkerung steht seit den Streikenden, so daß vor Wochen Streikbrecher gar kein Logis bekommen konnten und so gezwungen waren, ihr Mittagmahl in der Fabrik einzunehmen und wohl auch des Nachts darin zu kampiren. Schaden können diese Leute allerdings den Streikenden wenig, da Steppertinnen überhaupt nicht zu haben sind, denn die leben fest wie eine Mauer; Schaden können sie nur den Fabrikanten, diese Erfahrung haben wir schon oft gemacht. Die hiesige Gendarmerie ist um drei Mann verstärkt worden, um die Arbeitswilligen zu schützen. Die Firma Göze u. Fischer kann sich ungehindert an die Konkurrenzfirmen wenden, daß diese den Streikenden keine Arbeit geben. Die Posten der Streikenden werden arretirt, ein wahrer Regen von Strafmandaten ergießt sich über sie. Des Abends, wenn die Arbeiter der übrigen Fabriken nach Hause gehen, darf niemand stehen bleiben, langsames Gehen wird untersagt, vor die eigene Hausthüre stellen, wird ebenfalls nicht geduldet, und wer nicht parirt, wird arretirt. An Arreturen ist man hier bereits gewöhnt. Vorige Woche nun hat sich die Firma Göze u. Fischer hülfesuchend an die übrigen Schuhfabrikanten gewandt, sie sollten doch ihre Fabriken schließen, wohl aus dem Grunde, den Streikenden den Sieg unmöglich zu machen. Es scheint aber niemand auf diesen Vorschlag zu geben, sntemalen bei der vorjährigen Bewegung sich die betreffende Firma auch aus der Schlinge zu ziehen wußte. Der Streik dauert also unverändert fort und die daran betheiligten Arbeiter und Arbeiterinnen, 144 an der Zahl, stehen fest und bitten den Zugut fern zu halten.

Den Schuhmachern in München droht ein größerer Ausstand. Wie wir bereits mitgeteilt haben, befinnen sich die Arbeiter der Firma Regenfeiner wegen Einführung eines niederen Lohnzartariffs im Ausstand. Vor einigen Tagen haben nun die Münchener Schuhfabrikanten, die dem Ring angehören, bei Festlegung einer Konventionalstrafe von 1000 M. beschlossen, sämmtliche Arbeiter auszusperren,

wenn nicht von den Arbeitern bis zum Ablauf der Kündigungsfrist darauf hingearbeitet wird, daß der Ausstand in der Regenfeiner'schen Fabrik zur Beilegung gelangt.

Der Streit zwischen Legien und dem neuen Besitzer des von Legien gemieteten Saales in Boremba ist, wie uns aus Weuthen berichtet wird, dadurch beigelegt, daß Legien gegen die Forderung der im Vertrage ausbedungenen Konventionalstrafe von 600 M. und gegen einige sonstige Entschädigungen im Gesamtbetrage von ca. 100 Mark dem neuen Besitzer die Erfüllung der Vertragspflichten erläßt. Die strafrechtliche Verfolgung der Personen, die gewaltsamer Weise in den Saal eingedrungen sind, geht jedoch ihren Gang weiter.

### Ausland.

In Lugemburg ist ein Seherstreik zum Ausbruch gekommen, sodas die Zeitungen nur in halbem Format erscheinen. Die Ausständigen verlangen die 9stündige Arbeitszeit und 5 Franken Tagelohn.

Vom englischen Maschinenbauerkampfe ist heute nur soviel zu berichten, daß weitere Kündigungen erfolgt sind in Wolverhampton, Leeds und Manchester. Die englische Admiralität hat fünf Torpedojäger an Privatwerften in Auftrag gegeben; auf den Werften von Portsmouth wird jetzt je eine Stunde Ueberarbeit geleistet. Das zeigt jedenfalls, daß die Arbeit drängt und es wäre nur zu wünschen, daß dieser langwierige Kampf endlich zu einem Ende läme.

### Soziales.

Arbeiter-Nistto. Im Carlsbach'schen Tabakmagazin in Mannheim wurde eine 17jährige Arbeiterin vom Kasseher beauftragt, die in einem andern Stockwerk beschäftigten Arbeiterinnen heraufzurufen. Als sie den Auftrag ausführen wollte, fiel sie, da nirgends Licht angezündet war, in der Dunkelheit durch die Aufzugsschacht vier Stockwerke herunter in den Keller, wo sie zerschmettert liegen blieb und nach wenigen Minuten ihren Geist aufgab. Nach einer Mittheilung der „Volksstimme“ sollen an dem Aufzug keine Schutzvorrichtungen angebracht gewesen sein. Die Schuld an dem Unfall würde somit in erster Linie der Firmeninhaber, beziehentlich sein Geschäftsführer tragen. Die „Volksstimme“ weist hierbei darauf hin, daß die Tabakmagazine dem Fabrikinspektorat unterstellt werden müssen.

Vollkommene Sonntagruhe führen in Prag vom nächsten Sonntag an die Zuckerfirmen ein, nachdem die Staatshalterie verfügt hat, daß Kontoarbeiten Sonntags nur von 9—11 Uhr verrichtet werden dürfen.

Massenkand in Sizilien und Unteritalien. Ein wohlhabender Einwohner in Palermo hatte in einem nach Buenos-Aires gehenden Dampfer Plätze für sechs Auswandererfamilien gemietet und sie an arme Familien der Schwefelgrubenbezirke ausgeben, worauf sich bei ihm im Laufe von zwei Wochen über 28 000 Familien zur Auswanderung nach Argentinien meldeten. — Ein Unternehmer, der mit der brasilianischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach er im Laufe einiger Jahre 40 000 Italiener nach dem Staate Sao Paulo bringen soll, erhielt bereits aus Sizilien und Unteritalien 200 000 Anmeldungen, während in Oberitalien die Auswanderungslust unter der darbenenden Land- und Arbeiterbevölkerung nicht geringer ist.

### Derselben und letzte Nachrichten.

Berlin, 13. Januar. (Berl. Kor.) Gegen das Utheil der Disziplinardirektion wider den Kriminalkommissar v. Lausch, wodurch über diesen die Strafe der Verweisung in ein anderes Amt von gleichem Range mit Verlust des Anspruches auf Umzugslohn verhängt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft die Berufung an das Staatsministerium eingelegt.

Budapest, 13. Januar. (U. H.) Auf der Strecke Miskolc-Lud sand ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt, bei welchem drei Feizer getödtet wurden. Ein Lokomotivführer erlitt schwere, mehrere Personen leichtere Verletzungen.

Budapest, 13. Januar. (U. H.) Auf der Linie Miskolc-Gäl sand bei der Station Feled ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt. Dabei sind 3 Personen getödtet, ein Lokomotivführer schwer und ein Zugführer und ein Gepäckträger leicht verletzt worden. Drei Lokomotiven und 22 Wagen sind entgleist.

Paris, 13. Januar. (U. H.) Wie der „Jour“ meldet, erfolgte die Verhaftung des Oberst Picquart wegen Verdachts der Fälschung. Es handelte sich angeblich um den nicht zur Post beförderten Rohrpostbrief, welcher die Adresse Esterhazy's trug und aus dem Beziehungen Esterhazy's zu einem fremden Militärentaché hervorgehen sollten. Picquart habe, um dem Briefe das Verhören der Echtheit zu verhüten, vorgeschlagen, einen falschen Poststempel darauf zu setzen. — Einer Meldung des „Temps“ zufolge wurde Esterhazy pensionirt. — Die Esterhazy freundschaftliche Presse verlangt wegen des heutigen Briefes die Verhaftung Jola's oder dessen Unterbringung in einer Irrenanstalt.

Paris, 13. Jan. (U. H.) Deputirtenkammer. Der Ministerpräsident Meline erklärte, er bezeichne die Bewegung der Kammer angesichts des Anarisses gegen die Spitzen des Heeres. Die Regierung habe, ihrer Pflicht sorgsam eingedenk, beschloffen, Jola vor Gericht zu bringen, obgleich sie sich nicht verbiete, daß man die Strafverfolgungen wolle, um die Agitation zu verlängern. Jaurès tadelt den Anstich der Deffentlichkeit im Prozesse Esterhazy, welche bei der Nation ein Dunkel bestehen lasse.

Nach Schluß der Debatte nahm die Kammer eine Tagesordnung, welche das Vertrauen in die Erklärungen der Regierung ausdrückt, mit 313 gegen 141 Stimmen an.

Jaurès forderte im Verlaufe seiner Rede die Mehrheit auf, den Grundfah der Unterordnung der militärischen Gewalt unter die Justizgewalt nicht zu verlängern. Der Kriegsminister Billot erwiderte ihm, die Armee gehorche ihrem Chef, dem treuen Hüter der republikanischen Einrichtungen und sie verfolge ihre heilige Aufgabe. (Beifall.) Cavaignac wandte sich gegen Jaurès, der ungerechtfertigte Angriffe gegen das Heer erhoben habe, spricht sich jedoch dahin aus, daß der Kriegsminister nicht durch ein Wort die um die Angelegenheit Dreyfus entstandene Kampagne beenden könne. Redner forderte die Mittheilung des geheimen Aktenstückes, welches die Verurtheilung des Kapitän Dreyfus entschied. (Uruhe.) Ministerpräsident Meline erklärte hierauf, es sei unmöglich, vor der Kammer einen durch Urtheilspruch des Kriegsgerichts erledigten Prozeß auf neue zu beginnen. Hieran wurde die Debatte geschlossen. Eine von Cavaignac eingebrachte Tagesordnung, welche das Zögern der Verhören der Regierung bedauert, wurde mit 317 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Darauf nahm die Kammer mit 313 gegen 141 Stimmen eine von Marty beantragte und vom Ministerpräsidenten Meline angenommene Tagesordnung an, welche das Vertrauen in die Erklärungen der Regierung ausdrückt. Graf de Mun beantragt, der Tagesordnung die Worte hinzuzufügen: „Die Kammer rechnet darauf, daß die Regierung die nöthigen Maßnahmen werde zu ergreifen wissen, um die Kampagne der Agitation gegen das Heer ein Ende zu setzen.“ Dieser Zusatz wurde mit 254 gegen 120 Stimmen genehmigt und sodann die gesammte Tagesordnung mit 312 gegen 122 Stimmen angenommen. Hieran wurde die Sitzung geschlossen.

Cadix, 12. Januar. (U. H.) Die beschäftigungslosen Arbeiter sahen fort, in San Lucar de Barrameda die Bäckereien zu plündern; weitere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Ferrara, 13. Januar. (U. H.) Um den Arbeitslosen entgegenzutreten, haben die Behörden von Migliarino und mehrere anderer Ortlichkeiten von der Regierung Truppenabtheilungen verlangt.

Madrid, 12. Januar. (U. H.) Der neue Generalgouverneur für Porto-Rico, Gonzalez Minoz, ist unmittelbar nach seiner Ankunft dafelbst gestorben.

Bombay, 13. Januar. (U. H.) In der vergangenen Woche sind in Bombay 450 Personen an der Pest gestorben, die Gesamtsterblichkeit betrug in der letzten Woche 1307.



Reichstag.

16. Sitzung. Donnerstag, den 13. Januar 1898.

Am Bundesrathstische: Niederding.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vom Centrum (Abg. Prinz v. Arenberg, Gröber und Genossen) eingebrachten Gesetzentwurfs betr. Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches. Der Antrag nimmt im wesentlichen die Bestimmungen der im Jahre 1892 eingebrachten, aber nicht zu Stande gekommenen Regierungsvorlage, die unter dem Namen der lex Heinze bekannt geworden, in der Gestalt wieder auf, die dieselbe damals in der Kommissionsberatung erhalten. Verschärft sollen werden die Annpel-Paragrafen, die Bestimmungen über die Verbreitung unzüchtiger Schriften u. s. w.; neu eingefügt sollen werden Strafbestimmungen gegen das Zuhälterthum, gegen unzüchtige Handlungen von Arbeitgebern, Dienstherren u. s. w., die unter Mißbrauch des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ausgeübt werden, gegen öffentliche Aufführungen, die durch gröbliche Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind, sowie gegen die wissenschaftliche Uebersetzung von annehmenden Geschlechtskrankheiten. Die Verführung unbescholtener Mädchen soll endlich, statt bis zum vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr unter Strafe gestellt werden.

Präsident v. Nolckhoff eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Abg. Dr. Spahn (Z.) führt zur Begründung des Antrages an: Schon im Programm der Centrumpartei von 1878 wurde ein erhöhter Schutz der Sittlichkeit gefordert. Wir haben infolge dessen wiederholt beim Reichstage Anträge eingebracht, in denen eine Verschärfung der Strafbestimmungen, die das Strafgesetzbuch zu diesem Schutz vorseht, gefordert wird. Diese Forderungen müssen wir immer dringender stellen, angesichts der in Deutschland immer größer werdenden sittlichen Noth. Wir haben eine ganz unverhältnißmäßig große Zahl von Ehescheidungen, gegenüber den Zahlen anderer Länder in Europa, und diese ist noch dazu in beständigem Steigen. Der Grund für die Ehescheidungen ist aber in den weitläufigen Kreisen der Ehebruch. (Sehr richtig! im Centrum.) Im Zusammenhang mit dieser Zunahme der Ehescheidungen steht eine Zunahme der Prostitution der unehelichen Kinder. Auch die Auffassung der Sittlichkeit, wie sie in jehreichten, viel gelesebenen Büchern zum Ausdruck kommt, giebt Zeugnis von einem bedenklichen Verfall der Sittlichkeit. Es ist daher nur natürlich, daß die Zahl der Verbrechen gegen die Sittlichkeit nach den Angaben der Kriminalstatistik beständig im Wachsen ist. Denken Sie ferner daran, in welcher erschreckenden Weise das Dienen- und Zuhälterwesen zugenommen hat. Dabei ist die sittliche Noth nicht etwa nur in Berlin, sondern auch in den anderen Städten Deutschlands, auch in den kleineren, so groß. Denken Sie auch an die Folgeerscheinungen dieses sittlichen Niedergangs, die beständig zunehmende Zahl der Selbstmorde. Angesichts dieser Thatfachen haben wir alle Veranlassung, dieser verderblichen Entwicklung entgegenzuarbeiten. Wir haben es deshalb für eine Pflicht des Reichstags gehalten, diese Legislaturperiode nicht zu Ende gehen zu lassen, ohne dieser Frage geschäftlich näher zu treten. Wir müssen etwas auf dem Wege der Gesetzgebung dagegen thun. Genau so wie wir der sittlichen Schwäche auf anderem Gebiete entgegengetreten sind, so werden wir auch hier mit einer Verschärfung der Strafgesetze Erfolg haben. Was in Deutschland so besonders schlimme Zustände hervorgerufen hat, das ist die in vielen Fällen noch bestehende Straflosigkeit. Im wesentlichen haben wir uns den Beschlüssen der Kommission von 1892 angeschlossen und weitergehende Wünsche zurückgestellt. Zunächst fordern wir eine Verschärfung der Annpel-Paragrafen. Die Zufassung einer Geldstrafe für diese Straftat scheint uns entschieden unangenehm, die Geldstrafe soll in Zukunft nur neben der Gefängnisstrafe zulässig sein, und zwar Geldstrafe in Höhe von 150 bis zu 6000 M. Nebenher soll auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden können. Zur wirksamen Unterstüzung dieser Maßnahmen soll die Erhöhung des Schulalters für unbescholtene Mädchen von 16 auf 18 Jahre dienen. Es sind auch Personen vom Reichsgericht wegen Annpel bestraft worden, wenn sie an Weibspersonen, die gewerbmäßig Unzucht treiben, Zimmer vermietet haben. Da diese Geschäfte doch irgendwo wohnen müssen, haben wir in dem Gesetzentwurf die Bestimmung aufgenommen, daß ein solches Vermieten nicht als Vorschubleistung anzusehen ist, sofern nicht eine Ausbeutung des unständlichen Erwerbes seitens der Mietherin damit verbunden ist. Wir wollen die Unständigkeit bekämpfen, namentlich die Unständigkeit in Kunst, Literatur und Gewerbe. (Sehr wahr! im Centrum.) Wie die von uns vorgeschlagenen Bestimmungen zu Bedenken Anlaß geben sollen, ist uns ganz unverständlich. Das Rechte an sich ist nicht unständig. Vielmehr verschwindet bei solchen Abwärtigkeiten alles Rühmliche, und nur die Unständigkeit bleibt übrig. Es soll nur die Sinnlichkeit erweckt werden. Wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder auslegt, welche auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen, soll mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft werden. Der Entwurf soll auch der Unständigkeit in den Theatern vorbeugen. Es werden da sogenannte große Dichterwerke aufgeführt, die im höchsten Grade unständig sind. Als eine Verhöhnung des Christenthums muß es gelten, wenn das Töbden des Liebeslebens als Todsünde hingestellt wird. Wir wollen keineswegs eine neue Theaterzensur einführen, aber die Behörden sind verpflichtet, daß nicht allzu großer Realismus Platz greift auf unseren Bühnen. Nicht nur die Finanzkraft, sondern auch die Sittlichkeit ist von Einfluß auf die Gesundheit und Stärke eines Volkes. (Vedhauf! Weisfall im Centrum und rechts.)

Abg. Schall (L.): Ich habe die Rede des Vorredners mit großer Freude gehört und hoffe, der Bundesrath wird dem Entwurf seine Zustimmung nicht versagen. Er wird sich dadurch den Dank vor allem der christlichen Kreise unseres Volkes verdienen. Natürlich stimmen wir mit dem Geist der Vorlage vollständig überein. Die Bekämpfung des anerkannten Uebels der Unständigkeit muß zum Theil eine Aufgabe der Kirche sein, daher darf man von der andern Macht, dem Staate, nicht zu viel verlangen. Leider stehen tausende von Volksgenossen auf dem Standpunkt eines naturgeschichtlichen Materialismus. Der der Emanzipation des Fleisches das Wort redet, wenn Keuschheit und Züchtigkeit ein Gegenstand des Gelächers sind, wenn Ausschreitungen gegen die sittliche Ehre als keinesfalls strafbar dünken, wenn die Prostitution nur ein Uebel, aber keine Sünde ist, mit dem können wir uns allerdings nicht verständigen. Hoffentlich wird sich der Reichstag den materialistischen Ansichten der jeunesse dorée entgegenstellen; ich meine die naturalistische Aufschauungsweise der akademischen Jugend, besonders in den großen Städten. Ja, die großen Städte, das betone ich immer wieder, sind der eigentliche Heerd des Uebels. Es ist mir vom Abg. Bebel vorgeworfen worden, daß ich das Uebel nur in den großen Städten erblicke, ich solle mich nur auf dem Lande umsehen, da werde ich bald merken, daß es da ebenso, ja schlimmer zugehe. Nun, das habe ich gethan. Ich habe viele Gemeinden befragt. Aber das Ergebnis war: auf dem Lande findet sich freilich manches Unständige, aber das ist nur aus den großen Städten eingeschleppt. Es ist in den Antworten, die ich erhalten, immer die Rede von der Nähe der großen Stadt, von den Mädchen, die aus der Stadt kommen etc. Ich komme nun auf die eigenen Anschauungen des Abg. Bebel. Er sagt z. B.: Die Prostitution ist da am entwickeltesten, wo die Massen-gegenstände am schärfsten sind, wo für die Mädchen der arbeitenden Klasse nicht genügend Subsistenzmittel vorhanden sind. Woher aber kommt dies Anwachsen in den großen Städten, diese Vermehrung

der Mädchen in den Fabriken? Von dem Zug nach den Städten von dem platten Lande aus, der die Jugend ergriffen hat in ihrem Verlangen nach einem vergnügten Leben. Und da giebt es nur ein Mittel: wir müssen für die Gesundheit unseres Volkslebens sorgen durch die Stärkung des christlichen Geistes, durch die Bekämpfung des Materialismus mit Hilfe unseres religiös-sittlichen Empfindens. Der Sozialdemokrat muß ich vorwerfen, daß sie durch Untergrabung der religiösen Ehrfurcht des Volkes, durch Anfeindung des Christenthums die Unständigkeit des Volkes förderet. Bebel nennt die Prostitution ein Produkt der Verhältnisse, ein Ergebnis — hören Sie zu meine Herren, der höheren Kultur eines Volkes! Nun verkenne wir von unserem christlichen Standpunkte aus gewiß nicht die Wirkung der sozialen Zustände auf die Vermehrung der Prostitution, aber für grundverkehrt halten wir es doch, die äußeren Verhältnisse in den Vordergrund zu schieben. Trotz der größten Noth darf man nicht in die Sünde willigen. Es wird ja beinahe so gethan, als wenn jedes arme Mädchen unrettbar der Prostitution verfallen müsse. So ist es Gott sei Dank nicht! Wie viele arme Mädchen bleiben sittlich, während gerade Mädchen mit hohem Lohn, die alles an Land und Güter verthun, der Sünde verfallen. — Die meisten der Paragrafen, die das Centrum beantragt, entsprechen unseren Wünschen. Es ist gewiß weitgehend, wenn wir das Schulalter auf 18 Jahre erhöhen; wir verneinen nicht, daß der Erpressung nicht nur durch schändliche Mädchen, sondern auch durch schändliche Eltern ein weites Feld geöffnet wird; aber die Mehrzahl meiner politischen Freunde meinen doch, daß solche Gefahren für den außgeschlossenen sind, der sich streng an die Gebote der Sittlichkeit hält. Manches fehlt noch in dem Entwurf; so Strafbestimmungen gegen die Sotale mit weiblicher Bedienung und gegen diejenigen, die auch mit bescholtenen Mädchen bis zu 16 Jahren in Verkehr treten. Treten wir mit sittlichem Ernste an die Beratung dieses Entwurfes heran, dann dürfen wir hoffen, segensreich für das Volk zu wirken. Lassen Sie sich durch die Rücksichten auf Stimmen bei den Wahlen — ich erinnere an die Beschlüsse des Gastwirthsverbandes — durch Bornwirte von Sünderei und Morderei nicht abhalten, die Hand an diese Eiterbeule zu legen. Es handelt sich um keine Parteifrage, sondern um den Schutz der deutschen Jugend, um den Schutz des deutschen Herdes. (Vedspätes Bravo rechts. Große Heiterkeit links.)

Abg. Bebel (nail.): Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn die Schwarzheer, die da meinen, aus der lex Heinze würde doch nichts, recht bekämen. Das würde aber wohl geschehen, wenn wir nicht thatsächlich richtig vorgehen. Einzelne Bestimmungen des Antrages würden wohl einstimmig angenommen werden können; andere aber würden wohl keine Majorität im Hause finden und auch die Bundesregierung würde ihnen wohl nicht zustimmen. Es ist bei diesem Antrag etwas ganz anderes, als wenn wir ein organisches Ganze zu beraten hätten; denn der Antrag ist nur Flickwerk, bei dem man nicht nur Ja oder Nein sagen kann. Er enthält vier ganz verschiedene Materien, in denen die Bestimmungen theils überflüssig, theils schädlich sind. Ich erlaube mir daher, an die Herren Antragsteller die Bitte zu stellen, daß die definitive Abstimmung über jede einzelne Materie allein vorgenommen wird, dann würden wir zu einer Resultat kommen. Ich glaube, daß sie bei ihrem Ernst bei der Einbringung dieser Vorlage darauf eingehen werden, um nicht das Ganze zu gefährden. Schon bei der früheren Regierungsvorlage wurde die Befürchtung laut, daß die Bestimmungen über die Vermietung von Wohnungen an Weibspersonen, die gewerbliche Unzucht treiben, nach ihrem Wortlaut zu der Kasernierung der Prostitution führen könnten. Mit der Einschränkung in dem Entwurf aber, daß die Vermietung strafbar ist, wenn sich eine Ausbeutung des Erwerbes der Mietherin damit verbindet, können wir den Paragrafen annehmen. Der § 181a, der sich gegen das Zuhälterthum richtet, scheidet in der jetzigen Fassung zu genügen. Auch mit der Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die schwere Annpel können wir einverstanden sein. — Den anderen Paragrafen kann ich aber nicht so ohne weiteres zustimmen. So habe ich Bedenken gegen die Erhöhung der Altersgrenze. Die Bestimmung aber über Mißbrauch des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses scheint in der vorliegenden Fassung durchaus unannehmbar. In was für einer Masse von Denunziationen, von Erpressungen würde dieser § 182a führen, ganz abgesehen davon, daß er schwer durchführbar ist. Es kommt doch oft vor, daß Mädchen Jahre lang ein Verhältnis mit dem Arbeitgeber haben; dann zanken sie sich und nun wird eine Denunziation eingereicht. Wir legen damit geradezu den Arbeitgebern eine Schlinge um den Hals, die unerträglich wäre. Ebenso können wir uns mit dem § 184, der sich mit der Literatur befaßt, nicht in dieser Form befremden. Was sollen wir z. B. mit der Bestimmung machen, wer durch Unständigkeit in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten sucht? Der Tendenz stimme ich zu, aber in dieser Fassung kann der Jurist nichts damit anfangen. Der § 184a, der sich mit den öffentlichen Schaustellungen befaßt, die das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen, hat uns schon damals in der Kommission große Mühe bereitet. Scham- und Sittlichkeitsgefühl bedeuten sich nicht. Das Sittlichkeitsgefühl ist doch etwas Individuelles; was den einen verletzt, darüber freut sich der andere und sagt: Mein Schamgefühl ist nicht verletzt! (Heiterkeit.) In verschiedenen Abenden, bei verschiedenen Ständen ist dieses Gefühl ganz verschieden entwickelt; weissen Sittlichkeitsgefühl soll denn nun maßgebend sein? Man kann doch nicht jedem das Recht zugestehen, verletzt zu sein. Ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Weisfall links.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich kann es begreifen, daß gewisse unangenehme Erscheinungen im öffentlichen Leben den Gedanken eines gesetzgeberischen Eingreifens gereizt haben. Wir können auch manchen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes zustimmen, aber bei weitem nicht allen. Die Vorlage geht uns einestheils zu weit, dann aber wieder nicht weit genug. Es muß vor allem die Frage geprüft werden, ob nicht noch weitere Paragrafen des Strafgesetzbuchs revisionsbedürftig sind. Ich denke da vor allem an den § 176 (widernatürliche Unzucht). Wir müssen die Regierung in der Kommission ersuchen, uns das Material über Verhöre gegen diesen Paragrafen, das die Berliner Sittenpolizei besitzt, vorzulegen. Es ist ein gar großes Material. Die Polizei verfolgt die Schuldigen aber nicht strafrechtlich, sondern begnügt sich damit, die Namen derjenigen, die gegen den § 176 verstoßen, in eine Liste einzutragen. Die Zahl der eingetragenen Personen besizt sich allein in Berlin nach tausenden und trifft alle Gesellschaftskreise, auch die höchsten Schichten. Wenn die Polizei ihre Pflicht thäte und alle diese Leute der Staatsanwaltschaft übergeben wolle, es müßten sofort zwei neue Gefängnisse gebaut werden. Herr v. Lesehoff schüttelt den Kopf, er kann sich darauf verlassen, daß die Zahl nach Tausenden sich bemißt. Würde die Polizei ihre Schuldigkeit thun, so würde es einen Skandal geben, gegen den der Panama-Skandal, der Trepsus-Skandal und der Löhnow-Bekert-Skandal keineswegs anderspiel gewesen sind. Wird aber der § 176 nur ausnahmsweise angewandt, so habe man ihn doch auf oder andere ihn ab. Dem Reichstag liegt eine dahingehende Petition, von mir und Kollegen anderer Parteien vor, von Schriftstellern, Gelehrten, Medicinern und Sachverständigen ersten Ranges (Heiterkeit) unterschrieben.

§ 180 handelt von der Strafbarkeit der Annpel. Dabei giebt es notorisch viele Städte mit öffentlichen Häusern, in denen die Mädchen dudenweise gewerbmäßig Unzucht treiben. Diese Häuser werden von der Polizei geduldet. Ich nenne nur Hamburg, Lübeck, Bremen, Kiel, Magdeburg, Wülhausen i. S., Krefeld, Leipzig, Nürnberg. Die Polizei unterstüzt hier die Annpel, duldet die Annpel. Leute, die der verworfensten Menschenklasse angehören und täglich gegen das Gesetz verstoßen, geben dort straffrei aus. Die Erziehung der öffentlichen Häuser ist in der ganzen Stadt bekannt, die öffentliche Aufmerksamkeit wird fortwährend auf sie hingelenkt. Die Behörden dulden sie aber, gleichsam

als wenn sie in den öffentlichen Häusern Stützen von Moral, Sitte und Ordnung erblickten. (Sehr gut, links.) In Wachen ist ein solches Haus, wie der mir vorliegende Kontrakt ausweist, für 10 800 M. verpachtet worden, während der reelle Mietzwert nur 1500 M. beträgt. Sie sehen also, welche ein umfangreiches Geschäft in solchen Häusern betrieben wird. Das duldet die hachener Polizei, andererseits erläßt sie die strengsten Vorschriften gegen die Frauenzimmer auf den Straßen. In Strassburg wurde der Inhaber eines öffentlichen Hauses im Klagenwege gezwungen, sein Gewerbe einzustellen. Er verkaufte das Haus an eine bestrafte Bebeamte, die dann das schändliche Gewerbe fortsetzte. In Strassburg sind ehemalige Waisenhäuser, die in der Nähe von einer Elementarschule, der Zionkirche und der Synagoge liegen, von der Stadtverwaltung an öffentliche Dirnen vermietet worden. Ich habe hier einen Plan von Hamburg, er zeigt die Gegend vom Klosterthor. Auch in der Nähe der Klosterkirche liegen öffentliche Häuser und das Jungfrauenstift. (Heiterkeit.) Wenn die Zusassen des Jungfrauenstifts aus dem Fenster sehen, können sie alles beobachten, was in den öffentlichen Häusern vorgeht. Und die Polizei duldet solche Zustände! Diese Zustände sind nicht neu; in allen Zeitaltern hören wir die Klage, es sei noch nie so schlimm gewesen, wie gerade jetzt. Wenn es wahr wäre, was Abg. Schall behauptet, daß die Sozialdemokratie durch ihre Feindseligkeit gegen das Christenthum die Unständigkeit befördert, so müßte ich ihm bemerken, daß die öffentliche Unständigkeit in denselben, wenn nicht in höherem Maße existirt hat, als die Religion in viel höherer Blüthe stand als heute. Ich erinnere ihn ans Mittelalter. Das Mittelalter wußte, wenn er Recht hätte, ja eine wahre Dase der Tugend und Sittlichkeit gewesen sein. Das war aber durchaus nicht der Fall. Ich erinnere ihn nur an die merkwürdige Auffassung von Sittlichkeit, die der Ritterstand hatte, ich erinnere ihn dann weiter an die laze Auffassung über die sündlichen Doppeltun, die Luther hatte. Der Herr Abg. Schall scheint an der historischen Religion, die ich ihm schon einmal hielt, nicht genug zu haben. (Heiterkeit.) Ich könnte ihm mit weiteren Zitaten aus Luther antworten, worin er sogar den Ehebruch der Ehefrau in bestimmten Fällen für gestattet erklärt. Wenn ein Sozialdemokrat das ausdrücke, was im zweiten Bande des Luther'schen Traktates über das eheliche Leben auf S. 146 steht, er würde allgemeines Entsetzen erregen und vom Staatsanwalt wegen Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit gepackt werden.

Der Abg. Spahn hat darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Ehescheidungen ein Zeichen der wachsenden Unständigkeit sei. Ich halte die große Einseitigkeit, wonit die Herren Abgeordneten Spahn und Schall alle diese Dinge aus rein moralischen Ursachen ableiten, für durchaus falsch. Wir können die Zunahme der Ehescheidungen in allen Kulturstaaten beobachten ohne Unterschied der Religion. Ich gebe zu, daß die Zahl der Ehescheidungen bei den germanischen Völkern, in England und Nordamerika besonders hoch ist, aber die Vermehrung der Ehescheidungen finden wir überall, und wenn in Belgien und Italien die Zahlen etwas zurückbleiben, so liegt dies daran, daß dort das Konkubinat in wachsendem Maße an stelle der Ehe tritt. Die Ursachen der vermehrten Ehescheidung sind ökonomischer Natur. Wie ist die Ehescheidung so sehr Gegenstand des Geschäfts und der Schacherei gewesen, wie gerade jetzt. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Presse und wenigen anderen Blättern giebt es keine größere Zeitung, wo nicht Angebote von Eheschließungen aus lediglich materiellen Ursachen zu treffen sind. In den Sonntagsnummern des „Berliner Lokal-Anzeiger“ findet man häufig hundertenförmig solcher Heirathsangebote. Es ist zweifellos, daß viele Ehen lediglich aus materiellen Interessen und Standesrücksichten geschlossen werden, und es ist ebenso zweifellos, daß in solchen Ehen Differenzen eintreten müssen, die das eheliche Zusammenleben schließlichs unmöglich machen. Ich betrachte in solchen Fällen die Ehescheidung nicht als einen Uebelstand, sondern als einen Vortheil, weil sie einem unmoralischen Zustande ein Ende macht.

Auf der einen Seite treffen wir auf Vermehrung der Ehescheidungen, auf der anderen Seite sehen wir, daß die Neigung, sich überhaupt zu verheirathen, immer mehr abnimmt. Die Männer der höheren Gesellschaftsklassen entschließen sich entweder sehr spät zur Ehe, wenn sie das Leben, wie man so sagt, gründlich genossen haben und Ehekrappel geworden sind, oder sie heirathen überhaupt nicht. Einmal hat das Leben in der Großstadt für den ungebundenen Mann soviel Annehmlichkeiten, als er sich nur wünschen kann, dann aber sind die Ansprüche so gestiegen, daß junge Leute, Rechtsanwält, Kerzte mit ihrem Einkommen anher stunde sind, eine Frau standesgemäß zu erhalten. Würde die Statistik der Ehescheidungen nach den betheiligten Ständen zerlegt werden, so würde sich ergeben, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern die sog. höheren Klassen die größte Zahl Ehescheidungen haben.

Diese Zustände tragen selbstverständlich zur Ausbreitung der Prostitution bei. Luther und der heilige Augustin haben sich über die natürlichen Ursachen hierfür deutlich genug ausgesprochen. Hier jammert man nun über die Zunahme der Prostituirten und möchte die armen Geschöpfe am liebsten in den Sumpf der Hölle bannen. Da möchte ich den Pastor Schall an das Wort Christi zur Ginderin erinnern: „Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Prostituirten könnten wahrhaftig nicht einen Tag existiren, wenn es nicht Männer gäbe, die sie besuchen. (Sehr richtig!) Wenn besondere polizeiliche Maßregeln gegen die Prostituirten erforderlich sind, dann müssen sie auch auf die Männer ausgedehnt werden, die die Prostituirten besuchen. Dies ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. (Sehr richtig!) Entweder muß also die Ziffer 6 des § 181 St.-G.-B. gestrichen oder auch die Männer müssen denselben Maßregeln unterworfen werden, wie die armen Frauenzimmer. Die Nachvollkommenheit dieser Paragrafen der Polizei über das ganze weibliche Geschlecht verleiht, muß nothwendig zu den ärgsten Mißbräuchen führen. Die Polizeibeamten stehen weder geistig noch moralisch so hoch, daß sie den besten und verführerischen Aufgaben der Sittenpolizei immer gewachsen wären.

In den letzten Tagen haben in Berlin Frauenversammlungen stattgefunden, in denen gerade von sozialdemokratischer Seite gegen diese Exzeße protestirt wurde. Wir haben Fälle erlebt, wo Polizeiorgane ihre Macht mißbrauchten, um sich gegen unbescholtene Frauen in der gewohnten Weise zu vergehen. Aber wenn diese gar keine Macht besäßen würden, dann könnte natürlich dergleichen sich nicht ereignen. Ich erinnere da an einen Fall, wo ein Mann auf der Straße ein ausländisches Mädchen anfaßt und es dann, als er energisch zurückgewiesen wird, der Polizei denunzirt. Auf die bloße Angabe dieses Stroches hin wird das Mädchen arreirt, die Nacht hindurch eingesperrt, dann im grünen Wagen zur ärztlichen Untersuchung transportirt, der es sich auch unterziehen muß. Dann erst wird es, nachdem sich die Denunziation als gemeine Lüge erwiesen, entlassen. Dieser skandalöse Fall hat damals die Öffentlichkeit in hohem Maße erregt. Weiter aber ist nichts geschehen. Ja, meine Herren, solche Fälle sind auch feinerzeit in England vorgekommen; aber dort war das Resultat ein wesentlich anderes; damals hat die gesammte englische Frauenwelt Versammlungen und Meetings veranstaltet, ein Schrei der Entrüstung durchhallte das ganze englische Volk, bis die Behörden sich gezwungen sah, dieser Art der Polizeibefugnisse ein Ende zu machen. Und das ist auch das Einzige, was zu thun ist; denn diese Mißgewalt der Polizei hat gerade der Sittlichkeit stets mehr geschadet, als genützt. Sie bringt es mit sich, daß die Männerwelt zu dem Glauben gelangt, ihr sei alles erlaubt, was den Frauen verboten ist. Man glaubt, diese Polizeimacht sei nothwendig als Schutz gegen die Krankheiten; dann müßte man konsequent zur Kasernierung der Prostitution gelangen; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß überall, wo das Vordereifen polizeilich geduldet ist, es mit den Krankheiten noch viel schlimmer



besteht ist; ich gebe zu, dieser Gegenstand unterliegt noch der wissenschaftlichen Kontrolle. Glaubt man, durch diese polizeiliche Kontrolle etwas erreichen zu können, dann soll aber auch dasselbe für das andere Geschlecht gelten! Der jetzige Zustand schafft die Wegfreiheit des weiblichen Geschlechts. Denken Sie sich an den anderen Fall, der Ihnen allen wohl bekannt ist: da hat ein Schuttmann ein anständiges Mädchen, das gerade seine Handtücher aufschleppen wollte, als Prostituirte fesselt, es gezwungen, ihm nach einer Polizeiwache zu folgen, es in den dunklen Thiergarten verschleppt und ihr dort unsittliche Anträge gemacht. Ja, auch das wäre doch unmöglich, wenn nicht der ungebührliche Zustand bestände, daß die Polizei jede Frau aufgreifen und als Prostituirte behandeln darf. Es ist so weit gekommen, daß jede anständige Frau, die nach 10 Uhr noch über die Straße geht, von der Polizei oder von den Männern als Wente ihrer Willkür und ihrer Gelüste angesehen wird.

Meine Herren, wenn Sie der Prostitution wirklich zu Leibe gehen wollen, so geben Sie den Frauen dieselben politischen Rechte, wie sie die Männer besitzen; dadurch schaffen Sie ihnen die Möglichkeit, sich günstigere Lebensbedingungen zu schaffen, dadurch entziehen Sie der Prostitution ihren Boden. Und dann, meine Herren, sorgen Sie für Arbeiterschutzbestimmungen, erlassen Sie vor allem das Verbot der Heberarbeit, das der Ausbeutung ein Ziel setzt, erlassen Sie zum Beispiel die Bestimmung, daß jeder, der eine Heberkumbe verlangt, wenigstens 25 Prozent Lohnzuschlag zu geben hat. Dadurch wird die Heberarbeit wohl ziemlich radikal beseitigt. Schaffen Sie diese Zustände, dann werden hunderttausende von Arbeiterinnen es nicht mehr nötig haben, sich der Prostitution preiszugeben. Es ist in der That die bittere, elende Noth, die die Mehrzahl von ihnen heute dazu treibt. Ja, der Herr Kollege Schall streift dies freilich ab, aber wir haben doch die Angaben der Statistik. Die Polizei kann ja nicht einmal über alle Prostituirte Auskunft geben; denn während die Zahl der eingeschriebenen Prostituirten in Berlin sich auf 5000 beläuft, beträgt die Zahl der Frauen, die sich gewerbmäßig der Unzucht hingeben, nach dem Urtheil der Sachverständigen auf allermindestens 50 000! Frage aber die Polizei nach den Ursachen, welche diese Frauen zur Prostitution getrieben haben, dann würde man allerdings finden, daß die Mehrzahl vorher lange Zeit die allergrößte Noth gelitten hat. Vor allem gehören hierher die Kellnerinnen, die nicht einen einzigen Groschen Lohn bekommen und daher auf das Trinkgeld der Männer angewiesen sind. Diese Kellnerinnen müssen in einer großen Zahl von Lokalen anmieren und nach Maßgabe des Verzehrten bekommen sie dann Tantiemen und werden von dem Wirth gehalten oder entlassen. Ein Statistiker hat durch Umfragen festgestellt lassen, was für Gründe diese Frauen zur Prostitution getrieben haben, und weiter, ob sie eine gewisse Freude, ein gewisses Vergnügen an diesem Berufe hätten. Da stellte es sich heraus, daß meistens die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, gar nicht selten die der Eltern, des Vaters oder der Mutter, die Ursachen gewesen sind. Sorge man also dafür, daß vernünftige soziale Verhältnisse geschaffen werden, und wir werden in eine Gesandung der Moralverhältnisse kommen, über die Sie sich wundern werden. Von den hunderttausenden Arbeiterinnen verdient der größte Theil kaum 250 bis 300 M. im Jahr. So lange sie Vater und Mutter haben und in der Familie leben können, da mag die Sache noch hingehen. In unzähligen Fällen sind sie aber ganz auf sich selbst angewiesen; was können sie da mit dem ärmlichen Lohn anfangen, mit 5, 6, 7 oder 8 Mark in der Woche? Und mit 8 Mark sind nur 90 pCt. von ihnen abgefunden, was sollen sie damit in Berlin machen, wie Miethe zahlen, Essen, Kleidung u. c. schaffen? Es wäre gerade ein Wunder, wenn diese armen Wesen, die tagtäglich dem Hunger preisgegeben sind, der Versuchung widerstehen! Und wer sind denn ihre Verführer! Doch gerade die Männerwelt der angesehensten Klassen, vielfach die Offiziere, die Studenten! Sagt nicht selbst eine Sittlichkeitskorrespondenz, daß die sittlichen Anschauungen des weitaus größten Theiles der Studentenschaft niedrig, ja geradezu verulmt seien? Wie steht es ferner mit den Ballettens, Schanzen u. s. w.? Diesen wird erlaubt, öffentlich aufzutreten in möglichst dekolletirtem Zustande, um ihre Reize zu zeigen; und weil sie dazu Gelegenheit hatten und die Männerwelt anlocken konnten, Gebrauch davon zu machen, bekommen sie kein Honorar. Freilich kommt es auch hier und da einmal vor, daß aus den höheren Kreisen eine höhere Tochter Prostituirte wird. Das sind aber Ausnahmen von der Regel. In vornehmen Kreisen hat man es jedoch leicht, die Nase zu rümpfen und die Tugend der Tochter zu wahren. Bestimmungen, die sich auf das Kellnerinnenwesen beziehen, müssen klar und deutlich in dem Gesetzentwurf ausgesprochen werden. Nirgends ist die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit größer als gerade bei den Kellnerinnen. Die Mädchen werden mit Absicht in Schulden gestürzt. Es sind oft noch Kinder, die an Fäulter und Glanz Freude haben; man borgt ihnen solchen Fäulter, Edelsteine, aber mit 300 bis 500 pCt. Verdienst, die müssen die armen Kinder dann abbezahlen. In der Helenestraße in Bremen müssen die schlechtstehenden Mädchen täglich 4 Mark für Miethe und Unterhalt zahlen. Das sind skandalöse Zustände, da muß man mit der Strenge des Gesetzes Vorgehen treffen. Die Polizei hat freilich mit der Wahrung von Sittlichkeit und Religion gegen ihre Untergrabung von der Sozialdemokratie so viel zu thun, daß ihr für eine andere Belämpfung gar keine Zeit bleibt. Da werden in Sachen Versammlungen und Vereine auf hundertfache Weise Hindernisse und unmöglich gemacht, da wird ein Antrag am 1. Mai mit insgesamt 15 000 M. Strafe belegt. Aber als 1894 auch in Dresden eine große Versammlung von Reglern, von denen keiner freilich Sozialdemokrat war, veranstaltet wurde, da dürfen diese Herren einen öffentlichen Umzug machen, sich in der skandalösesten Weise auf den Straßen, auf den Bahnhöfen mit öffentlichen Dinnen, die extra zu diesem Fest nach Dresden in Scharen geströmt sind, herumreiben, da hat die Polizei nichts dagegen! Es ist in der That ein ungeheures Maß von Heuchelei bei alledem, was hier als Schutz der Sittlichkeit und Moral ausgegeben wird.

Nach gegen eine Reihe von Einzelbestimmungen muß ich noch meine Bedenken ausdrücken. Ich muß mich doch vergewissern, daß der § 180 Abs. 2 (Verurteilung an Personen, die gewerbmäßig Unzucht treiben) nach seinem Wortlaut nicht dazu führen kann, durch Interpretation der Polizeibehörde, daß nun öffentliche Häuser in irgend einer Form konfiszirt werden. Auch der § 181 Abs. 2 (Schwere Stuppelei) bedürft einer Klärung. Es giebt eine große Zahl von Fällen, wo nach dem Wortlaut Stuppelei vorliegt, während man im Volkswortverständnis anders denkt. Namentlich in Süddeutschland giebt es ganz andere Begriffe, wo der geschlechtliche Verkehr junger Leute vor ihrer Verheirathung als ganz selbstverständlich angesehen wird, wo sich die Eltern wundern würden, wenn es nicht geschähe. Es wird zwar nicht leicht sein, eine passende Bestimmung zu finden; aber es ist durchaus notwendig.

Was den § 181a anlangt, der sich gegen die Zuhälter richtet, so halte ich die Vorbellinhaber für viel verkommenere Subjekte als die Zuhälter. Ich gebe alles zu, was gegen die Zuhälter gesagt wird, aber es ist doch unbefriedigend, daß solch alleinlebende Mädchen ein gewisses moralisches Bedürfnis nach einer männlichen Stütze haben, die ihnen ein gewisses Maß von Neigung entgegenbringt. Gewiß soll der Ehemann bestraft werden, wenn erweisen ist, daß er die Heirath nur geschlossen hat, um Zuhälterdienste zu verrichten. Aber es giebt Fälle, wo die Prostitution der Frau das letzte Mittel ist, der materiellen Noth in der Familie zu gebieten, sei es, daß der Mann arbeitslos oder krank ist. In solchen Fällen kann die Strafe des § 181a nicht platz greifen. Ich entsinne mich eines Falles — es war in den Tagen des Chejubiläum Kaiser Friedrichs — wo eine hübsche, bis dahin für anständige geltende Familie freiwillig in den Tod ging, weil es herauskam, daß sich die Frau aus Noth prostituirte hatte, von einem Schuttmann auf der Straße atrapirt worden war und unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden sollte. Solche Fälle müssen in Rechnung gezogen werden. Anders steht es mit dem § 182a, der von der unsittlichen Ausbeutung des Dienstverhältnisses handelt. Ich lasse über die Form der Fassung mit mir reden. Die Tendenz ist eine gute. Der Paragraph trifft ein Uebel, das beseitigt werden muß. Im

Berliner Hilfsverein für weibliche Angestellte existirt eine schwarze Liste von Arbeitgeber, die sich Unsittlichkeiten gegen Untergebene haben zu schulden kommen lassen und denen keine weiblichen Arbeitskräfte vom Verein mehr zugesandt werden. Das beweist doch, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen notwendig ist. § 189 will auch die Hersteller von unzüchtigen Schriften u. c. bestrafen. Sind damit etwa die Arbeiter gemeint, die in einer Zwangslage dem Unternehmer gegenüber sind? Sollen unter die unsittlichen Druckschriften auch die berühmten Heirathsanzeigen fallen? Ich glaube, dieser Antrag schießt weit über das Ziel hinaus. Auf eine ganz gefähliche Bahn gerathen Sie aber mit dem § 184a. Jedes Gericht, in jeder Stadt wird man ihn verschieden auslegen. Eine Photographie, die in Berlin für ganz unanständig gehalten wird, wird in Schöneberg als unsittlich verboten werden können. Unter dem § 184a würden auch die Figuren auf der Schloßbrücke fallen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Venus von Milo, in jedem Museum ein großes Kunstwerk, könnte als Photographie in einem Schaufenster das Schamgefühl verletzen. Der Diebstahl, auf dem unser Herr Präsident sitzt (große Heiterkeit) mit der kunstvoll geschlitzten nackten Themis, die Figuren an unseren inneren Eingängen könnten der Polizei dann Veranlassung zum Einschreiten geben. Der § 184a würde ganz ungebührliche Zustände zur Folge haben; ich warne Sie davor, seine Bahnen zu gehen.

Die Kommissionsberathung ist unumgänglich notwendig, bei der Spezialberathung werden noch andere Dinge erörtert werden müssen, namentlich wird für die Veranschaffung des Materials des Berliner Polizeipräsidiums über den § 175 gefordert werden müssen. Wie sicher sich die Leute fühlen, welche in öffentlichen Häusern stillos Kuppel treiben, dafür nur noch ein Beispiel. Vor mir habe ich hier ein Schreiben eines Mannes, das er an sämtliche Vorbellbesitzer gerichtet hat und in denen er ihnen die Gründung eines Fachorgans vorschlägt. (Große Heiterkeit.) Es heißt in dem Fiktural: Jeder Stand, jeder Beruf hat sein Fachorgan (Heiterkeit!). Als Zweck wird angegeben: Hebung des Gewerbes (Große Heiterkeit), Förderung der Berufsinteressen (Heiterkeit), Mittel gegen beeinträchtigende Maßnahmen der Polizei. Die Vorbellbesitzer werden gefragt, ob sie nicht eine Beitragsleistung für das Organ zeichnen wollen, das bei der Internationalität des Gewerbes bald zu einem kosmopolitischen Organ ersten Ranges werden dürfte. (Große Heiterkeit!) In der Kommission werde ich Ihnen noch mit ganz anderem Material dienen können. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Wir begrüßen das Wieder-aufleben der lex Heinze mit großer Freude. Dem Abg. Bebel stimme ich in vielfacher Beziehung zu. Die religiöse Seite hat er nur falsch beurtheilt. Wenn er darauf hingewiesen hat, daß in romanischen Ländern die Unsittlichkeit größer sei, so irrte er. Lassen Sie mich Ihnen eine Anekdote erzählen. Im Jahre 1867 war ich in Rom. Ich stand mit zwei französischen Soldaten vor einem Monument und gerieth mit ihnen in ein Gespräch. Ich fragte sie, wie es ihnen hier gefiele. Ach, meinten sie, Rom ist eine langweilige Stadt, hier hat der Herr die ganzen Mädchen in der Hand, da bleibt für uns nicht viel übrig. (Stimmliche Heiterkeit.) Wipverstehen Sie mich doch nicht! (Erneute Heiterkeit.) Die Exemplifikationen Bebel's sind also sehr cum grano salis aufzunehmen. Tugend und Laster gehen in allen Ständen neben einander her, und es ist nicht Zeit damit zu verlieren, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen. Wohl aber müssen wir verlangen, daß die Gesetzgebung von sittlichen Momenten ausgeht, daß sie nicht mit verächtlichen Armen dem Uebel gegenübersteht und so mitverantwortlich wird. Wir haben es in der früheren Kommission für die lex Heinze lebhaft bedauert, daß die veränderten Regierungen eine zweideutige Stellung im Vorbellwesen einnahmen. Die Angriffe Bebel's gegen die Toleranz, die die Polizeiverwaltungen vieler Städte gegen die Vorbelle üben, unterschreibe ich vollständig. Diese Toleranz schlägt jeder sittlichen Pflicht ins Gesicht. Auch darin gebe ich Bebel recht, wenn er sagt, daß jedes Fremdenmädchen Fremdenhuden hat. Auch bei der Auswahl der Sittenpolizisten muß mit großer Vorsicht verfahren werden. Bedauerlich ist, daß schlimme Fälle von den höheren Regierungsorganen gebildet und verheimlicht werden. Redner spricht sich noch für eine moralische Zensur der Kunstwerke aus, die um so unbedenklicher sei, als sie in den Händen gebildeter Männer, von Richtern, liegen soll und bittet im übrigen um Annahme des Entwurfes.

Darauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung der Novelle zur Zivilprozessordnung; Antrag des Abg. v. Salisch über die Eidesformel; Anträge Rintelen's (J.) und Lenzmann und Munkel (H. P.) auf Wiedereinführung der Verurteilung in Strafsachen.  
(Schluß 6 Uhr.)

## Kommunales.

### Stadtverordnetenversammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 13. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Die fünf Abtheilungen haben sich konstituirt.  
In den Ausschüß für die Anträge Cassel und Perls betr. die Reform der Sittenpolizei sind auch die Stadtv. Dupont und Singer gewählt; dem Ausschüß zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse u. c. gehören u. a. die Stadtv. Bruns und Singer an.

Die Vorlage wegen einheitlicher Regelung des Submissionswesens geht auf Antrag des Stadtv. Kalisch an einen Ausschüß.

Anlässlich der Protokolle über die erfolgte Bauabnahme von 7 städtischen Brücken ist, wie Stadtv. Jacobi hervorhebt, wiederum festzustellen gewesen, daß die Kostenschätze ganz erheblich höher normirt waren, als später die wirklichen Vorkosten sich stellen; er lenkt die Aufmerksamkeit des neuen Stadtraths für den Tiefbau auf diesen Mißstand, damit das neue Regime die Fehler des alten vermeide.

Stadtv. Dünse äußert sich in demselben Sinne.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntniß.  
Im Anschluß an die Mittheilung über die Festsetzung der Ferien in den höheren Lehranstalten pro 1898 beantragen die Stadtv. Perls u. Gen. erneut die Gleichstellung der Schulklassen der Gemeindefchüler mit denen der höheren Lehranstalten.

Stadtv. Perls begründet den Antrag mit den bekannten Argumenten, der Rücksicht auf die Eltern, welche Kinder in beiden Arten von Anstalten haben, und dem Erholungsbedürfnis der Schulkinder.

Stadtv. Singer: Unzweifelhaft wird der Mißstand als solcher in weiten Kreisen empfunden. Wenn der Antragsteller nun einfach die Ferien der Gemeindefchüler um eine Woche verlängern will, so ist dagegen darauf hinzuweisen, daß die Eltern der hunderttausende von Gemeindefchülern keineswegs in der Lage sind, ihre Kinder über vier Wochen zu beschäftigen, um der Gefahr zu entgehen, daß die Ferien zu einer Schädigung der Kinder werden. Man könnte ja auch die Ferien an den höheren Lehranstalten auf nur vier Wochen normiren, dann hätte man auch die Gleichstellung und vermied die zahlreichen Schädigungen, welche sonst zweifellos den Schülern der Gemeindefschulen erwachsen. Auch für das Lehrpersonal werden vier Wochen Ferien gewiß genügen; die Kranken und besonders Erholungsbedürftigen werden dann eo. Nachurlaub bekommen müssen. Wollen Sie eine Verlängerung der Ferien der Gemeindefchüler haben, dann müssen Sie Vorkehrungen treffen, daß sie von Stadt wegen angemessene Beschäftigung und Erholung finden können. Als aufmerksamer Beobachter des öffentlichen Lebens kann ich bezugnehmen, daß in den Kreisen der Eltern der Gemeindefchüler eine Klage darüber, daß die Ferien zu kurz sind, mir noch nicht aufgekommen ist. (Hört, hört!)

Stadtschulrath Verram: Die Rücksicht auf die Eltern mit Schulkindern in beiden Anstalten kann um so weniger ausschlag-

gebend sein, als es sich bloß um etwa 6000 Kinder handelt, eine im Verhältniß zu den 230 000 Schülern sehr winzige Zahl. Die Verfertigung der Ferien der höheren Anstalten liegt nicht in unserer Hand; die Nichterhaltung der Verlängerung der Gemeindefschulferien aber hat der Kollege Singer schlagend dargelegt.

Stadtv. Dünse tritt für die Einheitschule ein und sieht in der Gleichlegung der Ferien einen Schritt auf dem Wege dazu. Besonders im Interesse auch der Lehrer an den Gemeindefschulen, deren Kinder die höheren Schulen besuchen, sei der Antrag gestellt.

Die Versammlung lehnt den Antrag ab.  
Zur Beschlußfassung hat der Magistrat der Versammlung die von ihm auf Grund der Beschlüsse der Schuldeputation genehmigten „Allgemeinen Bestimmungen über den Nebenunterricht an den Gemeindefschulen“ vorgelegt. Diese Einrichtung, welche auch in den bekanntesten Anträgen Borgmann und Genossen gefordert worden war, bezweckt die Förderung schwachsinziger bzw. körperlich zurückgebliebener Schulkinder in besonderen Nebenklassen. Die endgiltige Entscheidung über die Aufnahme hat der Schulinspektor. Die betreffenden Kinder sollen zu Gruppen von nicht mehr als 12 vereinigt und in der Regel täglich 2 Stunden unterrichtet werden und zwar in Religion, Deutsch, Schreiben, Rechnen und eventuell Handfertigkeiten bzw. Handarbeiten. Den Lehrern der Nebenklasse soll eine Funktionszulage von 300 M. jährlich zustehen.

— Im Winter 1898/99 waren 267 schwachsinzige Schulkinder vorhanden. Es sollen für 1899/00 etwa 20 Nebenklassen eingerichtet werden.

Stadtv. Singer bittet um die Annahme der Vorlage; er spricht dem Magistrat den Wunsch aus, er möge auch beim Entgegenkommen anderer Forderungen seitens der Versammlung ein ähnlich schnelles Tempo einschlagen. Er wünscht ferner, daß die Schuldeputation bei so wichtigen Fragen doch nicht erst des Anstößes von außen bedürfen sollte. Die Prozedur werde ja ergeben, ob die beabsichtigte Maßregel das richtige träge; „Probiren geht über Studiren“.

Die Vorlage wird angenommen.  
Von den Stadtv. Dünse, Kreilling u. Gen. ist der Antrag wiederholt worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine erste ärztliche Untersuchung aller im städtischen Dienste stehenden schon vor deren Eintritt in den Dienst stattfinden zu lassen.

Nach unerheblicher Erörterung wird die Sache einem Ausschüß von 5 Mitgliedern überwiesen.

Zur Aufnahme einer städtischen Anleihe von 60 Mill. Mark wird die Zustimmung der Versammlung nachgesucht. Der Betrag soll für etwa 5 Jahre ausreichen für die Fortführung der Kanalisation, für die Fortsetzung der Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke, für Neu- und Erweiterungsbauten der Gaswerke, des Viehmarkts und Schlachthofes, für die Erbauung von Brücken, für Umgestaltung des Mühlendammes und Kanalisierung der Unterpre, für den Urbanhafen und für Straßenregulierungen aus Anlaß der Errichtung der Stadtbahn. Die Anleihe soll mit 3/2 pCt. verzinst und mit 1/2 pCt. jährlich vom 1. April 1902 ab getilgt werden. Die Anleihebescheine sollen auf 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 M. lauten.

Stadtv. Kallmann beantragt Ausschüßberathung.

Kämmerer Maß: Unser Antrag schafft noch keine Anleihe; genehmigen Sie ihn, so können wir nichts weiter als Formulare drucken lassen. Kein Dreier kann von der Anleihe ohne Ihre jedesmalige Zustimmung veräußert werden. Von den geforderten 60 Millionen haben Sie bereits 33 Millionen zu Bauten bewilligt. Da Sie sich also absolut nicht präjudiziren, ist Ausschüßberathung ganz zwecklos. Vor dem Juli haben wir die Anleihe ohnehin nicht.

Stadtv. Hugo Sachs kann es nicht unbillig finden, wenn in einem Ausschüß noch nähere Auskunft über die einzelnen Verwendungszwecke verlangt wird. Er erwartet ferner, daß der Magistrat vor der Begebung die Finanzdeputation wie früher hören wird. Auch ließe sich wohl über das System der Begebung in einem Ausschüß einmal gründlich sprechen.

Kämmerer Maß: Die Anleihefrage kann der Ausschüß nichts neues beibringen. Ich gebe die Anleihe dem, der mir das meiste giebt, das ist das ganze System. Vor Submissionen möchte ich in Berlin warnen; man hat damit schlechte Erfahrungen gemacht.

Stadtv. Singer: Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die Versammlung ihren Ausschüß nicht einsetzt, um die Herren vom Magistrat zu belehren, sondern weil sie findet, daß noch einige Punkte der Vorberathung vor der definitiven Beschlußfassung bedürfen. Gerade weil es sich um so hohe Summen handelt, so dürfen wir sehr wohl in aller Ruhe überlegen, ob alles in Ordnung ist. Außerordentlich werthvoll ist, daß auch in der Versammlung, nicht bloß in der Finanzdeputation darüber gesprochen wird, wie es mit der Begebung gehalten werden soll. Bisher hat man immer nur mit einem bestimmten Bankhause die Sache gemacht. Im Sinne des freien Spiels der Kräfte sollte doch gerade die Mehrheit dieser Versammlung für wünschenswerth finden, die Konkurrenz waken zu lassen. Auch das vom Kämmerer so schlecht beurtheilte Submissionswesen würde auf diesem Gebiet nicht die sonstigen Nachtheile haben. Warum endlich sollte nicht gefragt werden dürfen, ob unser Kredit nicht so gut fundirt ist, daß wir Geld zu 8 pCt. bekommen können? (Sehr richtig!) Die finanzielle Sicherheit Berlins würde das durchaus zulassen. Der Hinweis auf die armen Rentiers und kleinen Leute, die von ihren Renten leben müssen, kann bei uns nicht ziehen. Die Zinsen unserer Anleihen kommen aus den Mitteln der Steuerzahler und wir müssen also das Geld so billig wie möglich zu beschaffen suchen. Könnten nicht auch vielleicht die Aufschläge so hoch ausgefallen sein, wie bei den beanstandeten Brückenbauten, wo sie bis 40 pCt. zu hoch waren?

Stadtv. Kalisch kann sich von einer dreiprozentigen Anleihe keinen Nutzen versprechen, weder für die Stadt, noch für unsere Finanzwirtschaft; in demselben Sinne spricht Stadtv. Heilmann, der meint, daß man für dreiprozentige Kommunalanleihen noch nicht das Publikum habe, sondern nur den Markt deroutiren würde.

Die Vorlage geht an einen Ausschüß.  
Schluß 7 1/2 Uhr.

**Gemeindefschulen in Miethdräumen.** Der Zuwachs der Gemeindefschulkinder im laufenden Rechnungsjahre betrug 6099, mithin sind neue Gemeindefschulen erforderlich. Der Magistrat hat zu diesem Behufe die nothwendigen Räume gemiethet und zwar für die 219. Schule Diegelstr. 22, für die 220. Straßauer Allee 25, für die 221. Rammerstr. 17, für die 222. Vossstr. 2; über die Miethung eines weiteren Lokals in der Rheinsbergerstraße schweben noch die Verhandlungen. Da nun die Direktoren der fünf in Aussicht genommenen Schulen nach ihrer Wahl noch der Befähigung bedürfen, ihre Thätigkeit aber noch vor dem Anfang des Sommers beginnen müssen, so möchte der Magistrat zur Kreierung der Stellen noch vor Feststellung des Etats ermächtigt werden. Er wird daher die Stadtverordnetenversammlung ersuchen, daß zum 1. April d. J. fünf neue Gemeindefschulen eröffnet und ebenso viel neue Rektorstellen geschaffen werden.

## Lokales.

**Die Parteigenossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises** werden auf die öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, die am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr bei Zubeil, Lindenstr. 106, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag der Parteigenossin Frau Mersch: über „Die Gleichheit der Geschlechter.“ Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

**Achtung! Wahlverein des 4. Kreises (Süd-Osten).** Betreffs Regulirung des Mitgliederzeichnisses werden sämtliche Mitglieder aufgefordert, ihre Wohnung, auch in dem Falle, wo der Umzug bevorsteht, bis zum 1. Februar d. J. auf den Zählstellen oder bei den Mitgliedern des Vorstandes anzugeben. — Dasselbe kann ebenfalls geschehen in der am 18. Januar bei Graumann, Raunigstr. 27, stattfindenden Vereinsversammlung. — Sämmtliche



Mitglieder werden ersucht, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen. — Siehe Inserat am Sonntag, den 18. Januar. Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Wir machen die Parteigenossen und Genossen auf den heute Abend 9 Uhr in der Inselstraße 10, 2 Treppen, beginnenden Kursus in Geschichte (Gelas und Rom), Vortragender: Dr. A. Werthold, besonders aufmerksam und bitten um zahlreichen Besuch. Mitgliedsbeitrag 25 Pf. pro Monat. Kursus (10 Abende) 1 M. Die Bibliothek ist nur von 8—9 Uhr geöffnet. Der Vorstand.

**Berlin im preussischen Staatshaushalts-Etat.** Im Extraordinarium des Justizetats ist eine erste Rate von 900 000 M. ausgeworfen für ein Gefängnis zur Unterbringung der wegen Uebertretung in Untersuchungshaft genommenen Männer in Berlin. Das Gefängnis, dessen Gesamtkosten sich auf 1 024 000 M. belaufen und für welches ein durch ein angekauftes Privatgrundstück erweitertes fiskalisches Grundstück bei dem Gerichtsgebäude an der Stadtbahn zur Verfügung steht, soll Räume für 850 Gefangene enthalten. Ferner ist eine erste Rate von 150 000 M. zum Um- und Erweiterungsbau des Geschäftsgebäudes des Justizministeriums in den Etat eingestellt. Die erforderlichen Räume sollen durch einen Erweiterungsbau auf dem Hinterlande des Grundstücks Wilhelmstr. 64 beschafft werden. Von den neuen Stellen im Justizetat entfallen auf Berlin zwei Oberlandesgerichtsräte beim Kammergericht, ein Amtsrichter und ein Staatsanwalt beim Landgericht I. — Im Etat des Ministeriums des Innern werden Mittel gefordert für eine Vermehrung des Berliner Polizeipräsidiums um 35 Bureaubeamte, 1 Kriminalinspektor, 6 Polizeileutnants, 1 Kriminalkommissar, 5 uniformierte Wachtmeister, 51 Kriminalwachmeister, 48 Schutzmänner. Für Charlottenburg werden 2 Wachtmeister und 22 Schutzmänner, für Schöneberg 1 Wachtmeister und 69 Schutzmänner gefordert. — Im Extra-Ordinarium des Etats der Bauverwaltung findet sich eine erste Rate zur Erweiterung der Sprechhaltung des Berlin-Spandauer Schiffahrtskanals auf der Strecke vom Nordhafen in Berlin bis zur ersten Schleuse bei Böghenfee, sowie 350 000 M. zum Neubau eines Dienstgebäudes für das geheime Zivilkabinett auf dem Grundstück Wilhelmstr. 64. Im ganzen sind die Kosten hierfür auf 715 000 M. veranschlagt. — Aus dem Landwirthschaftlichen Etat sind hervorzuziehen eine erste Rate von 35 000 M. zum Neubau eines hygienischen Instituts der thierärztlichen Hochschule. Das Institut, welches auf dem Grundstück der thierärztlichen Hochschule errichtet wird, soll aus einem Hauptgebäude und zwei Stallgebäuden bestehen. Eine erste Rate von 6000 M. ist eingestellt zur Gewährung von Verwaltungskosten für ein in Berlin zu errichtendes Versuchskornlagerhaus. Es wird dazu bemerkt, daß ein solches Haus, einer Anregung des Herrenhauses entsprechend, auf dem Gelände des Hamburger Bahnhofes für 166 000 M. begonnen sei. Durch Vornahme von Versuchen und Untersuchungen auf technischem und wissenschaftlichem Gebiete sollen mit diesem Hause wichtige Aufgaben gelöst werden. Zur Ausführung der Versuche haben sich der Verein der Versuchs- und Lehranstalt der Bauvereine in Berlin und der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland bereit erklärt. Diese Vereine wollen die Versuche und die Unterhaltung, sowie den ganzen Betrieb des Lagerhauses gegen Ueberweisung der Einnahmen und eines jährlichen Zuschusses von 6000 M. übernehmen. — Im Etat des Kultusministeriums sind vorgesehen zwei Extraordinariate in der juristischen Fakultät, ein Extraordinariat für orientalische Philologie, zwei Abtheilungsvorsteher beim jährlichen Institut, ein Vorsteher beim zweiten chemischen Institut. Der Fonds zum Einkauf von Kunstwerken für die Nationalgalerie wird von 300 000 auf 350 000 M. erhöht, um den aus der Provinz eingehenden Anträgen wegen Ausfertigung von Werken der monumentalen Kunst mehr als bisher genügen zu können. Bei der Kunstschule in Berlin sollen für dauernd voll beschäftigte Lehrer pensionsfähige Stellen begründet werden, bei der technischen Hochschule wird eine Dozentenstelle für Elektrochemie in eine Professur verwandelt, außerdem sollen der Vorsteher der Abtheilung für Baumaterial-Prüfungen und der Abtheilung für Delpräparations-Gebälte statt Remunerationen erhalten. Aus dem Extra-Ordinarium ist zu erwählen die Erhöhung der Baurate für den Dom von 1 800 000 auf 2 800 000 M., eine Rate von 20 000 M. für Reparaturen in der Dienstwohnung des Ministers und für Ergänzung des Inventars in den Geschäftsräumen, 70 000 M. zur Ergänzung des Unterrichts beim Kunstgewerbe-Museum durch Ausführung kunstgewerblicher Arbeiten. Es wird dazu bemerkt, daß die vor acht Jahren für den gleichen Zweck ausgeworfenen 150 000 M. zum größten Theil verwendet sind und daß sich die Beschäftigung der Lehrer und Schüler an der Durchführung bestimmter praktischer Aufgaben, der Anfertigung von Inventararbeiten und dem inneren Ausbau von Räumen in öffentlichen Gebäuden als sehr nützlich für den Unterricht erwiesen hat; die hergestellten Arbeiten hätten im allgemeinen den Erwartungen entsprochen. Der gemachte Versuch werde daher sowohl im Interesse der Anstalt als zur Anregung und Förderung des heimischen Kunstgewerbes fortzusetzen sein. Es wird beabsichtigt, die aus diesem Fonds anzufertigenden Gegenstände auf der Pariser Weltausstellung 1900 zur Ausstellung zu bringen. Eine erste Rate von 1 500 000 M. ist ausgeworfen zum Neubau der akademischen Hochschule für die bildenden Künste und Musik auf dem Grundstück der Thiergartenbaumschule zwischen der Hardenbergstraße und dem Hippodrom. Das ursprünglich in Aussicht genommene Grundstück am Bahnhof Zoologischer Garten wird für nicht so zweckmäßig gehalten wie das jetzt gewählte. Auch ist das Institut für Kirchenmusik nicht in das Neubauprojekt einbezogen; dies Institut soll mit einem Kostenaufwand von 40 000 M. in seiner gegenwärtigen baulichen Verfassung in die Nähe der neuen Hochschule versetzt werden. Dem Neubau-Projekt für die beiden Hochschulen liegt die preisgekrönte Arbeit der Architekten Kayser und v. Grohmann zu Grunde. Die Neubauskosten ausschließlich der Kosten der inneren Einrichtung und der Strafenregulierung sind auf 4 180 000 M. veranschlagt, so daß die Unterbringung der gesammelten akademischen Anstalten 4 200 000 M. Baukosten beansprucht. Von ferneren Raten seien genannt: 4200 M. zur Erneuerung des dekorativen Schmucks am Gebäude der Kunstschule, 218 000 M. zur Erweiterung des Ingenieurlaboratoriums und Errichtung einer Zentrale für die elektrische Beleuchtung der technischen Hochschule, 40 000 M. zur Errichtung einer Station für Tollwuthkrankheiten bei dem Institut für Infektionskrankheiten. — Der Eisenbahn-Etat endlich fordert 6 1/2 Millionen zum Ausbau und zur Erweiterung Berliner Bahnhöfe und Gleisanlagen, darunter 2 Millionen für die Erweiterung des Stettiner Bahnhofes, 1 Million für den Ausbau der an den Schlesischen Bahnhof angrenzenden Strecken der Ostbahn und Schlesischen Bahn, 1 Million für Herstellung besonderer Vorortgleise der Schlesischen Bahn vom Schlesischen Bahnhof bis Köpenick, 500 000 M. zum Grunderwerb für die Herstellung des dritten und vierten Gleises der Ringbahn auf der Strecke vom Bahnhof Niddorf bis Haltepunkt Ebersstraße. Dadurch soll der Personenverkehr vom Güterverkehr auf dieser Strecke völlig getrennt werden. Im Zusammenhang damit werden besonders, nur für den Güterverkehr bestimmte Gleisverbindungen von den künftigen Gütergleisen der Ringbahn nach dem Potsdamer Güterbahnhof und nach dem Rangirbahnhof bei Tempelhof geplant, um die Güterzüge ohne Ueberkreuzung der Ringbahn-Personengleise in Schienenhöhe in die genannten Bahnhöfe einführen zu können. Die Gesamtkosten dieser Bauausführungen sind veranschlagt auf 2 350 000 M., wovon 630 000 M. auf den Grunderwerb entfallen. Eine Rate von 500 000 M. wird verlangt zum Grunderwerb für den Ausbau der Berlin-Schlesiger Bahn auf der Strecke von der Berliner Ringbahn bis Grünau und für den Ausbau der Anschlussbahn von Niddorf nach Niederschöneweide-Johannisthal. Ferner ist eine umfassende Erweiterung der Anlagen für den Rangirverkehr auf dem Bahnhof Niederschöneweide-Johannisthal vorgesehen, wofür die Kosten des Grund und Bodens auf 2 Millionen veranschlagt sind. Zur Erweiterung des Rangirbahnhofs bei Tempelhof wird eine erste Rate von 800 000 M., für die Umgestaltung des östlichen Theiles des Nordbahnhofs zu Güterverkehrsanlagen 99 800 M. gefordert.

**Der Spielteufel** soll gegen den fiskalischen Vandalismus mobil gemacht werden. Der Ausschuss zur Erhaltung des Botanischen Gartens hat nämlich die Meinung des Oberbürgermeisters Jesse in der bekannten Angelegenheit zu erforschen gesucht. Herr Jesse soll sich angeblich dahin geäußert haben, daß er dem vom Ausschuss erdachten Plane, einen Theil der ungeheuerlichen Forderung von 15 Millionen durch eine Lotterie zu decken, sympatisch gegenüberstehe. Wir stehen bekanntlich auf dem Standpunkte, daß dem preussischen Fiskus die volle Verantwortung für die in Aussicht gestellte Zerstörung des Botanischen Gartens übertragen werden muß. Völlends ist die Veranstaltung einer Lotterie, deren Ertragsfähigkeit nach neueren Erfahrungen überdies sehr in Zweifel zu ziehen ist, ein Ding, das der hochernsten Sache nur einen unpassend komischen Beigeschmack geben kann.

**Pferdefleisch-Konsum und Massenelend.** 42 Rostschlächter üben gegenwärtig in Berlin und den Vororten Niddorf, Schöneberg, Steglitz, Neu-Weißensee und Charlottenburg ihr ehrsames Handwerk aus. In Berlin allein giebt es deren 35 gegen 30 im Vorjahre, ein, wie die „Central-Freischer-Zeitung“ meint, markanter Beweis dafür, daß die Zahl der Rostschlächter mit dem zunehmenden Konsum des Pferdefleisches gleichen Schritt hält. Im vorigen Jahre sind 6650 Pferde geschlachtet worden. Die Zahlen beweisen, daß trotz aller Geschäftsprosperität das Massenelend zunimmt. Neuerdings wird der Konsum von Pferdefleisch noch besonders durch die enorme Preissteigerung des Rind- und Schweinefleisches gefördert. In die wichtige Nahrungsmittel doch in wenigen Monaten um fast 50 pCt. theurer geworden. Unter diesen zur Verweigerung drängenden Umständen ist es eine Privatthat ohne gleichen, wenn die Interessenten der „göttlichen Weltordnung“ dem arbeitenden Volk das alberne Lied von der Zufriedenheit vorzieseln.

**Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung - Anstalt** Berlin sind im Laufe des Vierteljahres Oktober-Dezember 1897 121 Anträge auf Gewährung von Altersrente eingegangen; aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1897 lagen noch 10 Anträge vor, hinsichtlich deren die Entscheidung noch ausstand. Von diesen 131 Anträgen sind bewilligt 78, abgelehnt 34, anderweit erlebigt 2 und unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen 22. Bis zum 31. Dezember 1897 waren insgesamt bewilligt an Altersrenten 3667. Von diesen sind ausgeschieden durch Tod 940, aus anderen Gründen 83, zusammen 1023, so daß am 1. Januar 1898 2644 Altersrentenempfänger vorhanden waren. — Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 566 Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten eingegangen und 180 unerledigt aus dem Vorvierteljahr übernommen. Von diesen 726 Invalidenrenten-Anträgen sind 357 bewilligt, 150 abgelehnt, 34 anderweitig erlebigt und 185 unerledigt auf das folgende Quartal übernommen worden. An Invalidenrenten sind bis zum 31. Dezember 1897 überhaupt 4586 bewilligt worden. Ausgeschieden sind inzwischen durch Tod 1492, aus anderen Gründen 109, zusammen 1601. Mitbin war am 1. Januar 1898 ein Bestand von 3285 Invalidenrenten-Empfängern aufzuweisen.

**Die Ferien der hiesigen Gemeindefschulen,** der städtischen Taubstummenschule und der Blindenschule sind von der städtischen Schul-Deputation für das Jahr 1898 folgendermaßen festgesetzt: 1. Osterferien: Schluß des Winter-Halbjahres: Donnerstag, den 31. März, Anfang des Sommer-Halbjahres: Freitag, den 15. April. 2. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 27. Mai, Anfang des Unterrichts: Freitag, den 8. Juni. 3. Sommerferien: Schluß des Unterrichts: Freitag, den 1. Juli, Anfang des Unterrichts: Donnerstag, den 2. August. 4. Herbstferien: Schluß des Sommer-Halbjahres: Freitag, den 30. September, Anfang des Winter-Halbjahres: Mittwoch, den 12. Oktober. 5. Weihnachtsferien: Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 21. Dezember, Anfang des Unterrichts: Donnerstag, den 5. Januar 1899.

**Die tägliche Bewegung der Bevölkerung von Berlin** wird von der „Korresp. Groß-Berlin“ nach dem statistischen Material der Stadt wie folgt berechnet. Es werden im Durchschnitt alle Tage 48 Paare in Berlin getraut; die meisten im April und Oktober, das heißt zu den Hochzeitsterminen, die wenigsten im August. 3—4 Ehen werden täglich durch das Gericht geschieden. Alle Tage werden 133 Kinder geboren, darunter 19 uneheliche; 4 davon werden täglich legitimirt. Es sterben täglich 92 Berliner, die meisten im Juli, in welchem Monat täglich 120, die wenigsten im Oktober, zu welcher Zeit 84 zu sterben pflegen.

**Einen heizenden Beitrag** zu dem Kapitel von der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft liefert ein Berliner Konditor, der behufs Befriedigung eines „bringenden“ Bedürfnisses in einer Anzahl von Stadtbahnhöfen Pfefferkuchenbuden aufgestellt hat. Ist es schon unverständlich, wie sich die Eisenbahn-Verwaltung dazu verstehen kann, die Zugänge zum Bahnhof an Zigarren-, Blumen- und Pfefferkuchenhändler zc. gegen geringen Vortheil zum Nachtheil der Passagiere zu vermitteln, so ist es zum mindesten auffällig, wie wenig in diesen Buden verkauft wird. Der oben erwähnte Konditor weiß sich aber über das schlechte Geschäft hinwegzusetzen. Er sucht in den Zeitungen junge Mädchen zur Ausbildung als „Verkäuferin“ bezw. zur „Konditorin-Mamsell“. Bewerberinnen finden sich sehr zahlreich. „Mamsell“ zu sein, ist doch immerhin einigermaßen „hauddesgemäß“. Die gestellten Bedingungen werden daher gern übernommen und diese bestehen darin, daß das Mädchen 30 M. und mehr als Kaution bestellen muß, daß sie eine lange Frist „lernen“ muß und während dieser Zeit monatlich 10 M. Entschädigung erhält, was nicht ganz 2,50 M. in der Woche ausmacht. Ist der Vertrag abgeschlossen, dann wird das angeworbene Mädchen in einen Stadtbahnhof als „Verkäuferin“ geschickt, wo für die langen Monate ihrer Verweilzeit in der gewöhnlich in der finsternen Ecke aufgestellten Bude vertrauen kann, ohne etwas zu lernen.

**Von der Polizeithätigkeit gegen Arbeitervereine.** Der Mechaniker Rudolf Raußch aus der Urbanstraße 128 vertheidigt sich gegen den Vorwurf der Denunziation, der ihm in Nr. 8 d. Bl. gemacht worden ist, durch folgende Zuschrift: „Der Schuhmann P. Woite, mit welchem ich schon anderthalb Jahre zusammen wohne, hatte mich gebeten, ihm zu dem Vergnügen der Jungjäger ein Billet zu besorgen. Diese Besorgung führte ich ahnungslos aus. Woite gab das Billet dem Polizeibeamten Gutsmann, um eine Anzeige zu erlangen. Davon erfuhr ich erst nachträglich; hätte ich eine Ahnung davon gehabt, wozu das Billet dienen sollte, so würde ich nie der Polizei auf solche Art Vorschub geleistet haben. Von meiner Weisheit erhielt ich noch zufällig Kenntniß von der Aushändigung des Biletts, er habe seinen andern finden können, warum ich auch so dumm sei, mich dazu herzugeben. Der Schuhmann Woite ist im 48. Polizeirevier angestellt.“ So Herr Raußch, dessen Angaben wir nicht nachprüfen können. Interessant für die Art, wie Hüter der öffentlichen Ordnung gegen Arbeitervereine vorgehen, ist die Zuschrift immerhin.

**Nein Garde-Pionierbataillon** kam vor längerer Zeit der seltene Fall vor, daß ein Untergebener während des Exercitiums ohne jede Veranlassung aus Reih und Glied heraus seinen Vorgesetzten thätlich angriff. Man glaube, es in dem Thäter, dem Pionier Mattau, mit einem Geisteskranken zu thun zu haben, weil niemand für sein Benehmen eine andere Erklärung hatte. Mattau wurde denn auch zur Prüfung seines Geisteszustandes dem Lazareth überwiesen. Eine achtwöchige Beobachtung hat jedoch die Ärzte zu der Ueberzeugung geführt, daß Mattau geistig vollständig gesund ist. Er ist daher jetzt in Untersuchungshaft in die Militär-Arrestanstalt II am Tempelhofer Feld abgeführt worden und wird sich aufrechter schwer zu haben haben. Der betreffende Vorgesetzte, ein Fähnrich P., hat unterdessen den aktiven Dienst verlassen und ist zur Reserve übergetreten.

**Übermals ein Kinder-Selbstmord!** Der Selbstmord eines 11jährigen Gemeindefüßlers wird aus der Weinmünderstraße gemeldet. Hier wohnt auf dem Grundstück Nr. 53 der Bau-Anschläger Ida von seiner Frau getrennt mit seiner 16jährigen Tochter Margarethe, die ihm die Weisheit fährt, und dem am 1. März 1886 geborenen Sohne Karl, der die Gemeindefschule in der Graunstraße besuchte. Dieser Schüler, ein ordentlicher Knabe, hatte infolge eines innerlichen Leidens häufig Erbrechen, und schien in der letzten Zeit auch gemüthskrank zu sein. Gestern Nachmittag war er allein

zu Hause, da der Vater sich auf seiner Arbeitsstelle befand und die Schwester ausgegangen war, um eine Freundin zu besuchen. Als der Vater um 8 1/2 Uhr abends von der Arbeit nach Hause kam, fand er seinen Sohn als Leiche wieder. Der Knabe hatte in der Küche eine an Nägeln befestigte Leine von einer Wand zur anderen gespannt und sich daran aufgehängt.

**Durch den Duffschlag eines Pferdes** schwer verletzt worden ist gestern, Donnerstag, der 22 Jahre alte Selterwasserlütcher Nag Löper, der in der Selterfabrik von Reuter u. Comp. in der Schweinmünderstraße 51 beschäftigt ist. Löper, der im Stalle zu thun hatte, wurde hier bewußtlos aufgefunden und nach der nächsten Unfallstation gebracht. Hier erwies sich die Verletzung als eine sehr schwere.

**Der Brand in der Vorfis-Mühle** giebt der Feuerwehr noch immer zu thun. Jehu Mann mit zwei Schlauchleitungen sind fortwährend als Wache auf der Brandstelle, auf der es bald hier, bald dort ausflammt. Sobald die Flammen eine Gefahr mehr bieten und die Mühle innerhalb der Mauerlinie keine Gefahr mehr bietet, sollen diese abgetragen werden, eine Arbeit, die noch mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Ob die Mühle wieder aufgebaut werden wird, ist noch nicht entschieden.

**Feuerbericht.** Mittwoch Abend 7 Uhr brannten Lichterfeldstraße Kleidungsstücke, Wäsche und Möbel, doch brauchte die herbeigerufene Wehr nicht in Thätigkeit zu treten. Aus gleicher Veranlassung erfolgte 9 1/2 Uhr Alarm nach Könnigsrührerstr. 55a. Hier erlitt auch das Gebäude erheblichen Schaden. Zur selben Zeit mußte Pallisadenstr. 14 ein Garbinnenbrand beseitigt werden. Donnerstag Nachmittag 5 1/2 Uhr hatte Andreasstr. 33 Warte im Schaufenster Feuer gefangen, das aber noch gelöscht werden konnte, bevor der Aueninhalt in Mitleidenschaft gezogen wurde.

**Theater.** Im Schiller-Theater wird heute das neue Schauspiel „Der König“ von Richard Boh zum ersten Male wiederholt. Für übermorgen, Sonntag, Nachmittag ist eine Aufführung des Blumenthal'schen Lustspiels „Ein Tropfen Gift“, für Sonntag Abend „Die wilde Jagd“, Lustspiel von Golda, angelegt. — Im Central-Theater kommt nächstens eine Poffe von Freund und Mannsicht „Die Tugendsohle“ zur Aufführung. — Am 18. Januar wird im Luisen-Theater „Trilby“ gegeben. Ist das nöthig?

### Aus den Nachbarorten.

**Herr Dr. Bayard** wird heute Freitag, den 14. d. M., in der Urania in der Invalidenstraße zum ersten Male über „Das Reich der Mitter“ sprechen. Da die Kenntniß der in vieler Beziehung so eigenartigen Verhältnisse China's bei den meisten Menschen erheblich geringer zu sein scheint, als unter gegenwärtigen Interesse an diesem Lande, so dürfte der Vortrag des betonen Fortschrittsforschenden vielen willkommen sein.

**Charlottenburg.** In den am 17. Januar hier stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen wird am Sonntag, den 16. d. M., ein Flugblatt verbreitet. Wir ersuchen alle Genossen, die gewillt sind, daran theilzunehmen, früh 7 1/2 Uhr in nachfolgend benannten Lokalen zu erscheinen: 1. Bezirk: Baasche, Potsdamerstr. 44; 2. Bezirk: Eder, Widmarstr. 74; 3. Bezirk: Beyer, Wallstr. 96; Gimpel, Osuabrückerstr. 20; 4. Bezirk: Kaut, Pentalogstr. 65; 5. Bezirk: Dörre, Krammstr. 19; 6. Bezirk: Köhr, Goethestr. 67a; 7. Bezirk: Breblow, Augustburgerstr. 78.

**Veih.** Den Parteigenossen hiermit zur Kenntnissnahme, daß am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Galdner, Rudowstraße, eine Volksversammlung stattfindet. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, recht pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

**Bei einer Explosion in der Englischen Gasanstalt** zu Schöneberg haben am Donnerstag Morgen gegen halb neun Uhr drei Arbeiter ihren Tod gefunden, während drei andere lebensgefährlich verletzt worden sind. Im Regulatorhaus der Anstalt waren um diese Zeit außer dem Kassirer Eichberg und dem Inspektor Wiesener die Arbeiter Häbner und Schericht beschäftigt, welche den Ueberwachungsdiens bei den Regulatoren bewirkten. In dem Kellerraum waren der 60jährige Klemmer Gerty, der 31jährige Klemmer Janide und der gleichaltrige Arbeiter Freyer thätig. Nach Beendigung der Frühstückerpause erfolgte eine weithin hörbare Explosion. Als sich die Leute einermachten von ihrem ersten Schrecken erholten, da bot sich ihnen ein fürchterlicher Anblick. Das ganze Regulatorhaus stand in Flammen; Fenster und Thüren waren aus denselben herausgerissen und das Dach theilweise zerplittert. Vor dem Gebäude sah man zwei Personen, deren Kleider in Flammen standen. Es waren dies die Arbeiter Schericht und Häbner, während die übrigen Angestellten sich noch in dem brennenden Gebäude befanden; nur dem Kassirer Eichberg war es gelungen, sich durch einen rechtzeitigen Sprung aus dem Fenster, von welchem durch den Luftdruck selbst das Giebelgitter herausgerissen war, zu retten. Nachdem Sch. und G. aus ihrer furchtbaren Lage befreit waren, machte man sich daran, die in dem brennenden Hause befindlichen Personen herauszuholen, dies gelang jedoch nur bei Wiesner, dem in den Keller vermochte niemand hineinzubringen. Inzwischen war bereits die Schöneberger Feuerwehr alarmirt und die Unfallstation VII benachrichtigt. Während die Löschmannschaften mit drei Schläuchen den Brand löschten, leiteten die mit den Krankenwagen eingelassenen Ärzte den Verletzten Nothverbände an; alle drei wurden dann noch dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Doch war es immer noch nicht gelungen, in den Keller hinein zu dringen, da die in den Gasleitungen befindlichen Gase zurückströmten und in hellen Flammen aus dem Keller emporloderten. Eine große Anzahl Arbeiter wurden infolge dessen beauftragt, die Hauptleitungen freizulegen und das Zurücklaufen der Gase durch Einlegen von Pföcken zu verhindern. Nach einer Stunde etwa erreichte man den Zugang zum Keller, wo man die verkrüppelten Leichen der drei verunglückten Arbeiter anfaß. Sie wurden an Ort und Stelle eingelagert und nach der Schöneberger Leichenhalle gebracht. Alle sechs verunglückten Personen sind verheiratet. Der verstorbene Gerty hatte in diesem Frühjahr das 25jährige Jubiläum seiner Thätigkeit in der englischen Gasanstalt gefeiert. Der Direktor der Gasanstalt, der mit seinem Assistenten im Augenblick der Explosion in der Nähe des Regulatorhauses sich befand und dieses gerade betreten wollte, ist wie durch ein Wunder unverletzt geblieben.

Ueber die Ursache der Explosion ist nachträglich folgendes ermittelt worden: An dem Konditor des einen Regulators war ein Defekt entstanden, welcher heute Morgen reparirt werden sollte. Der Inspektor Wiesner, welcher wie bereits gemeldet, ebenfalls schwer verletzt wurde, hatte zur Vorsicht sämtliche offene Flammen, die sich in dem Gebäude befanden, verloschen lassen und jedes Lichtangündeln strengstens verboten. Die drei zu Tode gekommenen Arbeiter hatten sich nach der Frühstückerpause in den Keller begeben, um dort die Reparaturarbeiten wieder anzunehmen, befanden sich jedoch kaum zwei Minuten in dem Raume, als die Explosion stattfand. Es wird behauptet, daß dieselbe dadurch hervorgerufen sei, daß von einer glühend geschlagenen Meißel ein Stückchen absprang, an welchem sich ausströmendes Gas entzündet haben soll. Gegen diese Annahme sprechen jedoch die Thatsachen, daß sich Gas nur an offener Flamme entzündet und daß das Glühend-schlagen einer Meißel vollkommen ausgeschlossen erscheint. Es ist daher nur anzunehmen, daß einer der Arbeiter, um irgend etwas zu beschaffen, ein Streichholz entzündet und so das herandrömende Gas zur Explosion gebracht hat. Eine tragische Szene spielte sich gestern Mittag an der Unglücksstelle ab. Die Frau des einen zu Tode gekommenen Arbeiters erschien gegen 12 Uhr in der Gasanstalt, um ihrem Manne das Essen zu bringen. Zwar hatte Frau M. schon vorher von der Katastrophe erfahren, doch glaubte sie ihren Gatten unverletzt, weil derselbe eigentlich in einer anderen Abtheilung beschäftigt war. Einer der Beamten, der der Verurtheilten nicht die volle Wahrheit des harten Schicksals, das sie betroffen, sagen wollte, theilte ihr mit, daß ihr Mann verletzt sei. In demselben Augenblicke wurde eine Leiche bei der Frau vorbortragen; es war diejenige des Mehlig. Wie vom Schlage gerührt



brach die Unglückliche zusammen, und sich wieder emporkaffend wandte sie sich vorlos um und schwante ihrem Heim zu, wo jetzt 4 Kinder im Alter von 2-6 Jahren den toden Vater betrauern. Ein zweiter Ungelommener hinterläßt 7 Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** beschloß gestern, dem Allgemeinen deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschturns im Auslande mit einem jährlichen Beitrag von 100 M. beizutreten. Die Vorlage über den Anschluß der städtischen Uhren an das Netz der Gesellschaft Normal-Zeit wurde einem Ausschuss überwiesen. Die Vorlage, betr. die Einlösung auf die Klage des früheren Hilfsarbeiters Barlnecht, auf Anerkennung seiner Eigenschaft als Beamter, des dritten derartigen Prozesses gegen den Charlottenburger Magistrat, wurde zu geheimer Beratung zurückgestellt. Der Verein Charlottenburger Straßenbahn wurde die Genehmigung erteilt, auf ihren Nebenlinien bis zum 1. Oktober 1898 auch in der Berliner Straße den Betrieb mit Pferden aufrecht zu erhalten. Das Vorgehen der Gesellschaft fand lebhaftest Mißbilligung. Die Stadtverordneten Bula und Ströher führten aus, die Straßenbahn habe im November den Vertrag mit der Stadt angenommen und schon am 6. Dezember habe sie sich überzeugt, daß sie eine der Bestimmungen des Magistrats nicht erfüllen könne. Sie habe offenbar nach Widen im Vertrage gesucht. Die Gesellschaft wird deshalb benachrichtigt, daß ihr über den 1. Oktober hinaus auf keinen Fall Nachsicht gewährt werden wird.

**Die staufrfreie Müllabfuhr** soll in Charlottenburg am 1. April durch Polizeiverordnung eingeführt werden. Der Magistrat beabsichtigt, sie vier in Wettbewerb stehenden Unternehmern zu übertragen.

**Eine zweckmäßige Erneuerung** im Bibliothekswesen ist vom Charlottenburger Magistrat bei seiner neuen Volksbibliothek eingeführt worden. Um den Benutzern der Bibliothek die Bestellung der Bücher zu erleichtern, hat der Magistrat mit der Buchdruckergesellschaft eine Vereinbarung getroffen, der zufolge die Gesellschaft an ihren Ausgabestellen auch Bücherbestellzettel zum Verkauf feilbietet. Diese Karten sind jetzt ausgegeben worden. Der Preis beträgt einschließlich der Beförderungsgebühr für 40 Stück 15 Pfennig.

**Klamottenbau.** Ein würdiges Produkt moderner Baukunst ist in der Ringstraße zu Hixdorf von der dortigen Polizeibehörde, noch bevor dasselbe Unheil anzurichten vermochte, im Weiterbau inbühret worden. Die Behörde war nämlich der Sache „auf den Grund“ gegangen und hatte hierbei die rechte Erfahrung gemacht, daß die Grundmauern anstatt aus Feldsteinen aus Klamotten hergestellt worden waren. Offenbar hat es hierbei nicht sein Verwenden; es ist angebracht, daß der fündige Unternehmer zur strengeren Verantwortung gezogen werde.

**Der Vorort Weihensee** steht vor der Frage der Errichtung eines Krankenhauses. In der letzten Sitzung der dortigen Gemeindevertretung trat der Gemeindevorsteher entschieden für die Errichtung ein. Sollten sich die Verhandlungen, die der Gemeindeverband mit dem Zweigverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins pflegt, zerschlagen, so müßte die Gemeinde daran denken, zum Frühjahr selbst ein Krankenhaus zu bauen. Der Verein verlangt zur Herstellung eines Krankenhauses von der Gemeinde eine acht Morgen große Baufläche und verpflichtet sich, mindestens 100 000 M. als Baufumme zu verwenden. Die Gemeindevertretung seht zur Prüfung der Angelegenheit eine Kommission nieder.

**Arbeitsverhältnisse Beschränkung.** Triftige Gründe waren es, welche in einer Versammlung von Lehrern und Meistern in Friedberg i. d. Neumark gegen das Fortbestehen der obligatorischen Fortbildungsschule geltend gemacht wurden. Es wurde nämlich hervorgehoben, daß der Zwang der Zehrlinge zum Besuche der Fortbildungsschule für die Meister unerträglich sei und daß dadurch die Arbeitszeit der Zehrlinge geschädigt werde. Die Strafen für unentschuldigtes Versäumnis w. könnten nicht vollkommen, wenn eine solche Schule überhaupt nicht bestände. (1) Die Zehrlinge wären von der Tagesarbeit so ermüdet, daß sie geistig beim Unterricht nicht mehr auffassungsfähig seien. Früher hätte man keine Fortbildungsschulen gekannt und aus den Zehrlingen wären doch tüchtige Meister geworden. Wer sich fortbilden wolle, könne dies später auf seine Kosten thun. Die Nachbargräde Woldenberg und Driesen hätten keine Fortbildungsschulen, folglich brauche Friedberg auch keine! Die bestehende müsse aufgehoben werden. Der erhobene Einwand, daß in heutiger Zeit eine Fortbildungsschule unentbehrlich sei, wurde entschieden zurückgewiesen. Die drohen Handwerksmeister beschloßen schließlich, an die städtischen Behörden um Aufhebung der Fortbildungsschule zu petitioniren, da diese keinen Vortheil für das Handwerk bieten!!

**Die Wohnungsverhältnisse in Spandau** sind von jeher miserabel gewesen. Eine bürgerliche Zeitung fordert gegenwärtig dazu auf, diejenigen Hauswirthe, welche unmittelbar über dem Abort gelegene und von diesem nur durch eine dünne Fußbodenbede getrennte Räumlichkeiten als Wohnungen vermieten, der Behörde anzuzeigen. In früheren Jahren waren die Wohnungen in Spandau noch wenigstens im allgemeinen billig. Zu Neujahr dieses Jahres sind die Miethspreise jedoch wesentlich gesteigert worden — in einzelnen Fällen um ein ganzes Drittel —, dabei halten es aber einzelne Hausagrarier noch immer nicht für notwendig, ihre Häuser an die städtische Wasserleitung anzuschließen. Deshalb ist der Gedanke, hier einen Interessensverein der Wohnungsmiethen zu gründen, recht zeitgemäß, nur schade, daß man mit derartigen Mitteln die Begehrlichkeit der Hauswirthe nicht ganz wird beseitigen können.

**Moderner Menschenhandel.** Auf dem Polizeibureau in Rattow erschienen am Freitag im Laufe des Vormittags unter Nummer und Klagen vier Mädchen aus Oesterreich, welche sich die Hilfe der Polizei erbaten. Sie waren im Besitz von Fahrkarten Gleditz-Berlin. Ein Berliner Gesandter hatte sie für Stellen nach Berlin engagiert und ihnen auch die Fahrkarten gelöst. Die Mädchen kamen bei Rattow an und mußten dort auf Verlangen ihres Begleiters aussteigen. Bald darauf vermissten sie denselben. Alles Suchen war vergebens. Es muß wohl etwas vorgefallen sein, was den Agenten zur schleunigen Flucht veranlaßte. Allein nach Berlin fahren wollten die Mädchen nicht, zumal sie nicht einmal den Namen ihres Agenten wußten, und so wandten sie sich denn an die Polizei. Diese veranlaßte, daß den Mädchen von der Verkehrsinspektion der Eisenbahndirektion das Geld für die gelösten Fahrkarten zurückerstattet wurde, so daß sie wieder nach ihrer Heimath zurückkehren konnten. Die bedauerlichen Geschöpfe waren, wie die „Pol. Zig.“ berichtet, vollständig mittellos und hatten seit Donnerstag keinelei Nahrung zu sich genommen.

## Soziale Rechtspflege.

**Eine für Arbeiter wichtige Entscheidung** traf in einer Sitzung vom 11. Januar 1898 das Gewerbegericht in Kassel. Ein Unternehmer hatte an einen Arbeiter die Tischlerarbeiten eines Neubaus vergeben und zwar so, daß der Arbeiter den gesamten Bau auf Akkord übernehmen sollte. Daneben war aber noch die Scheinbar dem widersprechende Vereinbarung getroffen, daß eine Kündigung zwischen beiden Parteien aus geschlossen sein sollte. Vor Fertigstellung des ganzen Baues kam es zum Streit zwischen beiden Parteien und das Arbeitsverhältnis wurde gelöst. Der Arbeiter klagte nunmehr vor dem Gewerbegericht auf die Herausgabe einer Restforderung an Lohn in Höhe von 47,48 Mark. Der Arbeitgeber bestritt die Verpflichtung dazu, da er an den Kläger den ganzen Bau in Akkord gegeben und dieser nicht das Recht hatte, vor Vollendung desselben die Arbeit zu verlassen. Der Kläger berief sich darauf, daß bei einer Einstellung im Geschäft des Bestagten jede Kündigung ausgeschlossen worden sei. Das Gericht entschied, daß der Kläger jederzeit berechtigt war, die Arbeit zu verlassen, ebenso wie er jederzeit entlassen werden konnte. Die Lohnansprüche regeln sich in diesem Falle so, daß dem Arbeiter jeder Teil des Akkordes auszusprechen sei, der fertiggestellt wäre. Der Bestagte wurde deshalb verurtheilt,

dem Kläger die ausgelagte Summe zu zahlen. — Ein Arbeiter, der ohne Kündigung angenommen wurde, kann demnach seine Arbeit ohne Nachtheil auch verlassen, ehe er einen übernommenen Akkord beendet hat, selbstverständlich aber auch so entlassen werden.

## Gewichts-Beifung.

**Die alte Wahrheit, daß durch Zahlung von Hungerlöhnen der Arbeiter zur Unethik verleitet wird,** fand wieder in einer Gerichtsverhandlung, welche die vierte Strafkammer des Landgerichts I längere Zeit beschäftigte, ihre traurige Bestätigung. Unter der Anklage der Unterschlagung und des Betruges stand der Konfektionär Friedrich Hübner, neben ihm wurden der Konfektionsarbeiter Rob. Brauner und Frau, der Arbeiter Schmidt und Frau, sowie die Händler Siberafeld und Pic wegen Unterschlagung bzw. gewerbmäßiger Fehlfahrt zur Verantwortung gezogen. — Der Angeklagte Hübner hat in einem Schürzen-Konfektionsgeschäft gelernt und ist dann kurze Zeit in zwei anderen Konfektionsgeschäften thätig gewesen. Er lebte über seine Verhältnisse hinaus, baldigte dem Radlersport und besand sich wiederholt in Geldverlegenheit. Er fand schließlich eine gute Stelle als Konfektionär in dem Salinger'schen Schürzen-Konfektionsgeschäft in der Spandauerstraße. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es namentlich auch, den Schneidern, die in ihren Arbeitsstunden mit der Herstellung der Schürzen beschäftigt wurden, die Stoffe und Zuthaten heranzugeben und ihre Lohnbücher auf dem Laufen zu halten. Er hat diesen Posten zur Verübung zahlreicher Veruntreuungen ausgenutzt. Nach seiner Behauptung seien eines Tages die Brauner'schen Eheleute, die für das Geschäft arbeiteten, zu ihm gekommen und hätten ihn aufgefordert, ein Glas Bier mit ihnen zu trinken. Bei dieser Gelegenheit habe Brauner angefangen davon zu sprechen, wie unangenehm die Lage der Konfektionsarbeiter sei und daß man verhungern könnte, wenn man nicht Nebenverdienste habe. Er soll dann dem Angeklagten nahe gelegt haben, mit ihm Hand in Hand zu arbeiten und ihm bei der Herausgabe der Stoffe Vortheile zu gewähren, die er mit ihm theilen könnte. Hübner will sich durch diese Worte und die Behauptung, daß es in der Konfektion die meisten so machen haben überreden lassen und hat dann die Veruntreuungen der fertigen Schürzen denselben mehr angedreht, als sie abliefern. Er versichert, daß die Brauner'schen Eheleute auf diese Weise wöchentlich einige Tugend Schürzen mehr erhielten als in die Arbeitsbücher eingetragen wurden. In der Zeit vom Mai bis September hätten sie 120 Tugend Schürzen erdriegt, für welche der Angeklagte Siberafeld ein fest bereiter Abnehmer gewesen sei. Für seine Dienstleistung will der Angeklagte Hübner von Brauner wöchentlich 3-5 M. bezogen haben. In eine ganz gleiche Geschäftverbindung ist er dann mit dem Angeklagten Schmidt getreten, von dem er gleichfalls 3-5 M. bezogen hat. Die Schmidt'schen Eheleute sollen ihre Schürzen an den Händler Pic in der Vorbringerstraße verkauft haben. Hübner ist fernergeständig, bei der Verrechnung von Arbeitslöhnen aller Art etwa 200 M. in seine Tasche gerechnet zu haben. Herr Salinger schätzt den ihm durch den Angeklagten zugefügten Schaden auf über 4000 M. — Wegen dieser Veruntreuungen des Angeklagten Hübner wehrten sich die durch die Rechtsanwältin Cosmann, Goldstein und Bronckel vertretenden Mitangeklagten mit aller Macht. Die beiden angeklagten Ehepaare behaupteten, daß Hübner Darlehne von ihnen entnommen habe, ohne irgendwie Verantwortungen als Gegenleistung dafür zu leisten, die beiden Händler versicherten, daß sie von dem unredlichen Erwerbe der Schürzen keine Kenntniß gehabt hätten.

Der Staatsanwalt hielt auf grund der stattgehabten Beweisaufnahme sämtliche Angeklagte, mit Ausnahme des Angeklagten Pic, gegen den er die Freisprechung beantragte, für überführt. Gegen Hübner beantragte er anderthalb Jahre Gefängniß, gegen Brauner anderthalb Jahre Zuchthaus, gegen die Ehefrau Brauner ein Jahr Zuchthaus, gegen Schmidt ein Jahr Zuchthaus, gegen dessen Ehefrau anderthalb Jahre Zuchthaus und gegen Siberafeld zwei Jahre Zuchthaus, außerdem gegen sämtliche Angeklagten die üblichen Nebenstrafen.

Das Urtheil lautete: Hübner 1 Jahr Gefängniß, wovon 3 Monate als verhaftet erachtet wurden, der Ehefrau Brauner und die Schmidt'schen Eheleute zu je einem Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Siberafeld, Pic und Ehefrau Brauner wurden freigesprochen.

**Eine Kassenanleihe in Kamerun** war das Ziel der Wünsche eines polnischen Arbeiters, welche zu erfüllen der Agent Ostermann sich bereit erklärt hatte. In Rücksicht auf die damit verknüpften Schwierigkeiten ließ er sich für seine Mithewaltung 12 M. im voraus bezahlen. Der nur polnisch sprechende Arbeiter fiel in der That auf den plumpen Schwindel hinein und schenkte der Versicherung Glauben, daß in Kamerun auch polnisch gesprochen werde. Die Tragikomik dieser Stellenvermittlungs-Angelegenheit verschlechte vor dem Schöffengericht zu Polen ihre Wirkung nicht, doch verurtheilte dieses den schon mehrfach vorbestraften Agenten zu einem Monat Gefängniß.

**Wegen Verdrohung, sowie gemeinschaftlich verübten Hausfriedensbruchs** auf einem Neubau der Firma Lachmann u. Zaubler hatte sich gestern der Maurer Wilhelm Zwick vor der 133. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Ursprünglich waren wegen derselben Vergehen vier Personen angeklagt gewesen; die drei anderen sind inzwischen bereits zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, während die Verhandlung damals hinsichtlich Zwick wegen Krankheit ausgesetzt werden mußte. Der Angeklagte arbeitete mit jenen dreien zusammen auf einem der genannten Firma gehörigen Neubau in der Straße 30 (seit Emanuelstraße). Am 5. Mai vorigen Jahres kamen die vier Personen nach einem vorherigen Wortwechsel zwischen dem Angeklagten Zwick und dem Lachmann u. Zaubler'schen Polier Känstler am Nachmittag etwa 1 1/2 Stunden zur Arbeit. Zwick hatte nämlich angenommen, er würde doch „Feierabend“ erhalten, und die drei anderen wollten dann auch nicht weiter arbeiten. Sie wurden auch thatsächlich entlassen, gingen dann aber nicht gleich auf die Aufforderung Känstler's, außerdem sollen sie ihn durch die Worte bedroht haben: Dich schlagen wir tod u. s. w. Selbst Känstler konnte nicht behaupten, daß der Angeklagte Zwick diese Worte geäußert hätte; dagegen gab letzterer selbst zu, nicht gleich gegangen zu sein, als die Aufforderung erfolgte. Wie noch auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, festgestellt wurde, befindet sich nur an der Straßenseite ein Baum, nach hinten hinaus allerdings auch ein Baum, der aber nach einer anderen Straße zu ein anderes Baugrundstück abgrenzt; die rechte Seite des in Frage stehenden Baues wird von einem damals bereits vollendeten Neubau flankirt, während sich an die linke Seite vier bis fünf Baustellen anschließen, welche auf die Grewiswalderstraße zu gehen und ebenfalls der Firma Lachmann u. Zaubler gehören. Ein Ausgang von den verschiedenen Lachmann u. Zaubler'schen Bauparzellen nach der Emanuelstraße befindet sich außer in dem Bauparalle vor dem in Frage stehenden Grundstücke auch noch an einer andern Stelle dieser Straßenseite; andere Ausgänge sollen die ganzen Parzellen nicht besitzen. Der Staatsanwalt beantragte hinsichtlich der Verdrohung Freisprechung und wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs 1 Woche Gefängniß. Rechtsanwalt Dr. Löwenstein plaidirte auf in dem letzteren Punkte für Freisprechung, da es sich bei dem erwähnten Grundstück nicht um ein besiedeltes Verhältniß handelte, weil keine zusammenhängenden Schutzwehren vorhanden waren, wie das verschiedene Reichsgericht's-Entscheidungen verlangten. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten zwar von der Anklage der Verdrohung frei, verurtheilte ihn aber wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu 1 Woche Gefängniß; allerdings sei die einzelne Parzelle nicht von allen 4 Seiten eingefriedigt gewesen, dagegen aber das ganze Terrain, welches die Firma Lach-

mann u. Zaubler dort angekauft habe. Der Angeklagte wird Verurteilung einlegen.

**Wenn die Polizei sich in die Kunst einmischet.** In Frankfurt a. M. beschlagnahmte die Polizei bei dem Kunst-, Buch- und Antiquariatshändler Karl Schwalbe eine Anzahl Photographien, sogenannte Modell-Abbildungen, die nackte Frauen darstellten. Hierdurch erfuhr die Polizei auch, daß die Photographien von dem Leipziger Photographen Arthur Rabas hergestellt wurden. Der bei R. vorgefundene Meist der Photographien, die Originale und die mit Sch. gepflanzte Korrespondenz wurden infolge dessen auch mit Beschlagnahme und R. der Prozeß gemacht. Das Schöffengericht zu Leipzig hatte nun zu prüfen, ob die Bilder unzüchtige seien und ob R. sie verkauft habe. Der Vorsitzende, Amtsrichter Winkler, bemerkte, daß aus der bloßen Nacktheit ein Bild noch nicht zu einem unzüchtigen werde, denn sonst müßten ja alle Bilder großer Meister ähnlichen Genues und die Skulpturen der Alten, die in unseren Museen öffentlich ausgestellt seien, unzüchtige Abbildungen sein. Trotz dieser Ausführungen des Vorsitzenden stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Verurteilung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Urtheilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht die in betracht kommenden Fragen, ob die Abbildungen unzüchtige seien und ob R. sie verkauft oder verbreitet habe, verneint habe. Im übrigen schloß sich das Urtheil der schon vom Vorsitzenden ausgesprochenen Ansicht an. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Bilder rein künstlerischen und anatomischen Zwecken dienen sollen.

## Versammlungen.

**Die Tarifgemeinschafts-Gegner der Berliner Buchdrucker** hielten am Mittwoch unter dem Vorhise Krenndorfer's eine von etwa 70 Personen besuchte Versammlung ab, in der Buchdrucker Rihler über das Thema: „Ist eine Trennung vom Verbandsverbande notwendig?“ referirte. Rihler begann mit der Mittheilung, daß verwichene Woche 40 Berliner Mitglieder aus dem Buchdruckerverbande ausgetreten sind. Er verlas deren Namen und Mitgliedsdauer; es befinden sich viele darunter mit 10, 15 und 18 jähriger, auch einer mit 22 jähriger Mitgliedsdauer. Nur nach gewissenhafter Erwägung sei dieser Schritt gethan; noch vor zwei Monaten sei von fast denselben Mitgliedern der Vorschlag der Leipziger zur Bildung einer Sonderorganisation zurückgewiesen worden. Es sei das Verschulden des Zentralvorstandes, wenn es nun soweit gekommen. Redner besprach noch der Reihe die Maßnahmen des Zentralvorstandes. Die Einleitung der Tarifgemeinschaft und deren Abschluß seien Fehler. Der Ausschluß vieler Kollegen verwerfliche Thaten gewesen. Unter offener Zustimmung behauptete er, daß der Berliner Vorstand Spittel zu gewinnen suchte, die ihm zuträgen, wer für irgend welche Zwecke in der Gewerkschaftsversammlung Gelder sammelte. Weil deshalb Dittmann, der 22 Jahre dem Verbandsangehörte und stets in erster Reihe gefunden habe, vom „Verein Berliner Buchdrucker, Schriftgießer und Spittel“ gesprochen habe, sei er ausgeschlossen worden. In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, in denen die Gemahregelten-Unterstützung verweigert wurde, selbst wo Streiks ausbrachen. Als in Luzern gestreikt wurde, habe der Verband sogar geduldet, daß ein Luzerner Prinzipal sich auf Leipziger Bureau bemühte und dort Streikbrecher anwarb. Freie Meinungsäußerung gebe es im Verband überhaupt nicht mehr; keine Verwaltung, sondern eine Regierung sei vorhanden. Deswegen sei der Austritt aus dem Verband und der Anschluß an die Organisation der Tarifgemeinschaftsgegner „Gewerkschaft der deutschen Buchdrucker“ zu empfehlen, der die Zukunft gehöre. Leuzert als erster Diskussionsredner stimmte in der abschließenden Verurteilung des Verbandes zu; den Austritt sieht er jedoch als ganz verfehlt an. Es sei weit besser, als Mitglied des Verbandes für dessen Besserung zu wirken. Uebrigens fallen die jetzigen Zustände wesentlich dem Vorstande zur Last und dieser würde doch einmal seinen Posten räumen müssen. Nur Ebert sprach noch für das Verbleiben im Verband, doch auch er wandte sich laedelnd gegen den Berliner Vorstand. Nachdem noch Müller, Dittmann, Weulich, Moer, Wuffhorst, Martin, Weber, Sabjuhn, Michaelis und Rosenthal weiter für die Gründung eines Vereins gesprochen, wurde in diesem Sinne beschlossen. Dieser Verein soll nur als lokale Organisation gelten. Zur Ausarbeitung der Statuten wurden die Buchdrucker Krenndorfer, Maser, Rihler, Hoffmann und Datz gewählt. Außerdem wurde dem Tarifgemeinschaftsgegnern empfohlen, sich beim Vertrauensmann der „Gewerkschaft“, Richard Schulze, als Einzelmitglieder anzumelden.

In einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung am Dienstag referirte Genosse Zahn über „Wohlfahrts-Einrichtungen und das Verhalten der Kontinuitätskommission in der Berliner Seiwefabrik.“ Es handelte sich hierbei, wie schon in früheren Versammlungen nur darum, die eigenthümlichen Verhältnisse in der Seiwefabrik von Mengers u. Söhne einer Erörterung in der Öffentlichkeit zu unterziehen. Gemäß den Zahn gegenüber gemachten Mittheilungen wäre im Jahre 1898 in jener Fabrik eine Kantine errichtet und zu deren Kontrolle von der Fabrikleitung eine Kommission „ernannt“ worden. Die bisherigen Urberhältnisse seien alljährlich zu Weihnachten an bedürftige Kranke vertheilt und zugleich Bericht über Aufgaben und Einnahmen erstattet worden. Seit April vorigen Jahres aber hat man weder der Kommission, noch den Arbeitern Einblick in die Bücher gewährt oder Bericht erstattet, noch einen Ueberschuss vertheilt. Ein Mitglied dieser Kommission konnte nicht umhin, diese Mittheilungen zu bestätigen, leider sei die Kommission machtlos, etwas dagegen zu thun. Während von einigen anderen Rednern die eigenthümlichen Zustände in jener Fabrik des weitern geschildert wurden, sahen sich Zahn und Koyte veranlaßt, auf die diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung hinzuweisen. Diesen Bestimmungen gemäß könnte jedenfalls die Behörde Veranlassung nehmen, der Seiwefabrik von Mengers u. Söhne des öfteren Besuche abzusuchen. Denn die bisherigen Prozesse, welche die Firma gegen die „Verleumder“ angestrengt, seien nur zu ungunsten der Firma verlaufen. Den besten Schutz gegen derartige Zustände aber gewähre die Organisation des Textilarbeiter-Verbandes, dessen Zahlstelle für den Osten Berlins jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr in Lokal Andreasstr. 34 geöffnet sei.

## Briefkasten der Redaktion.

**P., Oranienburgerstraße.** Die Angelegenheit ist bereits von uns besprochen worden. Bittrecht erhalten Sie uns heute Bericht.  
**R., Longestrasse.** Wir bitten um Ihren Besuch.

**Witterungsübersicht vom 13. Januar 1898, 8 Uhr morgend.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reductirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (zu 10° F.)
Schwinebunde	778	WB	4	heiter	4
Homburg	780	WB	1	Nebel	5
Berlin	779	W	3	bedeckt	6
Wiesbaden	781	WB	1	bedeckt	1
München	780	D	2	Nebel	0
Wien	781	WB	2	halb bedeckt	1
Vaparanda	786	W	4	wolkig	-5
Petersburg	763	SW	1	Schnee	-1
Ort	778	SW	4	wolkig	10
Aberdeen	778	SW	8	halb bedeckt	6
Paris	779	D	2	Dunst	-2

**Wetter-Prognose für Freitag, 14. Januar 1898.**  
Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach neblig bei schwachen südlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.



Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 2. Wahlkreis hielt am Dienstag eine Versammlung in Pöbel's Brauerei ab, in der Genosse Dr. Friedberg über: „Die sogenannte soziale Gesetzgebung“ referierte. Der Vortrag, in welchem der Referent das Kranken-, das Unfall- und das Alters- und Invaliditätsgesetz behandelte und die vielfachen Mängel dieser Gesetze nach jeder Richtung hin beleuchtete, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde, wie vom Referenten, zum Studium dieser Gesetzgebung, um sich vor Nachtheilen zu schützen und zur größtmöglichen Verheiligung an den Einrichtungen derselben aufzufordern. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Genossen Schönherr die Frage aufgeworfen, wie sich der Wahlverein zu denjenigen seiner Mitglieder stellt, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl nicht gewählt haben, obwohl sie hierzu berechtigt gewesen wären. Nach einer längeren Debatte, in der von mehreren Genossen der Ausschluß derartiger Mitglieder aus dem Wahlverein befürwortet wurde, gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem der Vorstand eine Untersuchung dieser Angelegenheit vorzunehmen hat und dem Statut entsprechend handeln soll. Nachdem noch zum regeren Besuch der Versammlungen aufgefordert worden war, erfolgte der Schluß.

Für den sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis wird am Dienstag Abend eine Mitglieder-Versammlung nach „Königsplatz“, Frankfurterstraße, einberufen worden, die jedoch nur schwach besucht war. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung beschloß man, von dem Referat des Genossen Wagner über „Industrie und Marine“ Abstand zu nehmen und für Dienstag nächster Woche eine weitere Versammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen.

Im Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis sprach am Dienstag Genosse Ledebour über die politische Lage. Die Rede knüpfte an einzelne Erscheinungen des öffentlichen Lebens der jüngsten Vergangenheit an. Der erste Theil bot eine Kritik der Reichspolitik. Als der Redner eben den Schönstedt'schen Satz sprach: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“, gab der überwachende Polizeibeamte eine hübsche Illustration dazu. Er unterbrach nämlich den Redner und verlangte, der Vorsitzende solle eine im Nebenraum sitzende junge Frau einleiten. Während dieser Forderung erfüllt wurde, sprach Genosse Ledebour weiter; abermals wurde er unterbrochen und ihm das Schweigegebot auferlegt, bis daß die Dame außer Gesicht- und Hörweite sei. Nachdem so deren Seelenheil gerettet war, konnte endlich fortgefahren werden. Aus der Rede ist noch hervorzuheben das Verlangen, welches Genosse Ledebour an die Fraktion stellt, sie solle nicht nur für Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, sondern auch für Aufhebung des Begriffs der formalen Beleidigung (§ 185 des R.-Str.-G.) wirken. Zweisellos würde ein dahingehender Antrag abgelehnt werden, aber es gelte, die Frage in die öffentliche Diskussion zu werfen und die öffentliche Meinung aufzurufen. Bei der Besprechung der Marinepolitik gelangte der Redner zu einem strikte verwerfenden Urtheil. Die Versammlung spendete lebhaften Beifall; Debatte fand nicht statt. Am 25. Jan. wird im Kolberger Salon die Generalversammlung des Vereins abgehalten; es wird um vollständigen Besuch ersucht.

In der Abteilung Gesundbrunnen hielt Dr. Alfred Bernheim am Dienstag einen Vortrag über den Weltmarkt. Der Redner wies darauf hin, daß China und Japan augenblicklich die Zielpunkte des europäischen Kapitalismus sind, er erinnerte daran, daß Deutschlands Exporthandel zu großer Blüthe gelangt sei ohne Kolonial- und Flottenpolitik und ging dann über zu einer Beleuchtung der gegenwärtigen Verhältnisse des Weltmarktes, die bedingt werden durch vier historische Ereignisse: die Entwicklung der russischen Industrie, mit ihrem durch die transsibirische und transbaikalische Eisenbahn erschlossenen Absatzgebiet in Asien; den chinesisch-japanischen Krieg, bei dem es sich darum handelte, China dem europäischen Kapitalismus zu erschließen; die amerikanische Krise und die erhöhte Goldproduktion der letzten Jahre. Am Schluß seines Vortrages sprach der Redner die Verhältnisse, welche sich jetzt in der Petroleum- und Zuckerindustrie entwickelt haben, als besonders charakteristisch

für die Konzentration des Industriekapitals. Eine Diskussion entstand nicht.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßund-Franzberg-Rügen nahm in seiner Generalversammlung den Bericht des Vorstandes entgegen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß im vergangenen Quartal circa 40 Kilo Agitationsmaterial gesammelt und verschickt wurde; außerdem konnte der Verein den Genossen Jahn (Berlin) zur Abhaltung von Vorträgen nach Stralsund und Garz a. Rügen senden. Der Kassensbericht ergab einen Barbestand von 50.42 M. In der Erziehung wurden gewählt: Schaum zum Kassier, Schuch zum Beisitzenden und Puhmann zum Revisor. Die Sitzungen des Vereins finden am ersten Sonntag jeden Monats nach dem 1. bei Mädel, Jüdenstr. 36, vormittags 10 Uhr, statt. Gäste stets willkommen.

Die Maurer hielten am Mittwoch wieder eine öffentliche Versammlung ab, um die Debatte über die Einigungsfrage fortzusetzen. Der große Saal der Lohhalle nebst Gallerie war bis auf den letzten Platz besetzt. Schon bei der Bureauwahl machten sich die Gegensätze zwischen den Anhängern beider Organisationen geltend. Jede Richtung schlug einen ersten Vorsitzenden vor und suchte die Wahl desselben durchzuführen. Nach mehrmaliger Abstimmung wurde das von zentraler Richtung präferirte Bureau mit dem Vorsitzenden Silberschmidt als gewählt erklärt. Vor Eröffnung der Debatte gab Mezke im Namen der Mitglieder des Fachvereins folgende Erklärung ab: Eine Einigung der Berliner Maurer besteht in Gehalt der von beiden Seiten gleichmäßig besetzten Lohnkommission und muß dieselbe im Interesse der Lohnbewegung für dieses Jahr in der bisherigen Weise wieder gewählt werden. Eine Vereinigung beider Organisationen kann, da die Verbandsanhänger Aufhebung des altbewährten Fachvereins und Eintritt der Mitglieder desselben in den Verband verlangen, auf diese Weise nicht erfolgen, denn das würde keine Einigung, sondern eine Unterwerfung sein, die die Aneignung unter den Berliner Maurern schärft und fördert. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, noch weiter die sogenannte Einigungsfrage zu diskutieren (Ruf: Psi!) und bitten unsere Anhänger das gleiche zu thun. Eine Vereinigung beider Organisationen kann nur Sache dieser selbst sein. Nach der Rechnungslegung der Lohnkommission ist diese wie bisher neu zu wählen und hat die Sammelkarten für dieses Jahr sogleich auszugeben.

Hierauf legte Silberschmidt namens der Verbandsanhänger in der Einigungscommission folgende Resolution vor: Die Versammlung erklärt sich mit den Verhandlungen der Einigungscommission nicht einverstanden, sie hält die Einigung beider Organisationen im Interesse der Lohnbewegung für notwendig und beauftragt die Einigungscommission, nochmals zu verhandeln, um eine Einigung, bei der beide Theile nachgeben müssen, auf folgen der Grundlage herbeizuführen. Die zukünftige Organisation der Berliner Maurer ist die Zahlstelle des Verbandes. Dem Statut desselben ist ein nur für Berlin gültiger Nachtrag anzufügen. Das Streikreglement tritt für Berlin außer Kraft. Der Streikfonds bleibt bestehen und haben nur öffentliche Versammlungen über die Verwendung öffentlich gesammelter Gelder zu bestimmen. Die heutigen Mitglieder des Verbandes verpflichten sich, dahin zu wirken, daß dessen Vorstand und Ausschuss sich mit dem Nachtrag zum Statut einverstanden erklären und das der nächste Verbandstag daran nicht ändern darf. Im weiteren erklärt die Versammlung, daß die Einigung an der Frage der Erörterung von Politik und Religion nicht scheitern darf, da eine rationale Politik in den Gewerkschaften nicht betrieben und daher darauf verzichtet werden kann.

Nunmehr forderte Kater seine Kollegen, welche auf dem Boden der Erklärung des Lokalvereins stehen, auf, den Saal zu verlassen, da weitere Verhandlungen nutzlos seien. Etwa 300 bis 400 Personen leisteten dieser Aufforderung Folge und entfernten sich demonstrativ aus dem Saale, während noch weit über 1000 zurückblieben. Die Versammlung nahm jetzt einen ungeordneten Fortgang. Verschiedene Redner — außer einem Anhänger der lokalen Richtung — besprachen die Vorzüge der Zentralorganisation, betonten die Nothwendigkeit der Einigung und tabelten das Verhalten der Lokalisten, deren Haltung man als kleinliche Rechtschaberei bezeichnen müsse. Es wurde unter anderem auch auf die Töpler verwiesen und bemerkt, dieselben hätten vor der Einigung nur 700 Mitglieder beider Organisationen in Berlin gehabt, während

die Zahlstelle des Verbandes jetzt allein 840 Mitglieder aufweise. Nach Schluß der Diskussion nahm die Versammlung die Resolution Silberschmidt's einstimmig an, mit der Maßgabe, daß dieselbe als Grundlage bei etwaigen neuen Einigungsverhandlungen dienen soll. Auch folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung erklärt das Weglaufen der Kollegen lokaler Richtung organisirter Kollegen unwürdig; das Verhalten derselben zeigt, daß sie kein Interesse an dem Wohl der Berliner Maurer und der Lohnbewegung haben. Da es nun nicht mehr möglich ist, eine Einigung beider Richtungen herbeizuführen, so erklären die Anwesenden, sich der Zahlstelle des Verbandes anzuschließen und so lange zu agitiren, bis der letzte Berliner Maurer Mitglied des Verbandes geworden ist. Silberschmidt machte darauf aufmerksam, daß laut Beschluß früherer Versammlungen alle Geldsammlungen, außer denen zum Streikfonds, zu unterbleiben haben, und auch letztere einstweilen ruhen sollen. Trotzdem würden von den Lokalisten Marken mit der Aufschrift: „Generalfonds der deutschen Maurer“ verbreitet. Das sei ein Bruch der getroffenen Vereinbarungen, daher solle jeder Kollege diese Marken zurückweisen. — Seitens der Charlottenburger Maurer wurde erklärt, daß sie jetzt, nachdem die Einigung gescheitert, in der Lohnbewegung nicht mehr mit den Berlinern zusammengehen wollen. Silberschmidt meinte dagegen, es werde sich wohl über diese Angelegenheit eine Verständigung mit den Charlottenburgern herbeiführen lassen.

In der Freien Vereinigung der Banarbeiter Berlin sprach am 9. d. M. Grafmann über den Nutzen der Gewerkschaften. Der Abrechnung des Kassiers zufolge war inklusive des Bestandes im vierten Quartal eine Einnahme von 141,92 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 99,11 M. gegenübersteht. Dem Kassier wird Decharge ertheilt. Die nächste Versammlung findet am 12. Februar bei Wille, Andreasstr. 26, statt.

In Steglitz wurde in einer Versammlung nach einem Vortrage des Genossen Wagner beschloßen, sich an den Gemeindevorsteher Wahlen zu betheiligen. Die Kommission, welche die nöthigen Vorarbeiten zu erledigen hat, wird gebildet von den Genossen Sudrow, Klinge, Mäher, Sauer und Döhring.

Arbeiter-Bildungsanstalt, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer Richard Calmer; in Geschichte (Jahres und Monats) Freitag, Dr. A. Vertheil. — Die Zahlstelle ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf. Anzahl (16 Abende) 1 M. pro Jahr. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottsch. Schul, Altkönigsstr. 40; Neul. Pausenstr. 42; Schiller, Wollschloßstr. 47; Giermer, Wollschloßstr. 70, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorleser: Paul Wüde jr., 50, Wollschloßstr. 100; Kassier: G. König, S. Wollschloßstr. 50.

Berliner Arbeitervereine, Julestr. 10, v. 2. Unterrichtsurs: in Rede, Leitung (über den Nutzen der Rede, Vorträge volkswirtschaftlicher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (die wirtschaftliche Entwicklung; Geographie und Landbau; Kartographie, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftführer



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 14. Januar.  
Opernhaus. Lindne. Auf. 7 Uhr.  
Schauspielhaus. Der Wissenschaftsroman. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Mutter Erde. Anfang 7 Uhr.  
Leipzig. Hans Hudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Romeo und Julia. Auf. 7 1/2 Uhr.  
Goethe. Rima von Barheim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Die Vögelbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Unter den Linden. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der König. Auf. 8 Uhr.  
Neubau. Sein Trieb. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Besessene von Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Berliner Helden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.  
Volk. Affiance. Kran. Anfang 8 Uhr.  
Ostend. Der Verschwander. Anfang 8 Uhr.

Reich. Wilhelmshildes. Die kleinen Bagauden. (Les deux gosses). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Alexandra. Die Verführerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Urania. Landenkrohe 48-49. Rattenraub. Aufstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Jubiläumstrasse 57/52. Täglich (außer Sonntags und Wochentags) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollon. Spezialitäten. Auf. 7 1/2 Uhr.  
Feen-Palast. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vasage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr: Der König.  
Sonntags, abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein Tropfen Gift. Abends 8 Uhr: Die wilde Jagd.

**Central-Theater**  
Alle Jakobstr. 30.  
Direction Richard Schultze.  
Freitag, den 14. Januar 1898:  
Letzte Woche!  
Emil Thomas a. O.  
Hum. 131. Male!

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Central-Theater**  
Alle Jakobstr. 30.  
Direction Richard Schultze.  
Freitag, den 14. Januar 1898:  
Letzte Woche!  
Emil Thomas a. O.  
Hum. 131. Male!

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Ostend-Theater.**  
Dr. Frankfurterstr. 132. Dr. G. Weh.  
**Der Verschwander.**  
Romant. Bauderwürden in 3 Akten mit Gefang und Tanz von Rohmund.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Zimmer vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.  
Sonabend: Leben und Lieben. Sonntag Nachmittag (keine Preise): Leben und Lieben. — Sonntag Abend: Der Verschwander.

**Luisen-Theater**  
11. Reichenbergerstraße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Auf goldenem Boden.**  
Vollständ. mit Gefang in 5 Bildern von Wilhelm Freytag.  
Musik von Gustav Steffens.  
Dorn... Anna Müller; Cinde; Volkmann... Arthur Winkler.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Volk-Bortellung unter Regie von J. Türk; Wilhelm Tell. Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

**Volks-Theater**  
im Welt-Restaurant  
97. Dresdener-Strasse 97.  
Neu! Neu!  
**Hahnemann & Hahnemann.**  
Schwan in einem Aufzuge.  
Novität! Novität!  
**Die Regimentsnummer.**  
Urbildliche Feste mit Gefang.  
In vorbereit. Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
Sonntags 6 Uhr.  
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast**  
22 Burgstr. 22.  
Direction: Winkler & Fröbel.  
Das neue erfolgreiche Neuen-Jahnar-Programm.  
**Niagara.** Könige aller Thurnschiffen.  
**Lülsdorf** m. K. Eichen.  
**Cabaret**, dressierte Liliputaner Händchen.  
Lebende Photographien.  
Novität! Um 8 1/2 Uhr: Novität! Die Künstler und Bild. Probel in der neuesten Operetten-Parade!  
**Das radelnde Berlin.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dr. J. Gluck.  
**Paul Spadoni. Lina Goltz. Desroches-Bianca.**  
Aurora-Troupe. Spink-Spink.  
**Miss Bertholdi**  
Mr. Arras, Brook and Dunckam.  
**Carmen-Faur**  
Les 3 Reynals. Sisters Norden.  
**Siegwart Gentes**  
u. s. w. u. s. w.  
Kasseneröffnung 8 1/2. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater**  
Alle Jakobstr. 30.  
Direction Richard Schultze.  
Freitag, den 14. Januar 1898:  
Letzte Woche!  
Emil Thomas a. O.  
Hum. 131. Male!

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Berliner Fahrten.**  
Beste Anhaltungsstelle mit Gefang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Berliner Fahrten. In Vorbereitung:  
Die Jugendfalle.  
Große Feste mit Gefang und Tanz in 5 Bildern nach einem französischen Stoff von Freund und Mannsd. Ruff von Jul. Gindshofer.

**Urania**  
Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlage.

**Passage-Panopticum.**  
**Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.**  
Zum Schluss: **Illustriertes Quodlibet**  
In 12 lebenden Bildern.

**Gastan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu!!**  
Indisch-hinduanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

**Maehr's Theater**  
Oranien-Strasse 21.  
Täglich:  
**Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Neu!** Die beiden Kompagnons **Neu!** und Die Verschwörer.  
Reinhold Lange, Käthe Leonardi, der beste Comarist, Bildhauer der Zeitgeist, Koffin-Soubrette  
**Neu!** Mr. Alfons, **Neu!** der bedeutendste Hands- und Fuß-Schneidmaster.  
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Breite wie gewöhnlich.

**Reichshallen-Theater.**  
Leipzigstrasse 77.  
Grosses erstklassiges Spezialitäten-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
Morgen Sonabend: Erster **Grosser Elite-Maskenball** unter dem Titel: „Ein Sommertag in Monaco“ unter Mitwirkung des gesammten Spezialitäten-Ensembles.  
Anfang 9 Uhr.  
Harrnkarte 4 M. (vorher 3 M.).  
Damenkarte 2 M. (vorher 1 M.).  
Logenverkauf 5 M. (vorher 3 M.).  
Billetverkauf Vorm. 11-1 Uhr an der Kasse und Filialen Löser & Wolff.

**Quarg's Vaudeville-Theater**  
Grand-Hotel Alexanderplatz.  
**Das Armband. Das Modell.**  
Avis!  
Sonntags, den 15. Januar, bleibt das Vaudeville-Theater geschlossen. Daher: Einmaliges Gastspiel der **Budapester Parodie-Theater**, Dantzenstraße 52.

**Konzert-Sanssouci**  
Kottbuser Straße Nr. 4a.  
Dir. G. Vierr.  
Wittlicher Vetter Joh. Nischner.  
Großer Beifall!  
**Im Reiche der Sirenen.**  
Wohlfahrtsspiel mit Gefang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Nischner u. Jean Nischner. Musik von Joh. Nischner.  
**Neue Spezialitäten.**  
Sonntags Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.  
**Großer Ball.**  
Entree 50 Pf.  
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Passe-partouts gelten.  
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

**Circus Busch**  
(Bahnhof Börse).  
Freitag, den 14. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr:  
**Humoristischer Abend. Zaragoza.**  
Orig.-Stunde! Schauspiel des Circus Busch, entnommen aus dem spanisch. Gedicht. Besonders hervorzuheben: Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe. Die Flucht des Don Tallador mit seiner Geliebten und ihrem Mann. Verben aus dem brennenden Schloß. Kuberben: Wör und Schildwache. 100 Clowns, männliche und weibliche, darunter 20 der besten Barterrepremierer. Clowen Bogdanowsky als Schnellposten. Die vorzüglichsten Freiheitskämpfer des Director Busch. Auftreten des amerikanischen Danzore-Heeres Hr. Rob. Whittaker sowie des vorzähl. Schreiters Herrn Footitt-Burghardt. Morgen 7 1/2 Uhr: Parade-Gala-Vorstellung.

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Wiederum täglich ausverkauft!**  
Abendliche Lachstürme über Lachstürme und Hervorrufe über Hervorrufe der Direktoren  
**Donat und Anton Herrfeld**  
In der neuesten Novität des **Budapester Possen- u. Operetten-Theaters** der grossen Tragikomödie mit „Stöhnen und Thränen“:  
**„Familie Kochsalz“**  
Dazu das grosse hochkomische und künstlerische **Brillant-Spezialitäten-Programm** und die reizende Operette **Gefährliche Jungen.** Abendliche Attraktionen von **Kaufmann's Varieté.**

**Alcazar-Theater.**  
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage) Innenstrasse 42/43.  
Direction: Richard Winkler.  
Bornehmlich Feuilleton-Kunststück.  
Neu! **Flotte Matrosen.** Neu! Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von G. Lindner.  
Neu! **Die Liebe im Eckhause.** Lustspiel in 2 Akten v. A. Godekar.  
Aufreten sämtlicher Kunst-Spezialitäten.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

**Concerthaus**  
Leipzigstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen.**  
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Sonntags, den 15. Januar: **Geschlossen.**

**Victoria-Brauerei**  
Lützow-Strasse III/112.  
Heute  
sowie jeden Freitag und Montag:  
**Stettiner Sänger**  
(Wechsel, Pietro, Britton, Zeldi, Krone, Wühl, Schneider und Schrader.)  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Borverkauf 40 Pf.

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 10.  
Genie Freitag, 14. Januar 1898:  
**Der Herr Stadtmusikus**  
und seine Kapelle.  
Vollständig mit Gefang in 5 Akten von Kneisel.  
Sonntags wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

**Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik.**  
**Ballschuhe**  
elegant und billig von Mk. 1,80 an.  
Oranienstrasse 182. Blücherstrasse 18.  
Friedrichstrasse 181. Rosenthalerstrasse 67.

**Tönniger Wurst- und Conservenfabrik**  
Christian Claussen in Tönnig (Schleswig) empfiehlt Ihre mit der Königlich Preussischen Staatsmedaille prämierten Fabrikate, die unter beständiger veterinärärztlicher Kontrolle und von heidigtigen Trichinenschauern untersucht, hergestellt werden.  
**Specialität:** Konserven, Hülsenfrucht-Fleischwurst, besonders für Volks-Ernährung, Massenspeisung und Militärverpflegung.

**Künstl. Zähne 1,50 M.**  
Plomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Dantzenstr. 43, I. Etage Dantzenstr. 43, I. Etage.  
**Die Möbel-Fabrik**  
**Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönheitenstr. 2**  
(früher Rosenstr. 13)  
Hierbei bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Gute Zahlungsbedingungen, Lager gebrauchter und verpackter geputzter Möbel, eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt. 3497\* Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb.

**Arbeiter-Sicherheits-Normal-Anzüge.**  
halten ein ganzes Jahr, sind absolut waschecht, längster Schutz vor dem Erfassen von rotierenden Maschinentheilen.  
Wichtigster als das Markenzeichen. Angabe ob klein, mittel, gross, extra-gross. Halb-Invalids werden als Agente angestellt.  
H. Lion, Düsseldorf.

**Wahre Wunderkinder**  
Hier man mit **Koch's Nährzweiback.** Derselbe bildet den Kindern geliebtes Brot, harten Knochenbau und schützt vor den Kinderkrankheiten. In Packungen zu 10, 20 und 30 Pf. beim Bäckermeister 9/15 **Koschick, Kottbuser Damm 12.**  
**Ringschiff-Nähmaschine, alte, kauft Preislang, Schweiz, Wälschen 35.**  
**Leihhaus** Neue Rohstraße 3. II. Gesch. Verleihung von Gold, Uhren, Silber, Wäsche, Kleidungsstücken. Aufbewahrung der Pfandstücke 12 Monate. **Wohlwärmer, Schod 10 Pf. Wöhmannstr. 34, v. IV. 2006**

**Wahre Wunderkinder**  
Hier man mit **Koch's Nährzweiback.** Derselbe bildet den Kindern geliebtes Brot, harten Knochenbau und schützt vor den Kinderkrankheiten. In Packungen zu 10, 20 und 30 Pf. beim Bäckermeister 9/15 **Koschick, Kottbuser Damm 12.**  
**Ringschiff-Nähmaschine, alte, kauft Preislang, Schweiz, Wälschen 35.**  
**Leihhaus** Neue Rohstraße 3. II. Gesch. Verleihung von Gold, Uhren, Silber, Wäsche, Kleidungsstücken. Aufbewahrung der Pfandstücke 12 Monate. **Wohlwärmer, Schod 10 Pf. Wöhmannstr. 34, v. IV. 2006**

**Elektrotechnik.** 26535\*  
Abendkurs für Praktiker (Metallarbeiter u. s. w.) beginnt 18. Januar, Schöneberg, Mercedesstr. 5, I. Etage. 3 M. pro Mon. Dauer 3 Mon. **Franz Lederer, Elektrotechniker.** Anmelde. w. abends v. 7 Uhr ab ang.

**Wäsche-Garderobe.**  
Grösste Auswahl. Billigste Preise. \* Verein. Preisermäßigung.  
**Fr. Panknin,**  
Cranienstrasse Nr. 178, II. Halberstrasse 91, Ecke Cranienstrasse.

**Bahn-Atelier.**  
Kunst. Säbne in tadelloser Ausführung v. 3 M. Plomben v. 2 M. an. Schmerslos. Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Cocain unter Leitung eines prof. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Säbnen Zahnziehen, Zahnreihen ansetzen; Zahnreinigung gefällig, Woche 1 M. **Guckel, Kaufstr. Weg 2, Glasstr. 12, Steglitzerstr. 71.**

**Sopha Stoffe**  
Sofa, Koffe, in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wollstoffbillig! 40255\* **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Selbstpreisen. **Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.**

**Die Kinder frohen**  
von Gesundheit, welche mit **Carl Koch's Nährzweiback** genährt sind. Derselbe bildet den Kindern geliebtes Brot, harten Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerths geeignet, die Kinder vor den Folgen leibhaftiger Ernährung, als: Strophulose, Diphtherie, Dantzenstr. 43, I. Etage. In Packungen zu 10, 20, 30 und 50 Pf. bei Herrn **Koschick, Kottbuser Damm 12.**

**Die weibliche Welt**  
**Wettstein-fabrik**  
Sofa, Koffe, in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wollstoffbillig! 40255\* **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Selbstpreisen. **Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.**

**Die Kinder frohen**  
von Gesundheit, welche mit **Carl Koch's Nährzweiback** genährt sind. Derselbe bildet den Kindern geliebtes Brot, harten Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerths geeignet, die Kinder vor den Folgen leibhaftiger Ernährung, als: Strophulose, Diphtherie, Dantzenstr. 43, I. Etage. In Packungen zu 10, 20, 30 und 50 Pf. bei Herrn **Koschick, Kottbuser Damm 12.**

**Die weibliche Welt**  
**Wettstein-fabrik**  
Sofa, Koffe, in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wollstoffbillig! 40255\* **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Selbstpreisen. **Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.**

**Die Kinder frohen**  
von Gesundheit, welche mit **Carl Koch's Nährzweiback** genährt sind. Derselbe bildet den Kindern geliebtes Brot, harten Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerths geeignet, die Kinder vor den Folgen leibhaftiger Ernährung, als: Strophulose, Diphtherie, Dantzenstr. 43, I. Etage. In Packungen zu 10, 20, 30 und 50 Pf. bei Herrn **Koschick, Kottbuser Damm 12.**

**Die weibliche Welt**  
**Wettstein-fabrik**  
Sofa, Koffe, in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wollstoffbillig! 40255\* **Proben franko!** in allen Qualitäten zu Selbstpreisen. **Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.**